Mittwoch, 22. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 45 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Steuerreform: Nach dem mehrstündigen Koalitionsgespräch steht lediglich das Volumen von 25 Milliarden Mark für die steuerliche Entlastung durch eine Tarifreform sowie der Zeitplan für die weiteren Beratungen fest. Die umstrittenste Frage, Umfang und Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs, wurde inhaltlich nicht vertieft. Auch der Zeitpunkt für die Reform bleibt umstritten.

Waffen für Khomeini: China will nach Informationen der britischen „Daily Mail" Iran Waffen im Wert von vier Milliarden Mark liefern.

Europa: Madrid lehnt die Agrarvorschläge der EG für den Beitritt Spaniens ab. Die spanischen Agrarprodukte sollten erst nach zehn Jahren in den vollen Genuß der Vorteile der EG-Agrarpolitik kommen.

Rüstung: Im westlichen und östlichen Teil der UdSSR sind neue SS-20-Stellungen errichtet worden, teilt der amerikanische Vize-Außenminister Burt in Brüssel mit. Er traf gestern in Ost-Berlin mit „DDR"-Außenminister Fischer zusammen. (S. 1)

Ost-Spione: Das Bundeskriminalamt rechnet damit, daß die östlichen Geheimdienste auch künftig in der Bundesrepublik eine „aggressive Strategie" verfolgen werden. (S. 8)

Libanon: Syrien hat einen eigenen Friedensplan für Libanon vorgelegt, in dem jegliche Verknüpfung des israelischen Truppenabzugs mit der syrischen Militärpräsenz abgelehnt wird. Außerdem wird die bedingungslose Kündigung des israelisch-libanesischen Vertrags gefordert. (S. 1 und 8)

Golfkrieg: Offenbar als Antwort auf iranische Drohungen, die Straße von Hormus zu schließen, haben die USA einen Flottenverband unter Führung des Trägers „Midway" ins nördliche Arabische Meer entsandt. (S. 5)

Mondale vorn: Bei der ersten Vorentscheidung um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten errang der frühere US-Vizepräsident Mondale in Iowa einen deutlichen Sieg. Rivale John Glenn wurde abgeschlagen. (S. 1)

Klage gegen ÖTV: Bund, Länder und Gemeinden wollen beim Arbeitsgericht feststellen lassen, daß die Warnstreiks im öffentlichen Dienst im vergangenen Jahr unrechtmäßig waren und in künftigen Tarifrunden unzulässig sind. (S. 4)

Heute: China und Großbritannien setzen Verhandlungen über Hongkong fort. – Herbert Wehner erhält Ehrendoktor der Universität Jerusalem. – DGB-Vorsitzender Breit in der „DDR".

ZITAT DES TAGES



„Sich herauszuhalten oder eine wohlklingende, aber auf Neutralität hinauslaufende Solidarität zu verkünden, das wäre nicht die Brüderlichkeit, zu der wir aufgerufen sind"

Der designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der „Tribüne" zum deutsch-israelischen Verhältnis
FOTO: THOMAS MACHOWINA

WIRTSCHAFT

Bundeskartellamt: Wegen Preis- und Quotenabsprachen sind gegen 16 Montagefirmen für Wärme- und Kälteschutzisolierungen sowie verantwortliche Mitarbeiter Geldbußen in Höhe von 6,7 Millionen DM verhängt worden.

US-Wirtschaft: Der Gewinn großer Unternehmen nach Steuern stieg im vierten Quartal 1983 um durchschnittlich 64 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Landwirte: Seit 1949 haben rund 900 000 oder mehr als die Hälfte aller selbständigen Landwirte in der Bundesrepublik aufgegeben.

Grönland: Der Inselstaat kann die EG nächstes Jahr verlassen. Als Gegenleistung für Fischfangrechte der EG-Staaten werden Erzeugnisse weiter zollfrei in die EG gelassen. (S. 9)

Arbeitsmarkt-Prognose: Einen Jahresdurchschnitt von 2,1 Millionen Arbeitslosen in diesem Jahr gegenüber 2,26 Millionen 1983 sagt das HWWA-Institut voraus.

Börse: Da es an Nachfrage fehlte und der Berufshandel Positionen auflöste, kam es an den Aktienmärkten zu Kursrückgängen. Auch der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 151,7 (153,5). Dollarmittelkurs 2,7084 (2,6895) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,00 (385,25) Dollar.

KULTUR

Scholochow: Der sowjetische Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Seine bekanntesten Werke waren die Romane „Der stille Don" und „Neuland unter dem Pflug". (S. 17)

Wagner: Die Auszeichnung „Kommandeur der Republik Frankreich für Wissenschaft und Kunst" wird heute in München an Wolfgang Wagner, Leiter der Bayreuther Festspiele und Enkel von Richard Wagner, verliehen.

SPORT

Fußball: Nationalspieler Klaus Allofs hat seinen Vertrag beim 1.FC Köln bis Juni 1987 verlängert. Sein Gehalt soll wie bisher rund 350 000 Mark betragen.

Sarajevo: Mit einem Empfang hat die bayerische Landesregierung die deutsche Olympia-Mannschaft geehrt, die gestern morgen aus Sarajevo zurückkehrte.

AUS ALLER WELT

Tierversuche: Einen „Fonds für Forschung ohne Tierversuche" haben der Deutsche Tierschutzbund und der Bundesverband der Tierversuchsgegner gegründet. Aus dem Fonds sollen Mittel an Ärzte, Wissenschaftler und Einrichtungen vergeben werden, die sich um Alternativen zu Tierversuchen bemühen. (S. 18)

Teurer TÜV: Die Technischen Überwachungsvereine fordern eine Erhöhung der Prüfgebühren um 16 Prozent. Die Länder wollen die Kfz-Abgaben um 40 Prozent anheben. Bonn will in Kürze über die Anträge entscheiden.

Wetter: Bewölkt, im Westen vereinzelt Schauer. 0 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Koalition: Steuerentlastung wird auf 25 Milliarden begrenzt

Zeitpunkt der Reform und Umfang des Familienlastenausgleichs umstritten

HEINZ HECK, Bonn

Die Spitzen der Bonner Koalition von *CDU/CSU und FDP sind sich* einig, die steuerliche Entlastung durch Tarifreform und Verbesserung des Familienlastenausgleichs auf 25 Milliarden Mark zu begrenzen. Sie sind damit den Vorstellungen von Finanzminister Stoltenberg gefolgt. Bei dem mehrstündigen Koalitionsgespräch am Dienstag wurde aber die umstrittenste Frage – Umfang und Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs – inhaltlich nicht vertieft. Auch der Zeitpunkt (oder die Zeitpunkte) für das Inkrafttreten der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen ist nach wie vor offen und unter den Partnern auch umstritten.

An dem Gespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers nahmen für die CDU Finanzminister Stoltenberg und Fraktionschef Dregger, für die CSU deren Vorsitzender Strauß, Innenminister Zimmermann und Landesgruppenchef Waigel sowie für die FDP der Parteivorsitzende Genscher, Fraktionsvorsitzender Mischnick und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff teil. Fest steht nach dem Treffen lediglich der Zeitplan für die weiteren Beratungen in Bonn. Danach will Stoltenberg in der zweiten Märzhälfte Entlastungsvorschläge mit Alternativen vorlegen, die anschließend mit den Obleuten und Experten der Fraktionen in Bonn sowie den Vertretern der Bundesländer erörtert werden sollen. Die Kabinettsentscheidung über das Gesamtpaket, also die Tarifreform und die Neuord*nung des Familienlastenausgleichs*, soll im November fallen, sodaß Bundesrat und Bundestag sie Anfang nächsten Jahres beraten können. Bis Mitte Mai will aber das Finanzministerium schon seine Eckdaten zu den Reformen vorlegen, die dann noch vor den Kabinettsbeschlüssen auch mit den zuständigen Verbänden erörtert werden können. Die Frage der „Kompensation" des Einnahmeausfalls von 25 Milliarden Mark hat im Koalitionsgespräch eine Rolle gespielt, auch wenn Einzelheiten offengeblieben sind. Für Stoltenberg hat die Konsolidierung des Bundeshaushalts, also die weitere Rückführung der Neuverschuldung, generell Priorität. Eine Kompensation der Einnahmeausfälle könnte duch Subventionsabbau und/oder Steuererhöhungen an anderer Stelle stattfinden. Ungeachtet der in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge hält Stoltenberg sich weiter mit konkreten Äußerungen zurück, auch wenn er bereits seine Absicht bekundet hat, Subventionen mit dem Ziel der Einnahmeverbesserung abzubauen. Allerdings wird in Bonn bezweifelt, daß Steuererhöhungen – wie jetzt vom Bund der Steuerzahler gefordert – als Ausgleichsmaßnahme vermieden werden können.

SEITE 2:
Variante der Steuerreform

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens bleibt nach dem Gespräch zwischen den Koalitionsparteien offen. Die FDP hält einstweilen an 1986 fest, während vor allem Stoltenberg mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung an einem möglichst späten Termin gelegen ist. Das wäre als äußerster Termin 1988. Inzwischen haben aber die Steuerexperten der Bonner Unionsfraktion den 1. Januar 1987 als Termin für das Gesamtpaket vorgeschlagen. Damit könnte ein Weg gewiesen werden, auf dem sich beide Koalitionsfraktionen treffen könnten.

Nach den Vorstellungen Stoltenbergs wie der Steuerexperten der Fraktion sollen etwa 20 Milliarden auf die Tarifreform und die restlichen fünf auf die Verbesserung des Familienlastenausgleichs verwandt werden. Doch hierüber ist zumindest innerhalb der Union das letzte Wort noch nicht gesprochen. Maßgebliche Kräfte (so Dregger) fordern inzwischen acht Milliarden Mark für den Familienlastenausgleich. Dregger hat jetzt bedauert, daß über die Notwendigkeit der Korrektur des Familienlastenausgleichs – im Gegensatz zu der des Steuertarifs – kein „allgemeines Einvernehmen" bestehe. Die wohltätige Wirkung der Tarifreform sei „mehr gegenwartsbezogen", die des Familienlastenausgleichs „mehr zukunftsbezogen".

DER KOMMENTAR

Keine Eile

HEINZ BARTH

Als Sieger in der Herbstschlacht über die Nachrüstungsgegner glaubt der Bundeskanzler, Anfang März bei seinem Besuch im Weißen Haus *mit größerer Autorität sprechen* zu dürfen als während seiner ersten Amerika-Reise. Wie er vor dem CDU-Bundesausschuß verkündete, will er Ronald Reagan daran erinnern, hinsichtlich des NATO-Doppelbeschlusses „Wort gehalten" zu haben; möchte er daraus die Verpflichtung ableiten, den Präsidenten zu einer Initiative für die baldige Wiederaufnahme der Genfer Raketen-Verhandlungen zu drängen.

Es bedarf gründlicher Überlegung, ob der Zeitpunkt für einen solchen Schritt Bonns glücklich gewählt wäre. Zwar steht von Helmut Kohl nicht zu befürchten, daß er einen amerikanischen Präsidenten jemals mit der Einrissigkeit seines Vorgängers gegen den Strich bürsten würde. Er bringt aus der Sicht Washingtons einen Vorschuß von „goodwill" mit, der nicht zu unterschätzen ist. Aber noch weniger sollte das Unbehagen unterschätzt werden, das sich dort gegen die Europäer angesammelt hat.

Die zunehmende Tendenz der europäischen Verbündeten, den Beitrag auf die Schultern Amerikas abzuwälzen, den sie eigentlich zur Stabilisierung der Welt leisten müßten, ist nicht der einzige Grund einer nachhaltigen Irritierung. Noch verstimmender muß auf die Reagan-Administration jene besondere Variante eines Halbwegs-Neutralismus *wirken*, der einen angeblich intransigenten Präsidenten zur Mäßigung zu erziehen sucht, um die Öffentlichkeit der europäischen Länder günstig zu beeindrucken.

An diesem Spiel sollte sich die Bundesrepublik nicht beteiligen, die – was das Bewußtsein ihrer globalen Verantwortung angeht – längst vom Frankreich Mitterrands übertroffen wird, das dem Militärverband der Allianz nicht angehört. Muß wirklich daran erinnert werden, daß es die Sowjets waren, die in Genf die Gespräche abbrachen? Wer hinter denen herläuft, die vom Verhandlungstisch aufstanden, lädt zu Mißverständnissen ein. Dazu ist um so weniger Anlaß, als es Anzeichen für einen Umdenkprozeß im Kreml gibt, der sich unter der neuen Konstellation des Politbüros von der starken Gromyko-Linie entfernen könnte.

In einem solchen Augenblick ist es weniger als je am Platz, den Präsidenten zur Eile zu mahnen. Etwas Einfühlungsvermögen in seine Situation, die durch den Abzug aus Libanon nicht leichter wurde, wäre anzuraten. Ihm kann jetzt weniger als je daran gelegen sein, in den Geruch des Carterismus zu geraten.

„Reform nicht über höhere Steuern"

Warnung des Karl-Bräuer-Instituts / Vorschläge für Subventionskürzungen

HEINZ HECK, Bonn

Eine Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerzahler um rund 19 Milliarden Mark von 1986 an hat das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler gefordert. Mit seinem Vorschlag zur Reform des Steuertarifs unterstützen die Experten weitgehend die bisher bekanntgewordenen FDP-Vorstellungen. Steuererhöhungen zur Finanzierung der Reform lehnt der Bund der Steuerzahler ab. Die Mindereinnahmen von 19 Milliarden Mark sollten in der Hauptsache durch Ausgabeneinschränkungen bei Bund, Ländern und Gemeinden ausgeglichen werden.

Alle Lohn- und Einkommensteuerzahler würden durch den neuen Tarif „deutlich entlastet", heißt es. Die prozentual höchsten Entlastungen ergäben sich für sehr niedrige und mittlere Einkommen. So beträgt beispielsweise die absolute Entlastung bei einem zu versteuernden Einkommen von 20 000/40 000 Mark (Ledige/Verheiratete) etwa 400/800 Mark im Jahr; bei einem Einkommen von 50 000/100 000 Mark sind es rund 1660/3320 Mark. Der Tarifvorschlag sieht einen Grundfreibetrag von 5000 (geltendes Recht derzeit 4212) Mark vor. Seine Geltungsdauer soll auf drei Jahre, also bis Ende 1988, befristet sein, um weiteren heimlichen Steuererhöhungen beizeiten entgegenzuwirken. Zur Stützung dieser Forderung wird daran erinnert, daß die inflationsbedingten Zusatzbelastungen von 1981 (letzte Tarifkorrektur) bis 1985 insgesamt auf rund 51 Milliarden Mark zu veranschlagen seien.

Anders als der geltende Tarif sieht der Vorschlag des Karl-Bräuer-Instituts (T 133) eine durchgehende Progression von 5000 Mark an vor. Damit entfällt der Belastungssprung von 0 auf 22 Prozent beim Besteuerungsbeginn. Die Kurve steigt auch im weiteren Verlauf viel gleichmäßiger an. Damit wird die sogenannte Grenzbelastung, also die Besteuerung des zusätzlich verdienten Einkommens, deutlich reduziert. Gerade diese Grenzbelastung wirkt sich aber schon heute ausgesprochen leistungsfeindlich aus. Nach den Berechnungen des Instituts verbleiben dem verheirateten Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern nach Abzug der direkten und indirekten Abgaben nur noch etwa 52 Mark zur freien

■ Fortsetzung Seite 8

USA: Moskau forciert den Aufbau neuer SS-20-Basen

Washington will Abrüstungsgespräche intensivieren

C. G. BROCKDORFF/DW. Brüssel

Nach dem Führungswechsel in der UdSSR bemühen sich die USA verstärkt um die Wiederaufnahme der seit Herbst 1983 unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen. Noch in dieser Woche will der Leiter der Europaabteilung im US-Außenministerium, Richard Burt, nach seinem Besuch in der „DDR" auch nach Bulgarien und Ungarn reisen, um die Chancen für neue Gespräche auszuloten. Burt kündigte dies nach einer Sitzung der Besonderen Beratungsgruppe der NATO in Brüssel an, in der Washington seine Abrüstungspolitik mit den europäischen Verbündeten abgestimmt hatte.

Besonderes Anliegen bei dieser Ostblockreise ist für Burt, den Ost-West-Dialog auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ausdrücklich wies er in Brüssel auf die unterschiedlichen Interessenlagen der Staaten des Warschauer Paktes hin: „Alle diese Länder unterscheiden sich voneinander. Sie alle haben unterschiedliche Ansichten zu wichtigen Themen. Wir behandeln Osteuropa nicht als ge*schlossenes Ganzes und machen des*halb eine Politik der Unterscheidungen."

Wie andere US-Regierungsvertreter zuvor ließ auch Burt die Bereitschaft der USA erkennen, eine Zusammenlegung der INF- und START-Verhandlungen zu erwägen. Washington sei bereit, „jeden ernst gemeinten sowjetischen Vorschlag hinsichtlich des Verhandlungsforums zu prüfen". Allerdings gebe es bisher weder formell noch informell entsprechende sowjetische Vorstöße.

Anzeichen für eine neue Einstellung der Sowjetunion zu den unterbrochenen Genfer Abrüstungsverhandlungen sieht unterdessen der amerikanische Senator William Cohen in Moskau. Nach Gesprächen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Wladimir Kusnetzow und dem stellvertretenden Außenminister Georgi Kornienko sagte Cohen, er habe einen „neuen Ton" und die Bereitschaft gespürt, die Rüstungsproblematik durch Verhandlungen lösen zu wollen.

Andererseits hat die amerikanische Aufklärung entdeckt, daß die Sowjetunion neue Stützpunkte für SS-20-Raketen ausbaut. Diese Stellungen befinden sich, wie Burt der Konsultativgruppe der NATO mitteilte, im westlichen wie im östlichen Teil der Sowjetunion. Es soll sich um mindestens zwei Stellungen für jeweils ein Raketenregiment mit je neun Raketenstartern handeln. Burt bezifferte die Anzahl der einsatzbereiten sowjetischen SS-20 auf jetzt 378 Raketen mit 1134 Atomsprengköpfen. Der entdeckte Ausbau der Raketenstellungen würde diese Zahl auf 396 Raketen mit 1188 Sprengköpfen erhöhen.

NATO-Experten gehen davon aus, daß die Sowjetunion insgesamt 500 Raketen mit 1500 Atomsprengköpfen aufbauen will. Inzwischen gilt es als gesicherte Erkenntnis, daß für jede in Stellung gebrachte SS-20 eine Nachladerakete zur Verfügung steht.

Außerdem werden nach amerikanischen Erkenntnissen in nichtsowjetischen osteuropäischen Staaten wei-

● Fortsetzung Seite 8

Mondale siegt bei Testwahl in Iowa

Glenn erlitt deutliche Niederlage / Reagans Popularität sank von 52 auf 40 Prozent

THOMAS KIELINGER, Washington

Die Delegierten-Vorauswahl („caucus") im US-Bundesstaat Iowa hat unter den Präsidentschaftsanwärtern der Demokratischen Partei den ehemaligen Vizepräsidenten Walter Mondale als den klaren Sieger hervorgehen lassen. Überraschend schob sich Senator Gary Hart an die zweite Stelle vor George McGovern, dessen Präsidentschaftswahlkampf Hart 1972 als Stabschef geleitet hatte.

Nach Auswertung von 92 Prozent der Stimmen aus den insgesamt 2495 örtlichen Distrikten ergab sich folgendes Resultat: Mondale 48,6 Prozent; Hart 16,4 Prozent; McGovern 10,6 Prozent; „nicht festgelegt" 9 Prozent; Alan Cranston 7,6 Prozent; Glenn 3,5 Prozent; Ruben Askew 2,45 Prozent; Jesse Jackson 1,6 Prozent; Ernest Hollings 0,5 Prozent.

Da nur solche Kandidaten, die mindestens 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten, einen Anteil der 50 Delegierten erhielten, die Iowa zum Parteitag der Demokraten im Juli entsendet, fällt der Sieg Mondales noch beeindruckender aus: Der Spitzenreiter erhielt 48 der Delegierten für sich, Gary Hart die verbleibenden zwei.

Der Bundesstaat Iowa wählt freilich noch zweimal auf jeweils höheren Kreisebenen, so daß die endgültige Delegiertenzuweisung noch aussteht. Das ändert aber nichts mehr an der Bugwelle der Favorisierung, die Walter Mondale jetzt vorausläuft.

Unter den übrigen sieben Kandidaten der Demokratischen Partei muß John Glenn, Mondales bisheriger Hauptrivale, das Ergebnis von Iowa mit besonderer Sorge registrieren.

SEITE 2:
Iowa schafft klare Fronten

Seine Kandidatur hängt nur noch am seidenen Faden und dürfte zu einem raschen Ende kommen, wenn Glenn in New Hampshire ebenfalls versagt. Das schlechte Abschneiden des Senators ist nicht nur auf das mäßige Organisationstalent seiner Wahlkampfmanager zurückzuführen. Vielmehr fällt Glenn als „konservativer" Demokrat hinter seine sich schärfer gegen Ronald Reagan absetzenden liberalen Kollegen zurück.

Der Trend in diesem Jahr geht in den USA auf stark ausgeprägte ideologische Gegensätze. Da wirkt die Paarung Mondale–Reagan für viele attraktiver als die Glenns mit Reagan. Im übrigen hat Walter Mondale die breite Basis der traditionellen demokratischen Interessengruppen auf seiner Seite, allen voran die Gewerkschaften. Dagegen kommen die übrigen Mitbewreber schwer an.

Präsident Reagan, der in Iowa am Wahltag eine Stippvisite machte, erlebt zur Zeit in manchen Wählerkreisen beträchtliche Einbrüche. Eine Umfrage der Zeitung „Des Moines Register" ließ ihn gegenüber Mondale mit 15 Punkten unterliegen. Während im Januar 52 Prozent der Befragten seiner Amtsführung applaudierten, waren es jetzt nur noch 40 Prozent. Hinzu kommt, daß die Ereignisse in Libanon die Kompetenz Reagans als Außenpolitiker in Frage gestellt haben. So konnte Mondale vor begeisterten Anhängern mit der zweckoptimistischen Parole auftreten: „Ich bin bereit, Reagan zu schlagen. Ich bin bereit, Präsident der Vereinigten Staaten zu sein."

„Peking liefert Waffen an Iran"

SAD, London

Die Volksrepublik China soll mit Iran einen Geheimvertrag über Waffenlieferungen im Wert von vier Milliarden Mark abgeschlossen haben. Die Londoner Zeitung „Daily Mail", die eine entsprechende Meldung gestern verbreitete, berief sich auf „zuverlässige westliche Geheimdienstberichte". Danach soll Peking angeblich im nächsten Monat mit der Lieferung von 107-Millimeter-Granaten beginnen, später aber auch Panzer und Kampfflugzeuge liefern.

Peking ließ die Verhandlungen durch die Syrer führen, um im Hintergrund bleiben zu können. Offenbar will China durch Unterstützung Irans den sowjetischen Einfluß auf irakischer Seite neutralisieren.

Seite 2: Die Krise am Nadelöhr
Seite 5: Irak bremst Khomeini

Neue israelische Angriffe möglich

RS/DW. Bonn/Beirut

Mit einer kombinierten Operation ihrer Luft- und Landstreitkräfte ist die israelische Armee gestern gegen Stützpunkte palästinensischer Freischärler in Libanon jenseits der Awali-Linie vorgedrungen. Gegenüber der WELT erklärte der Armeesprecher in Tel Aviv, das israelische Militär behalte sich weitere derartige Aktionen vor, um die örtliche libanesische Bevölkerung, die israelischen Streitkräfte und die Bevölkerung im nördlichen Israel zu beschützen.

Ebenfalls gestern wurden die ersten Einheiten des amerikanischen Kontingents der internationalen Friedenstruppe in Beirut auf US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste verlegt.

Seite 8: Präsenz in Libanon sichern

Geldbußen: Lücke wird geschlossen

HH. Bonn

Die Entscheidung des Bundesfinanzhofs über die steuerliche Absetzbarkeit von Geldbußen (WELT vom 21. Februar) hat gestern den Gesetzgeber auf den Plan gerufen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat vor Steuer- und Haushaltsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Absicht bekundet, die erforderlichen gesetzgeberischen Schritte unverzüglich einzuleiten. Äußerungen von Vertretern aller Bundestagsfraktionen lassen erkennen, daß eine solche Änderung auf breite Zustimmung im Parlament stoßen dürfte. Auch die SPD-Fraktion hat eine Initiative angekündigt, um diese Gesetzeslücke zu schließen.

Seite 3: Wenn wir das gewußt hätten...



Die Krise am Nadelöhr

Von Herbert Kremp

Die Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak vollzieht sich in einem Schattendunkel, aus dem die Weltkrise hervortreten kann. Jeden Tag. Die Kriegführenden, das Khomeini-Regime und das Regime Saddam Husseins, sind unberechenbar und unbeeinflußbar, ihre Motive entziehen sich den verfügbaren Regeln des internationalen Krisen-Managements. Die Kriegsdoktrin des Ayatollah schließt den Kompromiß aus.

Der Revolutionskrieg verläuft in Formen äußersten Mitteleinsatzes und höchster Grausamkeit. Was ihn aber wirklich gefährlich macht: Er breitet sich über eine weltstrategisch entscheidende Zone aus. Die Amerikaner bewegen Teile ihrer Pazifik-Flotte in die Region. Seit 1979, seit Carter, haben sie für den Fall einer Sperrung der 55 Kilometer breiten Straße von Hormuz militärisches Eingreifen in Aussicht gestellt. Die wirtschaftsstrategischen Gründe von ehedem sind dabei in den Hintergrund getreten. Der Golf ist nicht mehr die Halsschlagader der westeuropäischen und japanischen Industriesysteme. Im vergangenen Jahr gingen nur 41,5 Millionen Tonnen der auf der ganzen Welt geförderten drei Milliarden durch das arabische Nadelöhr, davon 50 Prozent nach Asien (Japan) und 30 Prozent nach Westeuropa. Die Welt lebt leider noch nicht „after oil", aber glücklicherweise „after gulf oil". Diese Erkenntnis ist wichtig. Die Industrien würden auch dann arbeiten, steckte jemand einen Stöpsel in die Straße von Hormuz. Die Ölwaffe ist stumpf geworden. Heute geht es um die politischen Herrschaftsverhältnisse in der Region.

Da der Revolutionskrieg über die iranisch-irakischen Grenzregionen weit hinausreicht, hat sich ein bizarres Umfeld der Feinde und Freunde der Hauptkombattanten gebildet. Die Iraker werden sowjetisch und französisch bewaffnet, Iran verwendet die amerikanischen Waffen des Schah, die israelischen Waffen, die Irak schwächen sollen, und in Zukunft möglicherweise chinesische Waffen, die das sowjetische Waffengewicht in Irak ausbalancieren sollen. Die Monarchien Südwest-Asiens optieren für Irak. Syrien unterstützt Iran, der Terroristen für den Libanon-Einsatz exportiert. Teheran provoziert die USA; die Golfstaaten fürchten deren Eingreifen im Falle der Blockade der Hormuz-Straße. Es gibt somit keine Krisenart und keine Krisen-Dimension, die nicht denkbar wäre. Das Ölfaß wurde zum Puverfaß.

Iowa schafft klare Fronten

Von Thomas Kielinger

Die Mondale-Dampfwalze rollt. Jimmy Carters einstiger Vizepräsident Walter („Fritz") Mondale, organisatorisch allen Konkurrenten überlegen, ging aus dem politischen Schönheitswettbewerb, genannt Iowa Caucus, als der große Gewinner hervor. Und damit als der klare Favorit für die kommenden Vorwahlen.

Wie es sich für den endlos langen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gehört, bläst man nach frühen Siegen sogleich in die Tuba der Übertreibung. „Iowa ist der Anfang vom Ende der Reagan-Administration", dröhnt Mondale, und „Ich bin bestärkt in dem Glauben, daß das, was ich zu sagen habe, genau das ist, was die Amerikaner von ihrem nächsten Präsidenten hören wollen". Die Amerikaner? Iowa hat 1,5 Millionen Wahlberechtigte. Circa 85 000 von ihnen nahmen an den Abstimmungen für die demokratischen Kandidaten teil. Davon einigten sich an die 40 000 auf Mondale. „Die" Amerikaner?

Trotzdem sind auch Resultate im Miniaturbereich von einigem Aussagewert. Beispielsweise das Faktum, daß der hochgelobte ehemalige Astronaut Glenn und der ebenso hochgelobte Farbigenführer Jesse Jackson nur 3,5 beziehungsweise 1,6 Prozent der Stimmen erhielten. Sodann das andere Faktum: Alle „konservativen" Demokraten – Hollings, Askew und Glenn – landeten unter „ferner liefen", die gesamte Spitze dagegen fiel an die „Liberalen": Mondale, Hart, McGovern und Cranston. Die Anhänger eines atomaren Freeze triumphierten über die Befürworter der MX, die Wirtschaftsdirigisten (nur Hart denkt wettbewerbsorientiert) siegten über die Marktwirtschaftler.

Hier zeichnet sich ein ideologisch scharf profilierter Wahlkampf ab. Der große Steuerkürzer und Geldausgeber für die nationale Verteidigung, Ronald Reagan, (Defizit: zweihundert Milliarden Dollar), gegen den großen Steuererhöher und Geldausgeber für Bürokratie und Wohlfahrt, Walter Mondale (Defizit: uferlos?). Was immer „die" Amerikaner wollen: Keiner von ihnen wird sagen dürfen, er wisse nicht, was zur Wahl steht.

Um- und Zweifelsfragen

Von Enno v. Loewenstern

In Baden-Württemberg sieht der Landtagspräsident Grund zur Besorgnis. Die Stuttgarter Landeszentrale für politische Bildung hat eine Umfrage zum Thema „Was geht mich die Demokratie an?" veranstaltet. Nun muß der Südweststaat mit der Erkenntnis leben, daß vierzehn Prozent der Befragten „diesen demokratischen Rechtsstaat nicht als 'hohes Gut' ansehen". Das jedenfalls ergibt sich daraus, wie sie ihre Kreuzchen auf den Fragebögen placiert haben.

Mit Umfragen aber ist es bekanntlich so eine Sache. Es genügt nicht, zu sagen, sie seien so gut oder schlecht wie die Umfrager. Sie sind so ernst zu nehmen, wie die Befragten sie nehmen. Wenn beispielsweise schon der Direktor der Landeszentrale selber mitbekommen hat, daß manche Jugendliche „bewußt provozierend" alle Fragen mit „trifft nicht zu" beantworteten, dann hat er damit den Schlüssel zum Kernproblem der Umfragerei entdeckt.

Besagter Direktor Schiele schätzt denn auch, daß die Zahl der wirklichen Systemgegner nur die Hälfte der vierzehn Prozent ausmacht. Das wäre immer noch schlimm, meint er. Womit er recht hat. Aber wir wissen, daß es in jeder Gesellschaft einen gewissen Prozentsatz von Außenseitern gibt – Schmarotzer, Kriminelle, Extremisten, was auch immer.

Der Zweck von Umfragen liegt darin, uns die jeweilige Zahl genau zu nennen. Wenn wir von vornherein annehmen dürfen, daß das Bild falsch ist, erübrigen sich Umfragen. Schätzen können wir auch ohne solchen Aufwand. Sicher gibt es konkrete und vordergründige Dinge, die einigermaßen zuverlässig erumfragt werden können, aber erfahrene Befrager sind selbst bei der sprichwörtlichen Sonntagsfrage („Wie würden Sie wählen, wenn ...") vorsichtig und retten sich ins „Gewichten". Der Glaube, daß man ein paar hunderttausend hinblättern und damit auf dem schnellen Weg – ohne das mühsame Sammeln persönlicher Beobachtungen und Erfahrungen – über alle sogenannten Befindlichkeiten zuverlässig unterrichtet werden könne, ist ebenso naiv wie unausrottbar.



„Kommt rüber – er sagt, er brütet auch unsere Eier aus!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Deutsch-deutsche Sprache

Von Günter Zehm

Momentaufnahme aus den letzten Tagen: Eine Gruppe von „DDR"-Touristen, darunter auch einige SED-Mitglieder, flüchtet sich in die deutsche Botschaft in Prag. Sie wollen nach Bayern ausreisen, aber die Tschechen weigern sich – nach Absprache mit Honecker – kategorisch, den Weg freizugeben. Daraufhin reden die Bonner Botschaftsangehörigen so lange auf die Asylsuchenden ein, bis diese resigniert aufgeben und sich den tschechichen Behörden und einem ungewissen Schicksal ausliefern.

Ähnliche Ereignisse scheint es in den vergangenen Wochen und Monaten viele gegeben zu haben. Die „Warnung" des innerdeutschen Ministers Windelen an „DDR"-Bewohner, den Weg in den Westen nicht über die Ständige Vertretung in Ost-Berlin zu suchen, spricht Bände. Helmut Kohls Politik der „Hoffnung in der Verantwortungsgemeinschaft" zeitigt Wirkung innerhalb der „DDR"-Bevölkerung; nicht unbedingt zur Freude der Politiker. Die Zahl der Ausreiseanträge ist sprunghaft gestiegen. Die Angst vor den Repressalien, die einen Ausreisewilligen regelmäßig treffen, nimmt ab. Immer mehr Menschen stellen ein weißes „A" aus Pappe in ihr Fenster – für „Antragsteller".

Welche Konsequenzen sollte Bonn aus dieser Entwicklung ziehen? Ganz falsch wäre es, alle spontanen Regungen von unten lediglich unter dem Aspekt der „Störung" abzuhaken und den Menschen drüben per Fernsehansprache und mit dem Unterton leichter Verärgerung zu versichern, es werde „alles Menschenmögliche" für sie getan und sie sollten sich schön still verhalten und auf die „Familienzusammenführung" warten. Allzu leicht gerät man dadurch in den Verdacht einer zumindest rhetorischen Komplizenschaft mit den Machthabern der SED. Komplizenschaft ist aber auf dem heiklen Feld der innerdeutschen Beziehungen das genaue Gegenteil von gedeihlicher Zusammenarbeit.

Bonn hat – allein schon nach dem Verfassungsgebot des Grundgesetzes – eine eindeutige Fürsorgepflicht für „DDR"-Bewohner, die die ihnen zustehenden Menschenrechte wahrnehmen wollen. Dazu gehört auch, daß diese Menschen, die viel wagen, verbal nicht in den Status von sprachlosen Untertanen zurückgestoßen werden, daß man sie vielmehr in ihrem staatsbürgerlichen Mut bestärkt und ihnen die Gewißheit vermittelt, daß ihr Einsatz in innerdeutsche Realpolitik umgesetzt wird.

Die Sorge, daß man damit manchmal die Machthaber vor den Kopf stoßen könnte, ist berechtigt, kann jedoch nicht das ausschlaggebende Entscheidungskriterium sein. Wenn es in einem bestimmten Fall darum geht, ob durch das Verhalten Bonns entweder Honecker oder die Bürgerrechtsbewegung in der „DDR" ihr „Gesicht" verlieren, sollte man sich in der Regel zugunsten der Bürgerrechtsbewegung entscheiden.

Bundeskanzler Kohl hat soeben in Israel erfahren, was für eine gewaltige politische Kraft die Vergangenheit ist und wie schwer sie sich „bewältigen" läßt. Auch in unserem Verhältnis zur „DDR" gibt es eine Vergangenheit (und eine Gegenwart) zu bewältigen. Drei Millionen „DDR"-Flüchtlinge, Tausende von Zuchthausjahren für nichts und wieder nichts, zahllose an der Grenze Erschossene oder zu Krüppeln Gemachte stehen gegen eine bloß oberflächliche „Normalisierung". Wer das ignoriert, wird keine innerdeutsche Realpolitik betreiben können.

Vielleicht sollten sich die mit innerdeutschen Problemen befaßten Politiker einmal den Vorgängen innerhalb des Schriftstellerverbandes VS zuwenden. Dort gab es eine Phase euphorischer innerdeutscher „Friedenspolitik" mit viel Händeschütteln, Kameralächeln und gemeinsam verabschiedeten Resolutionen. Bald stellte sich aber heraus, daß die ganze Pracht nur möglich war, weil man die Opfer der SED, die in dem Verband Unterschlupf gefunden hatten, auf heimtückische Weise diskriminierte und aus allen wichtigen Gesprächen ausgrenzte. Ihre Erfahrungen wurden mißachtet. Die Folge war eine schleichende Aushöhlung des Verbandes, ein Verfall seiner Sprache und Moral und schließlich ein Kollaps, von dem er sich schwerlich erholen wird.



„Verantwortungsgemeinschaft"? – Kohl, Honecker FOTO: SVEN SIMON

Innerdeutsche Politik, ob sie nun im großen oder kleinen betrieben wird, ist stets ein Balanceakt mit mehreren Bällen; die Machthaber der SED sind nur einer davon. Alles, was hier gesagt oder nicht gesagt wird, liegt sofort auf der Goldwaage. Die politische Semantik, das Schärfen und Abwägen der Begriffe, muß deshalb eine der vornehmsten Aufgaben des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen sein. So mancher Vorgang der jüngsten Zeit zeigt, daß die Verantwortlichen das noch nicht hinreichend klar sehen, daß die sprachliche Schlamperei der Ära Franke noch nicht überwunden ist.

Was beispielsweise den Berliner Wissenschaftssenator Kewenig zu der Erklärung bewogen haben mag, daß Berlin „kein bloßes Objekt der Bonner Deutschlandpolitik" sein dürfe und daß der Status Berlins „kein Selbstzweck" sei, steht in den Sternen. War Kewenigs Parforceritt mit den „Innerdeutschen" in Bonn abgesprochen? Wenn nein, zeugt das von schlechter Koordination, wenn ja, *zeugt es von gefährlicher semantischer Unempfindlichkeit.*

Weder das eine noch das andere kann Bonn sich leisten, wenn es darangehen will, seine Deutschlandpolitik in besseres Fahrwasser zu lenken und dort erreichte Erfolge möglicherweise sogar als Guthaben in den internationalen Ost-West-Dialog einzubringen. Das Postulieren einer „Verantwortungsgemeinschaft" genügt nicht. Man muß vor allem wissen, wie man die Verantwortung wahrzunehmen hat.

IM GESPRÄCH Dieter Klink

Senior der Glockenläuter

Von Winfried Wessendorf

Als die Astronauten mit Ulf Merbold zu Besuch in der Bremer Bürgerschaft waren, ließ Präsident Dieter Klink die Türen öffnen. Rund fünfzig Kinder stürzten sich jauchzend auf die Himmelsfahrer, bettelten um Autogramme. Präsident Klink weiß, was gefällt.

Klink ist der dienstälteste Landtagspräsident in der Bundesrepublik. Seit dem 20. Januar 1971 nimmt der SPD-Politiker das protokollarisch erste *Amt im kleinsten* Bundesland ein. Über den politischen Stellenwert des Parlamentspräsidenten hat er laut nachgedacht: „Man verliert dabei den politischen Biß. Denn wer vom Präsidentenstuhl aus Entscheidungen zu treffen hat, von dem wird erwartet, daß er die Absicht aufgegeben hat, Parteipolitik machen zu wollen." In der Hitze der politischen Auseinandersetzung sei es allerdings schwierig, diesem Anspruch immer Geltung zu verschaffen.

Auch das gehöre zu den Problemen des Parlamentspräsidenten: Im Wahlkampf zähle er zu den Spitzenkandidaten seiner Partei. An der Spitze des Parlaments solle er jedoch parteipolitische Abstinenz ausstrahlen. Klink: „Diese Abstinenz entfremdet ihn der parteipolitischen Diskussion und der Kontroverse mit anderen Parteien."

„Dann ist da noch das Verhältnis des Parlamentspräsidenten zur Regierung oder, genauer gesagt, zum Regierungschef", führt der 53jährige Sozialdemokrat an. „Zeigt der Vertreter des Parlaments nicht Flagge, wird die politische Szene weitgehend von der Regierung beherrscht."

Dies sei in Bremen ein besonders delikates Problem, weil der Senat in der Tradition der Vollmacht stehe. Klink: „Der Abbau der Vorherrschaft der Regierung im Bewußtsein der Bevölkerung zugunsten des Parlaments ist ein langwieriger, steiniger Weg,



Da durften auch mal die Kinder herein: Klink FOTO: DIE WELT

der nicht nur von allgemeiner Zustimmung, sondern gelegentlich auch Verärgerung der Regierenden begleitet wird."

Der Parlamentspräsident – und auch die Konferenz der Landtagspräsidenten – muß sich laut Klink bei politisch strittigen Fragen um große Zurückhaltung bemühen. Dieser notwendige Verzicht auf direkte politische Gestaltungsmöglichkeiten öffne aber zumeist die willkommene Chance zur Mahnung und Besinnung auf das Eigentliche, Gemeinsame, das schließlich zum Kompromiß und zum Miteinander führen soll.

Kein Parlamentspräsident könne sich allein auf seine eigene Kraft und auf das Recht einer Geschäftsordnung verlassen. Er benötige die Unterstützung seiner Partei, seiner Fraktion und des gesamten Parlaments, darüber hinaus den Zuspruch und die Nähe der Bürger. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft weiß, wie man Bürgernähe herstellt. Er hat eine regelmäßige Bürgersprechstunde eingerichtet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt bescheinigt dem Bundeskanzler, daß er gegenüber Washington „zu vollmundig" auftrete:

Kohl wird zwischen dem, was bei uns populär ist, und dem, was uns in Washington nutzt oder schadet, eine vernünftige Balance finden müssen. Es kann nur Irritationen im Weißen Haus bewirken, wenn Kohl den amerikanischen Präsidenten unaufhörlich mit dem Vorschlag eines Gipfeltreffens mit Tschernenko traktiert, obwohl Reagan mehrfach abgewinkt hat ... Reagan mißfallen europäische Profilneurosen. Daß sich Amerika eines Tages pazifistisch orientieren könnte, ist keine Erfindung notorischer Schwarzseher. Noch sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen die Basis unserer Außenpolitik. Einen Ersatz hat auch der Kanzler nicht.

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es zum Urteil des Bundesfinanzhofs über die steuerliche Absetzbarkeit von Bußgeldern:

Ein staunenswertes Urteil ... Denn tatsächlich wissen natürlich auch die Münchner Finanzrichter, daß ihr Urteil dem Gerechtigkeitsempfinden ins Gesicht schlägt. Es ist ordnungspolitisch abwegig, weil es die Sanktionswirkung von Bußgeldern unterläuft. Es ist rechtspolitisch umstritten, weil die Begleichung einer Geldbuße durch einen anderen, in diesem Falle das Finanzamt, grundsätzlich verboten ist. Es ist aber auch steuertechnisch unpraktikabel, weil der Fiskus dem kleinen Bußgeld-Sünder solcherart „Betriebs- oder Werbungskosten" eigentlich nur pauschal glauben kann, womit – ähnlich wie in der Spesenwirtschaft – nur ein weiteres Hintertürchen für Steuertricks geöffnet würde. Der einzig gangbare Weg. . . . ist also, . . . den steuerlichen Abzug von Bußgeldern als Betriebskosten formal auszuschließen.

WIESBADENER KURIER

Zum Bußgeld-Urteil schreibt die Zeitung:

Der gewiefte Gesetzesbrecher wird künftig mit Brutto- und Netto-Bußgeldern kalkulieren. Ein Bau-Unternehmer, den das Kartellamt wegen unerlaubter Preisabsprachen mit einer Million DM Geldbuße belegt, braucht . . . nur 300 000 DM zu verbuchen. Was ihm die eine Behörde abfordert, gibt ihm das Finanzamt zum großen Teil wieder ... Die Richter haben lediglich mal aufgepaßt und eine Gesetzeslücke ausgemacht, die Generationen von Finanzministern übersehen hatten. Jetzt wird es aber Zeit in Bonn, beim Gesetzgeber. Nicht, daß noch einer kommt, der seine Buße wegen Steuerhinterziehung steuerlich absetzen will.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung merkt zum Fernfahrerstreik an:

Diese Streikbewegung hat nicht nur Handgemenge zur Folge gehabt, sondern leider auch tödliche Unfälle. Dabei haben die Fernfahrer nicht anders gehandelt als die Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke, die Postler und Landwirte, wenn sie einen öffentlichen Dienst lahmlegen. Dieser Streik und seine Entwicklung, die wieder einmal die Ohnmacht des allmächtigen Staates unter Beweis gestellt haben, sind ein weiteres Argument für die bereits allzusehr verbreitete Meinung, daß in diesem Land auf rechtmäßigem Weg nichts zu erreichen ist, daß man mit Gewalt alles durchsetzen kann und daß es lohnender ist, die Verkehrswege zu blockieren, als auf den Wegen der Legalität zu bleiben.

Variante der Steuerreform: Ihr Kinderlein, kommet

Alle sind für die Familie, aber man streitet über das Wie / Von Peter Gillies

Ein Familienzwist von beißender Schärfe ist im Regierungslager ausgebrochen. Lothar Späth (CDU) beispielsweise verwahrte sich gestern gegen „unnötige Belehrungen" durch Graf Lambsdorff (FDP) und stellte ihm in Aussicht, „seine Aggressivität mit gleicher Münze heimzuzahlen". Schon längst ordnet man die Lager nicht mehr nach den überkommenen Kategorien von Wirtschafts- und Sozialflügel (was eigentlich noch nie gestimmt hat). Die Koalitionen innerhalb der Koalition dürfen erstaunlich genannt werden.

Der Zorn entzündete sich an einem Verteilungsakt, auch Steuerreform genannt, der irgendwann bevorsteht, dessen Feinheiten jedoch noch ungewiß sind, wegen finanzieller Unwägbarkeiten auch ungewiß bleiben müssen. Er griff um sich, weil die Selbstzweifel an der Sparpolitik wuchsen (oder immer weniger unterdrückt werden konnten). Die Erweiterung um die „Familienpolitik" schließlich, die Vision eines „sterbenden Volkes", hob die Spardiskussion auf die Ebene anderer politischer Qualität.

In der Tat gibt das generative Verhalten der Deutschen zu sorgenvollen Überlegungen Anlaß. Seit 1970 wurden mehr als als vier Millionen Geburten weniger verzeichnet, als zur „Bestandserhaltung" nötig wären. Im vergangenen Jahr kamen in der Bundesrepublik vier Prozent weniger Kinder als 1982 zur Welt. Das hat Folgen für den Kindergarten, den Arbeitsmarkt, die Rente, kurzum: für die Zukunft. Zu einer Zeitbombe wird das Problem dadurch, daß diese Republik nicht nur die Lust am Kind verlor, sondern auch jene an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung, aus der allein Wohlstand und Arbeitsplätze wachsen. Eine Vergreisung im doppelten Sinne.

Nun ist es – da hat Alfred Dregger recht – weder eine Marotte noch eine Subvention, die Familie zu fördern, damit Kinderreichtum nicht zur wirtschaftlichen Last werde. Zum Sozialstaatsprinzip, zur Gerechtigkeit und zur Subsidiarität gehört es, Pflege und Erziehung von Kindern zu fördern. Diese Leistung taucht leider in keiner Sozialproduktrechnung auf. Ziel bleibt, ein kinderloses Ehepaar nicht besser zu stellen als eines mit vier Kindern (was eine Umverteilung vom ersten auf das zweite bedingt). Schon das erheischt besonderen Mut.

Die passende Gelegenheit zur familienpolitischen Korrektur wird in der Steuerreform gesehen. Von den angepeilten 25 Milliarden Mark sollten mindestens fünf, besser acht oder zehn Milliarden den Familien zufließen. Nur der Rest sei für Entlastung und Glättung des leistungshemmenden Steuertarifs zu verwenden. Wenn man jedoch wie Stoltenberg davon ausgeht, daß von den 25 Milliarden nur etwa 13 Milliarden als echte Steuersenkung verbleiben (denn die andere Hälfte soll durch Steuererhöhungen an anderer Stelle aufgebracht werden), könnte man die Steuerkorrektur vergessen. Sie bliebe nicht mehr wahrnehmbar.

Diese Bundesregierung hat das Kindergeld gesenkt sowie Steuern und Abgaben erhöht, die auch Familien treffen. Das möchte sie korrigieren. Aber sie hat eine Schuldenlast zu bewältigen (und zu verzinsen), die sich unter Familienpolitikern noch nicht ausreichend herumgesprochen hat. Allein die jährlichen Zinsen für die Bundesschulden sind etwa doppelt so hoch wie das Kindergeld eines Jahres. Daraus läßt sich entnehmen, wie unsozial und auch familienfeindlich eine überbordende Staatsverschuldung ist.

Nun steigen die Schulden vehement – nur leicht gebremst – weiter. Mit ihnen steigt die Zinslast. Sparen ist also kein phantasieloser Vorgang politischer Buchhalter ohne Familiengefühl. Es schafft Raum für Gestaltung, für mehr Kapitalbildung, letztlich für mehr Arbeitsplätze, auch wieder für mehr Familienunterstützung. Beide Ziele müssen also miteinander versöhnt werden: das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Die Fixierung auf nur ein Ziel führt in die Irre und wohl irgendwann auch zum Regierungsverlust.

Es ist leichtsinnig, zu glauben, daß mit dem Sparprozeß schon in diesem oder im nächsten Jahr Schluß gemacht werden könne, wie so unterschiedliche Politiker wie Geißler oder Lambsdorff es tun. Familienförderung auf Pump wäre ein Bärendienst an der Familie, weil sie einen erhöhten Zuschuß mit Inflation und Arbeitslosigkeit oder beidem bezahlen müßte. Kinder werden in die Welt gesetzt, wenn die Eltern davon überzeugt sind, daß es Freude bringt, in ihr zu leben, Chancen zu haben und sie zu ergreifen. Diese Freude, sich im Kind weiterzugeben, ist nicht per Überweisung vom staatlichen Kontokorrent zu bewirken. Gewiß, die Rechnung in der Lohntüte darf nicht entmutigen. Aber sie ist nur ein Mosaikstein von vielen, aus denen die Zukunft zusammengesetzt ist.

In Frankreich häuft sich der politische Sprengstoff

Frankreichs Fuhrunternehmer lassen ihre Muskeln spielen. Geht es bei ihren Blockaden um mehr als Branchen-Interessen? Braut sich eine mittelständische Protestbewegung gegen die sozialistische Regierung zusammen? Es wäre nicht die erste – das Stichwort Poujadismus ist noch lebendig.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Für die sozialistische Regierung in Frankreich ist der politische Kredit aufgebraucht. Nachdem die der anfänglichen Volksbeglükkungspolitik vor einem Jahr gefolgte Austerity-Kur ohne größere soziale Unruhen hingenommen wurde, kam es seit Jahresbeginn zu verschiedenen spektakulären Streik- und Protestaktionen. Sie erreichten in der Blockade der Fernfahrer vom letzten Wochenende einen neuen Höhepunkt.

Hunderttausende von Automobilisten wurden von über 3000 auf Straßen und Autobahnen quergestellten Lastkraftwagen in eisiger Kälte am Weiterfahren vor allem in die Wintersportorte der Alpen gehindert. Auf der Nord-Süd-Autobahn und in der Rhône-Alpen-Region war der Straßenverkehr total blockiert. Das dadurch entstandene Chaos war deshalb besonders groß, weil in der Pariser und nordfranzösischen Region gerade die Schulferien begonnen hatten, während sie in Südfrankreich zu Ende gingen. Ein günstigeres Wochenende hätten sich die Kapitäne der Straße für ihre Aktion nicht auswählen können. Die in 32 000 mittelständische Unternehmen aufgesplitterte Branche zeigte dabei überraschende Geschlossenheit.

Anlaß – oder Vorwand – für die Aktion war der jüngste Streik der französischen und italienischen Zollbeamten an dem schon häufiger gesperrten Montblanc-Tunnel. Diesmal hatte die Unterbrechung der wichtigsten für Lastkraftwagen befahrbaren Winterroute nach und von Italien den Fuhrunternehmern den Geduldsfaden reißen lassen. Unter Hinweis darauf, daß die Regierung es nicht zuwege brachte, die Zöllner zur Arbeit zu bewegen, widersetzte man sich allen schüchternen Ansätzen, die Lkw-Blockade mit Polizeigewalt zu brechen. Den Franzosen wurde damit auf den Fernsehschirmen gezeigt, wie es um die Autorität des Staates steht.

Inzwischen haben sich die Gemüter etwas beruhigt. Nachdem der (kommunistische) Verkehrsminister Charles Fiterman der Branche Verhandlungen über „alle strittigen Fragen" angeboten hatte – sie wurden gestern in Paris aufgenommen – forderten die beiden Fuhrunternehmer-Verbände FNTR und UNOSTRA ihre Mitglieder auf, die Sperren zu beseitigen oder wenigstens durchlässiger zu machen. Aber dieser Aufruf wurde bisher nur teilweise befolgt. Der Straßenverkehr in Frankreich hat sich noch nicht normalisiert.

Die meisten Fuhrunternehmer stehen jetzt „Gewehr bei Fuß". Führen die Verhandlungen nicht zu den gewünschten Ergebnissen, dann wollen sie in Frankreich neue Sperren errichten. Verlangt wird insbesondere eine zügigere Pauschalabfertigung am Montblanc-Übergang, die Lockerung des Fahrverbots an den Wochenenden, eine geschmeidigere Regelung der Arbeitszeit, weniger Polizeikontrollen, die Ermäßigung der Autobahngebühren und die Rückerstattung der auf Dieselöl für Lkw lastenden Mehrwertsteuer. Das sind höchst delikate Punkte, die nicht alle auf nationaler Ebene geregelt werden können.

Generell fühlen sich die Fuhrunternehmer gegenüber ihren Kollegen aus anderen EG-Ländern diskriminiert. Die sozialistische Regierung bevorzuge außerdem die (staatliche) Eisenbahn gegenüber dem Straßenverkehr, heißt es. Um diesem nicht unberechtigten Vorwurf zu begegnen, hatte Verkehrsminister Fiterman letztes Jahr gegen den Widerstand seiner Partei und der kommunistischen Gewerkschaft CGT eine Mehrwertsteuer-Ermäßigung durchgesetzt, während von den bürgerlichen Regierungen eine derartige Forderung stets abgelehnt worden war, obwohl die Fuhrunternehmer eher Rechtswähler sind.

Von einem politischen Konflikt kann man also noch nicht ohne weiteres sprechen. Auch die früheren Regierungen waren verschiedentlich mit Straßensperren der Fuhrunternehmer konfrontiert worden, auch wenn diese nicht ein derartiges Ausmaß erreicht hatten wie jetzt. Am Erpressungspotential der Branche hat sich insgesamt gesehen jedenfalls nichts geändert. Es ist mit dem der Fluglotsen und der Flugkapitäne vergleichbar, was auch andere Länder zu spüren bekamen.

Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, daß hier keine Angestellten sondern Unternehmer massiven Druck ausübten. Dabei geht es im Grunde um die Verteidigung von steuer- und arbeitsrechtlichen Privilegien oder um deren Erweiterung.

Am besten zu vergleichen sind die Ereignisse vom letzten Wochenende wohl mit der Hafen-Blockade vom Sommer 1980 durch die mittelständischen Fischerei-Unternehmer. Auch haben protestierende Bauern immer wieder Straßen- und Eisenbahnlinien blockiert, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. So gesehen, liegt das Aufbegehren der Fuhrunternehmer nicht ohne weiteres im derzeitigen sozialistischen Regime


Konfrontation auf der Autobahn: Polizei versucht bei Beaune die Blockade durch Lkw zu brechen
FOTO: UPI

Frankreichs begründet. Im übrigen waren ähnliche Konflikte von der sozialistischen Regierung bisher schneller gelöst worden als von ihren Vorgängern.

So überrascht es nicht, daß die Regierungs- wie Oppositionsparteien zunächst einmal davon Abstand genommen haben, den Konflikt politisch auszubeuten. Das war ganz anders, als im vergangenen Jahr die Kleinunternehmer mit den Freiberuflichen wegen der Steuererhöhungen auf die Straße gingen. Damals marschierten die führenden Vertreter der Opposition an ihrer Spitze. Diesmal übt man beiderseitig aber wohl hauptsächlich deshalb Zurückhaltung, weil die Lkw-Aktion im höchsten Maße unpopulär ist.

Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Der Konflikt könnte durchaus ansteckend wirken. Denn warum sollte das, was den Fuhrunternehmern recht ist, nicht anderen Berufsgruppen billig sein? Würde dadurch eine Kettenreaktion ausgelöst, die in einen neuen Poujadismus mündet und damit an den Grundfesten der V. Republik rüttelt? Mit seiner Steuerstreik-Bewegung hatte der Kleinunternehmer Poujade in den fünfziger Jahren wesentlich zur Destabilisierung der IV. Republik beigetragen.

Dies wäre eine mittelfristige Perspektive. Das unmittelbare Problem ergibt sich für die Regierung daraus, daß dieser Konflikt zeitlich mit Protestbewegungen der verschiedensten Arten zusammenfällt, angefangen von dem am Montag begonnenen nationalen Bergarbeiterstreik – dem schwersten seit 21 Jahren – bis zu den spektakulären Elternumzügen gegen die Abschaffung der Privatschulen. Hier kann sich Sprengstoff zusammenbrauen.

Dabei steht der Regierung das Schlimmste erst noch bevor. Ihr Restrukturierungsplan betrifft nicht nur den Kohlebergbau, sondern auch die Stahlindustrie, den Schiffbau, die Automobilindustrie und die Textilindustrie. Hier wie dort sollen in bisher nicht erlebtem Umfang und Tempo unrentable Arbeitsplätze beseitigt werden. Selbst wenn das zu einem guten Teil ohne Entlassung vonstatten gehen sollte, so verbreitet sich doch in der Bevölkerung – vor allem der Umstrukturierungs-Regionen – eine Malaise, die in eine soziale Explosion münden könnte. Es bedarf nur eines zündenden Funkens.

In Frankreich kann die Volksstimmung schnell in revolutionären Unmut umschlagen. Das hat sich zuletzt deutlich 1968 bei den „Mai-Unruhen" gezeigt. Diesmal steht ein nicht sehr durchsichtiges Verhalten einer Mittelstandsgruppe im Blickpunkt. Was sich dahinter verbirgt und was sich daraus entwickeln kann – wer weiß es?

„Herr Zeuge" gibt sich souverän und gelassen

Von STEFAN HEYDECK

Ich kann warten, Sie müssen gehen", meint Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff schmunzelnd zu den fast drei Dutzend Fotografen und Kameramännern. Wieder einmal haben sie versucht, ihn auf dem Zeugenstuhl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß sitzend abzulichten. Doch auch diesmal bleibt der Graf, dem die Staatsanwaltschaft Bestechlichkeit vorwirft, stur: Bilder, die auch nur den Anschein erwecken könnten, er säße auf der Anklagebank, gibt es auch diesmal nicht.

Äußerlich gelassen stellt sich Lambsdorff dann zum zweiten Mal den Fragen der Abgeordneten. Vor sich auf dem Tisch dicke Schnellhefter ausgebreitet, in zwei schwarzen Aktentaschen weitere Unterlagen und neben sich – für kritische Situationen – seinen Rechtsanwalt Egon Müller. Der „Herr Zeuge", wie der Minister angeredet wird, präsentiert sich in seinen Antworten souverän. Manchmal scheint es sogar, als mache es ihm einen diebischen Spaß, wenn die Vertreter von Koalition und Opposition in an ihn gerichteten Fragen sich gegenseitig zu traktieren oder ihre eigenen Parteien vom Vorwurf finanzieller Vorteilnahmen zu entlasten versuchen.

So meint der FDP-Politiker, locker im Sessel zurückgelehnt, zur allgemeinen Erheiterung auf die Frage von Ingrid Roitzsch (CDU), ob es denn damals „Überzeugungsgespräche" vor Flick-6b-Genehmigungen mit Karl Carstens gegeben habe: „Kein Wort." Und mit Helmut Kohl? „Auch nicht." Oder mit Richard Stücklen? „Erst recht nicht." Genauso verfährt er mit seinem „6b-Intimfeind" Dieter Spöri (SPD). Als dieser ihm eine Unterlage mit den Worten „als Ihr Meßdiener darf ich Ihnen die Akte geben" bringt, kontert Lambsdorff trocken: „Ich dachte, Meßdiener seien Schwarze."

Daß Lambsdorff trotzdem „unter Volldampf" steht, wird während der dreieinhalbstündigen Vernehmung ein einziges Mal deutlich sichtbar: Da bringt ihn unter Berufung auf die Aussage von Hans Friderichs (FDP) Peter Struck von der SPD in direkten Zusammenhang mit einer Flick-Spende an seinen NRW-Verband. Hier braust Lambsdorff regelrecht auf: „So leicht lasse ich mich nicht aufs Kreuz legen." Und darauf achtet er auch, wenn er sich trotz aller Versuche von Otto Schily von den Grünen nicht den strafprozeduralen Satz „Ich verweigere die Aussage" entlokken läßt, sondern andere Formulierungen benutzt.

Auch wenn Lambsdorff praktisch keinen Millimeter von der ihm eigenen kurzen und knappen Art abweicht, so haben Beobachter doch den Eindruck, daß er dem Ausschuß quasi ein „Bonbon" mitgebracht hat. Er verrät aber nur, daß er der Staatsanwaltschaft zwei neue Entlastungszeugen benennen will. Dem Ausschuß will er trotz aller Proteste diese Namen erst bei der nächsten Vernehmung „bescheren".

Das Kartellamt sagt: Wenn wir das gewußt hätten . . .

Wenn eine Firma sündigt, kann sie die Strafe von der Steuer absetzen. Ein überraschendes Urteil; aber der Bundesfinanzhof mußte so entscheiden. Ein Gesetz soll die Lage wieder ändern.

Von HANNA GIESKES

Wir haben Recht zu finden und nicht zu erfinden." Franz Klein, Präsident am Bundesfinanzhof in München, ist verwundert über die öffentliche Schelte, die der Große Senat seines Hauses nach der Entscheidung zur steuerlichen Absetzbarkeit betrieblich oder beruflich veranlaßter Bußgelder einstecken muß. Das Gesetz sehe nun einmal kein Abzugsverbot für Geldbußen vor, und daß eines Tages eine entsprechend höchstrichterliche Entscheidung kommen würde, „wußte der Finanzminister schon, als er noch Matthöfer hieß".

Dem Rechtsempfinden des normalen Bürgers kommt dies allerdings eigenartig vor. Soll denn die Allgemeinheit dafür gerade stehen, wenn Unternehmer gegen einschlägige Gesetze verstoßen, etwa gegen das Kartellgesetz? Kann es angehen, daß die steuerliche Entlastung beim Bußgeld um so größer ist, je mehr Einkommen der „Sünder" hat? Das scheint die alte Volksweisheit zu bestätigen, wonach die Kleinen gehängt werden, und man die Großen laufen läßt.

Präsident Klein läßt dies nicht gelten. „Die Kritiker vergessen die progressive Besteuerung." Wer mit einem hohen Steuersatz belastet sei, etwa über 50 Prozent, der werde beim Abzug eben auch mit über 50 Prozent entlastet. Dies gelte im übrigen für alle abzugsfähigen Ausgaben und sei Bestandteil des Steuersystems.

Im übrigen, so klagt er, hätten die Kritiker das Urteil nicht richtig verstanden; es sei keineswegs so, daß nun die Allgemeinheit für die von Minderheiten begangenen Sünden aufkommen müsse. Bisher hätten die Richter die Höhe von Bußgeldern nach dem Nettoeinkommen des Betroffenen festgelegt, nach Abzug sämtlicher Steuern. In Zukunft werde das Bruttoeinkommen zugrunde gelegt, und danach das dann wahrscheinlich wesentlich höhere Bußgeld. Wenn es denn betrieblich oder beruflich veranlaßt war, sei es eben steuerlich abzugsfähig. „Unterm Strich" käme für die Allgemeinheit dasselbe heraus.

Beim Bundesfinanzhof verweist man im übrigen darauf, daß bis 1939 ebenso verfahren worden ist: Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten waren grundsätzlich als Betriebsausgaben absetzbar, wenn sie betrieblich bedingt waren; Geldstrafen wegen krimineller Vergehen waren es grundsätzlich nicht.

Rechtsprechung aus dem Jahr 1939

Im Jahr 1939 änderte der Reichsfinanzhof seine Rechtsprechung. Seitdem waren Ordnungsstrafen nicht mehr abzugsfähig.

Und die Moral? Ist es nicht unanständig, wenn einer, der gegen Gesetze verstößt, vom Fiskus dann auch noch für das Bußgeld sozusagen Rabatt bekommt? Der Fiskus wäre mit Sicherheit überfordert, wenn er sich auch noch um die Moral sorgen müßte. Er kümmert sich um Einkommen, aus denen er Steuern fordern kann, und darum erkennt er alles, was unmittelbar zur Erzielung dieser Einkommen oder Gewinne beigetragen hat, als abzugsfähig an. Dies gilt für Schmiergelder, die bei Geschäftsabschlüssen in bestimmten Ländern wohl unabdingbar sind ebenso wie für die „betriebsnotwendigen" Aufwendungen bestimmter Damen (und Herren), die ihr Einkommen auf eine im landläufigen Sinne nicht besonders moralische Weise erzielen. Und nun gilt es eben auch für bestimmte Ordnungsstrafen.

Allerdings muß man sich fragen, welchen Sinn es macht, wenn der Staat auf der einen Seite Bußgelder verhängt, um Einkommenserzielung mit unlauteren Mitteln zu verhindern, und auf der anderen Seite diese Bußgelder als Betriebsausgaben anerkennt: Es macht keinen Sinn. Der Bundesfinanzminister will darum „so schnell wie möglich" eine gesetzliche Regelung schaffen, um die Abzugsfähigkeit dieser Bußgelder wieder zu beseitigen. Die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag hat ihm bereits ihre Hilfestellung angeboten. Wie eine gesetzliche Regelung aussehen wird, ist freilich noch offen, „denn wir müssen zuerst einmal sehr genau die Begründung des Bundesfinanzhofs studieren", heißt es dazu im Hause Stoltenberg. Auch das Prozedere ist vorläufig noch nicht entschieden.

Vorteile für die Sünder aus der Bauwirtschaft

Es besteht die Möglichkeit, eine entsprechende Regelung auf das allerdings jetzt schon sehr umfangreiche Steuervereinfachungsgesetz „draufzusatteln", aber eine Änderung durch ein gesondertes Gesetz scheint ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Was jedoch auch immer geschehen mag: Die Kartellsünder aus der Bauwirtschaft, Mitte vergangenen Jahres wegen Preisabsprachen mit einem Rekordbußgeld von insgesamt 55 Millionen Mark belegt, kommen nun in den Genuß der neuen Finanzhof-Rechtsprechung. Im Kartellamt ist man darüber verständlicherweise verärgert, „denn wenn wir das gewußt hätten, dann hätten wir ja ganz anders zugelangt". Dabei ist es wohl weniger die unerwartete Minderung der Strafe als vielmehr die Befürchtung, daß das ohnehin nur schwach entwickelte Unrechtsbewußtsein gegenüber Kartellverstößen in dieser Branche noch schwächer werden könnte.

Präsident Klein kann dazu nur feststellen, „daß der Gesetzgeber, der die Lücke im Gesetz ja kannte, schon vor Jahren etwas dagegen hätte unternehmen können, wenn er das gewollt hätte". Nun sei das Kind in den Brunnen gefallen, und erst jetzt werde über eine gesetzliche Regelung nachgedacht.

Es sei keine andere Entscheidung möglich gewesen, sagt Klein dazu und räumt ein, daß die Minderung der Geldbußen den Zweck ihrer Verhängung gefährde. Der Senat habe sich aber an das geltende Recht halten müssen; er könne nicht „politisch oder moralisch" urteilen.

Erste Ansätze zur Vereinfachung der Verwaltung

MANFRED SCHELL, Bonn

Dem Bundeskabinett liegt heute ein Zwischenbericht der durch Regierungsbeschluß berufenen unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor, der erste konkrete Ansätze zur Entbürokratisierung erkennen läßt. Am konkretesten nehmen sich darin die Vorhaben der Bundesminister Oscar Schneider (Wohnungsbau) und Norbert Blüm (Soziales) aus. Danach will Schneider noch in dieser Legislaturperiode eine „einheitliche Konzeption" des Bundesbaurechts und den Entwurf „eines Bundesbaugesetzbuches" vorlegen.

Das Bundessozialministerium hat der Expertenkommission, die vom Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt (Bundesinnenministerium) geleitet wird, Gesetzwürfe in den Jahren 1984 und 1985 angekündigt, in denen die Bereiche der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch eingeordnet und vereinfacht werden sollen. Darüber hinaus will das Ministerium „noch in diesem Jahr" einen Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes einen Entwurf zum Abbau von „Aushang-, Anzeige- und Mitteilungspflichten im Arbeitsrecht" sowie eine Vorlage über befristete Arbeitsverträge unterbreiten.

In der Kommission wurden mit Blick auf die Arbeit des Bundeswirtschaftsministeriums außerdem weitere Möglichkeiten zur Förderung gewerblicher Existenzen diskutiert. Als Prüfungsauftrag wurde dem Bundeswirtschaftsministerium die Bitte übermittelt, festzustellen, ob man den vorläufigen Betrieb eines Gewerbes schon vor Erteilung aller vorgeschriebenen Genehmigungen ermöglichen sollte.

Apel fragt Bonn nach Aktivitäten für Berlin

SPD-Bundestagsfraktion zwei Tage in der geteilten Stadt

PETER PHILIPPS, Berlin

Manchmal scheinen es Sozialdemokraten fast zu genießen, in Bonn inzwischen in der Opposition zu sein. Jedenfalls griff die SPD-Bundestagsfraktion gestern auf ihrer Sitzung im Berliner Reichstag Fragen über die Aktivitäten von Bundesunternehmen in der Stadt auf, wie sie in ähnlicher Formulierung einst von der Unions-Opposition an die sozial-liberale Bundesregierung gestellt worden sind. Denn, so die Begründung des ehemaligen Bundesfinanzministers und heutigen stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Apel, die „Gefährdung des industriellen Standbeins ist die zentrale Gefährdung für die Zukunft Berlins".

In der Anfrage an die Bundesregierung konzentriert sich die SPD auf die Ergebnisse der von Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1982 in der Stadt veranstalteten Konferenz zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins: Ob es beispielsweise stimme, wie vom Berliner DGB berechnet, daß von den zugesagten neuen 3200 Arbeitsplätzen bisher nur 434 tatsächlich realisiert worden seien. Welche politischen Möglichkeiten die Bundesregierung sehe, die Standortnachteile Berlins abzubauen und die „Standortvorteile auszubauen, um die Attraktivität für Investition und Beschäftigung zu erhöhen". Apel sprach von dem „großartigen Eindruck", den die Wirtschaftskonferenz *im Dezember gemacht habe und der* sich „inzwischen verflüchtigt" habe. Wenn zum Ausbau der Aktivitäten von Bundesunternehmen in Berlin Haushaltsmittel notwendig seien, „zum Beispiel zur Kapitalaufstockung", dann könne die Bundesregierung darüber „mit der Opposition reden".

Die Lage der Berliner Wirtschaft, der kontinuierlich anhaltende Verlust an Arbeitsplätzen und die bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche standen im Zentrum des zweitägigen Besuchs der Bundestagsabgeordneten. Sie schwärmten in kleineren Gruppen aus und informierten sich „vor Ort" in mittelständischen Unternehmen und den Landesleitungen der Industrie-Gewerkschaften. Auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt kam zur Fraktionssitzung, nachdem er am Vorabend vor dem Lions-Club in der Stadt über Weltwirtschaftliches referiert hatte.

Die Einzeleindrücke aus den Betrieben sollen in den kommenden Tagen in Bonn aufgearbeitet werden. Aber bei dem Besuch einiger Abgeordneter unter der Leitung von Rudolf Dreßler und Anke Fuchs bei der Berliner IG Metall wurde deutlich, daß sich bei den Auseinandersetzungen um Verkürzung der Arbeitszeit Berlin kaum von anderen Gebieten des Bundesgebietes unterscheidet. Die Gewerkschafter berichteten von ihren Bemühungen, ihre Basis für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren, um kritische Fragen von Bürgern an Informationsständen auf den Straßen Antwort zu stehen. Und es ging um die Befürchtungen, daß die Arbeitgeber bei der nächsten Verhandlungsrunde ein „ordentliches" Lohnerhöhungsangebot vorlegen könnten: Wie solle die Gewerkschaftsleitung den Mitgliedern *ein Nein klarmachen?*

Ein spezielles Problem der Stadt, die S-Bahn, soll nach den Vorstellungen der Abgeordneten durch Bonner Hilfe weiter verkleinert werden. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther, bot der Bundesregierung an, daß eine Aufstockung der Bundesmittel für Ausbau und Betrieb „wohlwollend behandelt und unterstützt" werde.

Echternach, ein „Königsmacher"

Von HERBERT SCHÜTTE

Die Hamburger CDU hat nicht viele Ämter zu vergeben: Sie drückt seit 27 Jahren die Oppositionsbank in der Bürgerschaft. Der Wechsel in Bonn brachte keinen hanseatischen Unionspolitiker in ein Regierungsamt, von dem Hamburger Fünf-Mann-Kontingent in der CDU-Bundestags-Fraktion schaffte allerdings einer, der 41jährige Volker Rühe, den Weg nach oben, in das Amt eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Und das auch noch für den zentralen Bereich Deutschland- und *Außenpolitik.*

Sein Hamburger Abgeordneten-Kollege Jürgen Echternach erscheint im Vergleich dazu als ein Hinterbänkler. Doch nur auf den ersten Blick. Die CDU-Reihenfolge am Rhein gibt keinesfalls Aufschluß über die Elite an der Elbe: Der 46jährige Pommer, schon als Schüler nach Hamburg geflüchtet, hat an Amtszeit und Stehvermögen alle CDU-Politiker der Hansestadt überrundet. Seit zehn Jahren steht er an der Spitze des Hamburger Landesverbandes. Wenn die CDU am Samstag zu ihrem Landesparteitag zusammentritt, wird er mit Sicherheit wiedergewählt, es gibt keinen Gegenkandidaten. Berliner Verhältnisse – wie die kürzliche Kampfabstimmung zwischen Eberhard Diepgen und Hanna Laurien – sind in Hamburg undenkbar.

Das Einmalige an Echternach im Vergleich zu allen anderen Landesverbands-Vorsitzenden liegt jedoch *darin, daß es eine Kandidatur für das* Amt des Regierungschefs von ihm noch nie gegeben hat. Der CDU-Chef seit 1974 blieb immer im Hintergrund, wenn es um den Versuch ging, einen SPD-Bürgermeister aus dem Rathaus zu drängen: 1974 und 1978 wagte Erik Blumenfeld diesen Anlauf – ohne Erfolg. Im Juni und dann noch einmal im Dezember 1982 war es Walther Leisler Kiep, der Klaus von Dohnanyi in die Schranken forderte. Auch das mißlang, wenn auch die Union im Sommer 1982 mit 43,2 Prozent ihr bestes Nachkriegsergebnis und auch wohl das höchstmögliche Potential herausholte. Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im Herbst 1986 hat Echternach schon jetzt deutlich gemacht, daß er selbst wohl nicht antreten, sondern den CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft, Hartmut Perschau, ins Rennen schicken werde.

Spricht Selbstbescheidung aus dieser Linie, Resignation, Angst vor einem vielleicht negativen Abstimmungsergebnis? Zunächst ist es wohl einmal die Einsicht, daß das Bild, das in der Öffentlichkeit entstanden ist – vor allem, wenn es über den Bildschirm vermittelt wird –, der Person Jürgen Echternach nur unvollkommen gerecht wird. Die Optik ist häufig verzerrt, aber auch das Objekt manchmal gehemmt, „über die Rampe zu kommen". Die Vorstellung verweigert sich, man könne mit dem hochintelligenten Juristen einfach einmal ein Bier zusammen trinken. Ein Gefühl der kühlen Distanz, der Sprödigkeit des Machers, der das Menschliche zu vernachlässigen scheint, spricht aus dieser von vielen *Hamburger Parteimitgliedern geteil*ten Beurteilung. Wenn ein CDU-Vorstandsmitglied die Formel prägte: „Er hat die Arbeitskraft von einem Elefanten, das Gedächtnis von zwei Elefanten und den Gang von einer ganzen Elefantenherde" – dann spricht daraus auch Anerkennung für die Effektivität und die Präzision von Echternachs Führungsstil.

Landesbericht Hamburg

Doch nicht nur die kurzen Zügel, die Durchsetzungskraft, aufmuckende Untergliederungen wieder auf den rechten Weg zu dirigieren, haben den alten und künftigen Landesvorsitzenden so sattelfest werden lassen. Auch die Fähigkeit zur Innovation gehört dazu. Kieps Kandidatur war eine „Erfindung" von Echternach. Ein guter Griff mit erstklassigem, aber für einen Machtwechsel nicht ausreichendem Ergebnis. Sicherlich war der Landesvorsitzende froh, als der Nadelstreifen-Politiker, dessen Fleiß seinem gewinnenden Charme nicht völlig entsprach, bald darauf wieder nach *Hessen zurückkehrte.* Die Patenschaft der Hamburger CDU für ein Entwicklungshilfe-Projekt in Sri Lanka trägt ebenso die Handschrift Echternachs wie das Programm „Hamburg 1990", das in einer mindestens einjährigen öffentlichen Diskussion die Perspektive für die Politik Anfang des nächsten Jahrzehnts schaffen soll. Diese Langfristig-Konzeption wird in diesem Jahr Schwerpunkt der Tätigkeit eines Landesverbandes sein, der unter Echternachs Führung im Vergleich zur Bundespartei ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnete.

Der CDU-Chef, dem in Fragen der Taktik kein Hamburger Unionspolitiker das Wasser reichen kann, weiß aber auch rechtzeitig Ballast abzuwerfen. Das mußten zwei bislang wegen ihrer spendablen Unterstützung geschätzte Parteifreunde ganz plötzlich erfahren: Als bei einem noch laufenden St.-Pauli-Prozeß die Mitgliedschaft der beiden Angeklagten Wilfried Schulz und „Dakota"-Uwe Carstens in der CDU öffentlich zu Protokoll gegeben wurde, leitete Echternach flugs ein Parteiausschlußverfahren ein. Für die Wiederwahl am Sonnabend kann ihm diese rasche Reaktion nur Pluspunkte einbringen.

Arbeitgeber klagen gegen die ÖTV

GÜNTHER BADING, Bonn

Bund, Länder und Gemeinden wollen auf dem Klageweg die Unzulässigkeit der Warnstreiks im öffentlichen Dienst während der Tarifverhandlungen des vergangenen Frühjahrs feststellen lassen. In der beim Arbeitsgericht Stuttgart gegen die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) eingereichten Klage vom 23. Januar fordern die öffentlichen Arbeitgeber auch ein Verbot der Wiederholung solcher Arbeitskampfmaßnahmen in künftigen Tarifrunden. Die Einkommens-Tarifverträge im öffentlichen Dienst laufen am 31. August aus. Die Tarifverhandlungen werden voraussichtlich Ende September beginnen.

Die gemeinsam vom Bundesinnenministerium, der Tarifgemeinschaft der Länder und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände eingereichte Klage führt neun konkrete Warnstreiks im ÖTV-Bereich Anfang Mai 1983 an, darunter Arbeitsniederlegungen auf dem Frankfurter Flughafen, die Blockierung der Einfahrt zum Krankenhaus in Krefeld, Verkehrsblockaden in mehreren Städten und vor allem Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Nahverkehr. Die Arbeitgeber bestreiten zum einen, daß die Warnstreiks – während der noch laufenden Tarifrunde – von Umfang und Dauer her mit dem Ultima-ratio-Grundsatz in Einklang zu bringen sei, daß ein Arbeitskampf nur nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten zulässig *und Warnstreiks* deshalb *nur* als „milder Druck" zur Demonstration der Kampfbereitschaft gestattet seien.

Die ÖTV habe mit ihren Aktionen von 300 000 Arbeitnehmern einen regelrechten „Erzwingungsstreik" geführt. Auch sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt gewesen, der im öffentlichen Dienst eine besondere Rolle spiele, heißt es in der Argumentation der Arbeitgeber weiter. Durch die Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr seien primär die nicht in den Tarifkonflikt verwickelten Bürger betroffen gewesen. Durch Arbeitsausfälle aufgrund von Verspätungen sei überdies in vielen privaten Betrieben auch wirtschaftlicher Schaden entstanden.

Die ÖTV reagierte gestern auf die Klage mit dem Vorwurf, die öffentlichen Arbeitgeber wollten „das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer" einschränken sowie „anerkannte Grundsätze des Arbeitskampfrechtes" beseitigen. Hier solle „die Wende auch in der Rechtspolitik" durchgesetzt werden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, gewinnen könne bei dieser Auseinandersetzung „nur der Bürger", zu dessen Lasten solche rechtswidrigen Streiks noch während laufender Verhandlungen gingen. Dem Vernehmen nach hat die ÖTV versucht, über die SPD-Regierungen in den Bundesländern eine Beteiligung der Tarifgemeinschaft der Länder an der gemeinsamen Klage zu verhindern; sie hatte damit allerdings keinen Erfolg.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Verfassungsschutzämter müssen zusammenarbeiten

Bundesverwaltungsgericht in Berlin weist Klage zurück

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Die Verfassungsschutzämter der Bundesrepublik sind zur Weitergabe von Erkenntnissen untereinander über die Haltung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Dies ist der Tenor einer Entscheidung, die am Dienstag vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin gefällt wurde. (AZ: 1C 37.79)

In der Sache ging es dabei um den Fall des Berliner Hochschullehrers Wolf-Dieter Narr, der sich 1974 um eine Professur an der TH Hannover beworben hatte und aus politischen Gründen (Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers) abgelehnt worden war. Die von Narr daraufhin angestrengte Klage auf Unterlassung der Weitergabe von Erkenntnissen und Informationen des Verfassungsschutzes wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, vom Oberverwaltungsgericht aber zugelassen. In dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts wurde die Weitergabe als rechtswidrig bezeichnet. Gegen diese Entscheidung erhob der Verfassungsschutz, vertreten durch das Land Berlin, Einspruch beim Bundesverwaltungsgericht.

In seiner Urteilsbegründung hebt das Bundesverwaltungsgericht nun hervor, daß die Berliner Verfassungsschutzbehörde nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zur Weitergabe der ihr vorliegenden Informationen und Unterlagen über den Kläger an das Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen verpflichtet gewesen sei. Die Weiterleitung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes müsse sich entgegen der Annahme des Oberverwaltungsgerichts auch nicht auf die Übermittlung von Tatsachen beschränken, die sich auf eine verfassungsfeindliche Betätigung des Einstellungsbewerbers beziehen. Das Berliner Verfassungsschutzamt hatte Material und hochschulpolitische Erkenntnisse über Narr nach Niedersachsen weitergeleitet, aus dem hervorging, daß er mit linksradikalen Gruppen sympathisiere.

Steuerbonus für die Umweltschützer

Fraktionschefs der von der Union regierten Länder verabschieden Forderungskatalog

JOACHIM NEANDER, Mainz

Zum erstenmal ist es der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in Bund und Ländern gelungen, auf dem Gebiet des Umweltschutzes einen einheitlichen, von allen Mitgliedern mitgetragene Forderungskatalog zu verabschieden. Der rheinland-pfälzische CDU-Fraktionschef Hans-Otto Wilhelm, der in der Umweltkommission den Vorsitz führt, wertet dies angesichts der unterschiedlichen Struktur der Bundesländer und der unterschiedlichen Interessenlage von Regierungs- und Oppositionsfraktionen als wichtigen Erfolg. Der Beschluß werde sowohl in die beiden Unionsparteien hineinwirken, als auch die Position der Umweltexperten in den einzelnen Fraktionen stärken.

Die im Katalog enthaltenen Forderungen waren bereits auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden in Trier am 12. Dezember 1983 diskutiert, aber nicht verabschiedet worden. Der Konsens wurde erst im Umlaufverfahren erzielt. Zum Teil sind die Forderungen inzwischen durch Initiativen von Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) bereits überholt.

Der Katalog, der sich im einzelnen mit den Themen Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung, Bodenschutz, Wasserhaushalt und Umweltverträglichkeitsprüfung befaßt, zielt vor allem darauf ab, daß Ge- und Verbote stärker als bisher durch marktwirtschaftliche Instrumente (wie zum Beispiel einen Steuerbonus durch die vorzeitige Stillegung von Altanlagen) ergänzt werden sollen. Abgaben wie zum Beispiel die von SPD-Seite favorisierte Schwefelabgabe seien nur dann sinnvoll, wenn sie tatsächlich umweltrelevante Wirkungen nach sich ziehen und nicht lediglich wie eine Steuer wirken.

Den Betreibern von Anlagen soll nicht vorgeschrieben werden, welche konkrete emissionsmindernde Anlage sie zu installieren haben. Statt dessen sollen lediglich Obergrenzen für die Emission festgesetzt werden. Beim Thema Kohle wird gemeinsam die Auffassung vertreten, daß ihre künftige Verwendung eine Chance nur durch verstärkte Bemühungen um ihre Umweltfreundlichkeit haben werde. Hier solle der Staat durch Anreize die Entwicklung neuer Technologien fördern.

In der Frage der Autoabgase liegt der Katalog etwa auf der Linie der Bundesregierung. Ergänzend werden zum Beispiel eine wirksamere und eventuell häufigere Abgaskontrolle für alle Kraftfahrzeuge, der verstärkte Einsatz von Flüssiggas und Bioäthanol aus der Landwirtschaft, eine eventuelle Verkürzung der Übergangsfristen für bleifreies Benzin sowie steuerliche Präferenzen für umweltfreundliche Fahrzeuge vorgeschlagen.

Auch auf ihrer nächsten Tagung vom 5. bis 7. April in Lüneburg wird die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden sich mit Umweltproblemen beschäftigen, diesmal vor allem mit der Situation der Nordsee, mit der Belastung des Grundwassers und mit Fragen der Abfallbewirtschaftung. Kritische Einwände, daß auf diese Weise allmählich eine neue politische Entscheidungsebene in Konkurrenz zu den Parlamentsfraktionen und zur Bundespartei installiert werde, weist Hans-Otto Wilhelm zurück. Die Legislative müsse endlich ein Gegengewicht zu den vielfach koordinierenden Aktivitäten der Staatskanzleien der Länder schaffen.

Seit fast vier Jahren führen Teheran und Bagdad einen Stellungskrieg / Die Sicherheit der Golf-Region steht auf dem Spiel

Irak bremst Khomeini, die Revolution zu exportieren

Von A. GRAF KAGENECK

Ein Ende des fast vier Jahre währenden Krieges am Persischen Golf zwischen Irak und Iran ist nicht abzusehen. Die in dieser Region sehr wachsame Pariser Diplomatie glaubt aber Anzeichen einer gewissen Erschöpfung in beiden Lagern zu erkennen. In Paris vergleicht man die Lage am Golf mit der am Ende des Ersten Weltkrieges, als das deutsche Oberkommando mit einer letzten verzweifelten Offensive im Frühjahr 1918 die Entscheidung noch einmal auf dem Schlachtfeld zu erzwingen versuchte. Die Offensive scheiterte, sie war der Anfang vom Ende.

Ähnlich scheint es sich mit der jüngsten Aktion der iranischen Armee im zentralen Abschnitt der 1000 Kilometer langen Front zwischen Qasr-e-shirn in Kurdistan und dem Persischen Golf zu verhalten. Der Angriff war in Teheran mit Propagandagetöse angekündigt und der eigenen Bevölkerung als der letzte Aufbruch zum Endsieg dargestellt worden. Wieder hatte man, wie schon bei der großen Offensive im Sommer 1983, Greise und Kinder vor den angreifenden Truppen eingesetzt, um die irakischen Minenfelder hochgehen zu lassen. Die iranischen Verluste bei diesem letzten Angriff im Raum der Stadt Mehran schätzt man in Bagdad auf 15 000 Mann. Insgesamt soll der seit September 1980 dauernde Krieg den Staat des Ayatollah Khomeini bereits 200 000 Tote gekostet haben – etwa die Hälfte seiner zu Beginn des Konflikts einsatzbereiten Truppen.

Der Erfolg des jüngsten Angriffs ist indes begrenzt. Die Iraner eroberten ostwärts von Mehran eigenes Terrain in etwa 50 Kilometer Tiefe zurück, das zu Beginn des Krieges vom Irak besetzt worden war. Das vermutete Angriffsziel, bis zur 160 Kilometer weiter westlich liegenden gegnerischen Hauptstadt Bagdad durchzustoßen, wurde nicht annähernd erreicht. Aus Bagdad liegen dieser Zeitung Zeugnisse deutscher Landsleute vom 18. Februar vor, wonach vom jüngsten Ausbruch der Kriegsoperationen an der Front weder akustisch noch optisch etwas zu bemerken gewesen sei.

Der Westen nimmt den Konflikt sehr ernst

Gleichwohl nimmt man in Paris, ebenso wie in Washington und anderen westlichen Hauptstädten, den Konflikt am Golf sehr ernst. Selbst wenn es nach einer Ausblutung beider Lager zu einem Erschöpfungsfrieden kommen sollte, dürfte der eigentliche Grund des Konflikts nicht ausgeräumt sein: der tödliche Gegensatz zwischen einem theokratischen, religiös-fundamentalistisch motivierten und einem sozialistisch-progressiv orientierten Einparteienstaat, in dem der Islam keine Staatsreligion mehr ist. Selbst wenn Irak dies nicht wäre, würde ein „Religionskrieg" zwischen dem fanatischen Schiitismus des Ayatollah Khomeini in Teheran und den auf die älteren Traditionen pochenden Sunniten und Alawiten in Bagdad nicht auszuschließen sein.

Khomeini gilt als ein unberechenbarer Fanatiker, der in dem „Abtrünnigen" irakischen Staatschef Saddam Hussein und seinem Baath-Regime den Todfeind sieht und ihn unter Aufopferung eines großen Teils seines Volkes beseitigen will. Dies hat Saddam Hussein vor einiger Zeit dem französischen Nahost-Spezialisten Charles Saint-Prost in einem Gespräch in Bagdad selbst gesagt. „Auch wenn es schwer ist zu erraten, was sich im Kopf dieses Mannes abspielt, so verfolgt Khomeini offenbar zwei Ziele", sagte Hussein. „Einmal will er seine Armee, die er fürchtet, möglichst weit von Teheran entfernt beschäftigen, zum zweiten will er seine Revolution in die ganze Golf-Region exportieren, und dabei muß er durch Irak. Lassen Sie mich unterstreichen, daß Irak nicht nur seine Unabhängigkeit, seine Existenz und seine politischen Zielsetzungen verteidigt, sondern der einzige Damm gegen den Expansionismus Khomeinis und seines Regimes ist. Irak ist der oberste Hüter der Stabilität der Golf-Region."

So sieht man es nicht nur bei den Nachbarn des Irak am Golf und auf der arabischen Halbinsel, sondern offensichtlich auch in Frankreich. Paris hat sich seit langem energisch auf die Seite des Angegriffenen gestellt (die erste Offensive wurde am 4. September 1980 eindeutig von iranischen Truppen am Schatt-el-arab gestartet). Schon vor Beginn der Feindlichkeiten hatte Paris mit Waffenlieferungen begonnen, so auch mit der Begründung, das wichtige arabische Land nicht in alleiniger Abhängigkeit von sowjetischer Militärhilfe zu lassen. Neben etwa 200 schweren AMY-Panzern, 70 Abfangjägern vom Typ Mirage F 1 und Puma-Hubschraubern hat Frankreich Irak vor allem zwei Atomkraftwerke (Osirak und Iris) geliefert, die 1981 ihren Energie-Ausstoß beginnen sollten. 1980 zweimal von der israelischen Luftwaffe unter dem Deckmantel des irakisch-iranischen Krieges bombardiert, dürfte sich dieser Vorgang um mindestens zwei Jahre verzögern. Trotz der Kriegsanstrengungen wird das Programm mit aktiver französischer Hilfe weiterbetrieben.



Im Krieg zwischen Iran und Irak bahnt sich eine weitere Eskalation an. Seit Beginn der Offensive „el Fadschr 5" *versucht die iranische* Infanterie auf irakisches Gebiet in Richtung Bagdad vorzustoßen. Die strategisch wichtige Straße von der Hauptstadt zu der am Schatt-el-Arab gelegenen Stadt Basra steht unter arabischem Artillerie-Beschuß.

Um Irak in die Lage zu versetzen, eine Entscheidung an der Front herbeiführen zu können, ging Frankreich im Herbst 1983 einen Schritt weiter und lieferte ein Waffensystem, das im Falkland-Krieg seine Gefährlichkeit bewiesen hatte: das Tandem Super-Etendard/Exocet, ein Überschallflugzeug, das von einem Flugzeugträger wie von Land starten kann und eine Rakete mit sich führt, die ihr Ziel elektronisch unfehlbar ansteuert.

Mit diesem Waffensystem wurde Bagdad in die Lage versetzt, seinen oft angedrohten letzten Trumpf im Krieg gegen Teheran auszuspielen: die Vernichtung der iranischen Erdölanlagen auf der Insel Kargh und der iranischen oder fremden Öltanker, die dort bunkern. Irans Erdölproduktion ist im Laufe des Krieges nach französischen Angaben auf eine Million Barrel pro Tag zurückgegangen, gegen das Vierfache zur Zeit des Schahs. Eine totale Abdrosselung des Öl-Exports müßte die Widerstandskraft des Landes, trotz sowjetischer und israelischer Hilfe (Israel unterstützt alle Gegner seiner arabischen Todfeinde) rasch zum Erliegen bringen.

Aber die Reaktion Khomeinis auf ein solches Vorgehen Iraks ist bekannt, und sie bereitet den Strategen des Westens Alpträume: Teheran würde nach einem Angriff auf seine Ölanlagen den Golf sperren, was es mit seiner Marine und der Versenkung eines Supertankers in der Straße von Hormuz, noch dazu im widerrechtlichen Besitz dreier den Golf-Emiraten gehörigen Inseln in der Enge, leicht tun könnte. Dann aber wäre eine Situation geschaffen, die unweigerlich einen Weltkonflikt heraufbeschwören müßte. Ein hoher Regierungsbeamter in Washington erklärte noch kürzlich dem Korrespondenten der „Zürcher Zeitung", daß die USA die „feste Verpflichtung" eingegangen seien, in einem solchen Fall die Durchfahrt für die Tanker „mit militärischen Mitteln" offenzuhalten.

Der Ayatollah liebt vor allem die Macht

Bremst Paris daher irakischen Eifer? Außenminister Cheysson erklärte dieser Zeitung vor einigen Tagen auf die Frage, welche Kontrollmöglichkeiten Frankreich in dieser Frage habe, ausweichend: „Sie wissen, daß die Super-Etendard ein Trägerflugzeug ist." Hat Irak Flugzeugträger? Militärs sagen erläuternd, die Maschine könne zwar auch von einer Landbasis aus starten, solche aber lägen für Irak außerhalb ihres Aktions-Radius.

Wie dem auch sei, Frankreich hätte die Mittel, Irak den militärischen Vorteil zu verschaffen, den es zu einem Zwangsfrieden benötigt. Präsident Saddam Hussein hat im Gespräch mit Charles Saint-Prost versichert: „Irak hat keinerlei Interesse an Iran. Wenn Iran unsere Souveränität respektiert, können beide Länder zusammenleben und zusammen die Sicherheit am Golf garantieren. Nichts ist in der Politik unmöglich. Khomeini ist vor allem ein Politiker, der die Macht liebt. Wenn das Schicksal seines Regimes vom Frieden abhängt, wird er ihn machen."

Daß das Schicksal von Ayatollah Khomeini von Krieg oder Frieden abhängen könnte, wird in Paris zunehmend als wahrscheinlich beurteilt. Aus Kreisen des iranischen Widerstandes und von desertierten iranischen Soldaten an der irakischen Front weiß der französische Geheimdienst, daß die Stimmung im iranischen Volk äußerst schlecht ist, daß der Krieg auch unter den Anhängern Khomeinis immer unpopulärer wurde und die Zahl der Deserteure zunimmt. Allein diese letztere wird von französischen Kennern mit 80 000 angegeben.

Optimismus über EG-Gipfel schwindet

Treffen der Außenminister / Keine Fortschritte bei Agrarpolitik und Finanzfragen

ULRICH LÜKE, Brüssel

Die Erfolgsaussichten für das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. März in Brüssel werden immer geringer. Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, der zur Zeit die Präsidentschaft in der EG innehat, beendete gestern seine Rundreise durch die EG-Mitgliedsstaaten mit einem Besuch beim irischen Ministerpräsidenten FitzGerald, nachdem er am Vortag mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi in Mailand zusammengetroffen war. Am Freitag wird Mitterrand in einem zweiten Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl, diesmal in Paris, eine Bilanz seiner Sondierungskommission ziehen.

Skeptische Äußerungen

Am Rande des regulären Ministerratstreffens der Außenminister in Brüssel, des vorletzten vor dem EG-Gipfel, wurde gestern bestätigt, daß es bisher kaum Fortschritte in den strittigen Fragen gibt. Dazu zählen vor allem die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, die Verabschiedung einer allgemeinen Sparpolitik und eines neuen Finanzrahmens für die Gemeinschaft sowie die Lösung des britischen Beitragsproblems. Auch auf dem zweitägigen informellen Treffen der Außenminister am vergangenen Wochenende in La-Celle-St.-Cloud bei Paris hatte es nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Brüssel keinerlei Durchbruch, höchstens Annäherungen in Detailfragen gegeben. Die wesentlichen Punkte sind nach wie vor ungeklärt, hieß es gestern.

Die Detailannäherungen betreffen die vor allem zwischen Deutschen und Franzosen umstrittenen Fragen des Finanzausgleichs und die Einschränkung der Garantiepreise für Milch. Von einer Einigung ist man auch hier jedoch noch weit entfernt, weil einige EG-Mitgliedsstaaten Sonderregelungen fordern. In der Frage des Grenzausgleichs ist Außenminister Genscher offenbar bereit, weiterzugehen als Finanzminister Stoltenberg. Eine erste echte Senkung des Grenzausgleichs würde die Bundeskasse mit rund zwei Milliarden Mark belasten.

Größere Beachtung als diese Detaildiskussion fanden in Brüssel allerdings die immer skeptischeren Äußerungen Mitterrands über die Erfolgsaussichten des März-Gipfels. In der belgischen Hauptstadt hatte er bereits in der letzten Woche erklärt, er sei nicht mehr allzu optimistisch. Nach einem nur fünfzehnminütigen Gespräch mit Dänemarks Ministerpräsident Poul Schlüter sagte er, ein Scheitern des Gipfels könne für die EG eine „heilsame Lektion" sein – Qualifizierungen, die schon für die ergebnislosen Gipfel von Stuttgart und Athen gefunden worden waren.

Brüsseler Diplomaten fragen sich zudem, wie Kompromisse eigentlich gelingen können, wenn einerseits die Regierungschefs bilateral verhandeln, andererseits die regulären Treffen des EG-Ministerrates stattfinden, ohne daß es zwischen beiden Ebenen offenbar zu echten Abstimmungen kommt. Die für die EG zuständigen Bonner Ministerien (Auswärtiges, Finanzen und Landwirtschaft) sind bis heute zum Beispiel nicht im Detail über den Verhandlungsstand Kohl/Mitterrand unterrichtet.

Gemeinsames Sparinteresse

Erschwerend kommt überdies hinzu, daß der Gipfel vermutlich mit der aktuellen Agrarpreisrunde belastet werden dürfte. Die französische Präsidentschaft gerät immer stärker in den Verdacht, die Briten auf dem Gipfel wegen ihrer finanziellen Sonderwünsche isolieren zu wollen. Großbritanniens Außenminister Sir Geoffrey Howe steuerte dem in Brüssel bereits dadurch entgegen, daß er sich betont europäisch gab, von notwendigen neuen Politiken der Gemeinschaft sprach und das gemeinsame Sparinteresse betonte, das seine Regierung mit der Bundesregierung verbinde.

Der Ministerrat kam Großbritannien jetzt nur dadurch entgegen, daß er das Europäische Parlament schriftlich zu einer Sondersitzung vor der nächsten Ministerratstagung am 12. März aufforderte, um die Sperre der Rabattzahlungen an Großbritannien aufzuheben. Das Parlament hat jedoch eine langfristige Lösung des Finanzierungssystems der Gemeinschaft zur Bedingung für eine Aufhebung der Sperre gemacht. In Parlamentskreisen galt deshalb gestern ein Eingehen der Abgeordneten auf die Wünsche des Ministerrates als ausgeschlossen.

KPI: Distanz zu Moskau wird bleiben

Tschernenko gilt als Gegner des Eurokommunismus Berlinguers / Kritik am Sowjetsystem

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nie zuvor ist ein neuer Herrscher im Kreml von der italienischen KP-Führung dem Parteivolk mit derart kühler Zurückhaltung vorgestellt worden, wie jetzt Konstantin Tschernenko. Begreiflich wird diese Reserviertheit, die in den Artikeln der Parteipresse gelegentlich sogar die Grenze offener Kritik überschreitet, vielleicht am ehesten aus einem Passus der „ausgewählten Reden und Schriften" des Andropow-Nachfolgers, deren Publizierung auf Englisch der Oxforder Verlag Pergamon Presse vorbereitet.

Der Passus lautet: „Auf der Grundlage unserer Erfahrungen sind wir fest überzeugt, daß die kommunistischen Parteien auch in Westeuropa zwei Prinzipien treu bleiben müssen, wenn sie eine Antwort auf ihre nationalen Probleme erhalten wollen. Das erste ist die Respektierung des Marxismus-Leninismus, das andere die Treue zu den Ideen des proletarischen Internationalismus."

„Politisch farblos"

Tschernenko, den die ideologische KPI-Zeitschrift „Rinascita" in ihrer letzten Ausgabe als eine „politisch farblose Persönlichkeit" präsentiert, hat sich damit zumindest auf einem Gebiet – noch als „Kronprinz" Breschnews – profiliert: als Gegner des von der Berlinguer-Partei vertretenen autonomen Eurokommunismus. „Mit schwerfälliger Rhetorik, aber nicht ungeschickt", so erinnert sich „Rinascita"-Autor Fabio Bettanin, habe er schon immer gegen den „ideologischen Pluralismus" angekämpft.

Tschernenkos Machtbasis ist nach Ansicht Bettanins „außer einer mehr oder weniger gefährdeten Mehrheit im Politbüro auch eine heterogene soziale Koalition aus Bürokraten, die um ihre Stellung bangen; mittleren Führungskadern, denen die zentralistischen Implikationen der Andropow-Politik Sorge machten; Managern, Wissenschaftlern und Technikern, die entschlossen sind, ihre professionelle Autonomie gegen eine mögliche Ausdehnung des rüstungsindustriellen Kompetenzbereichs zu verteidigen; enttäuschten Reformatoren; ungelernten Arbeitern, die weitere Lohndifferenzierungen, wie sie von Andropow versprochen worden waren, ablehnen; sowie Kolchosbauern und Rentnern, die ein Abrükken von jener Sozialpolitik befürchten, die ihnen einen annehmbaren Lebensstandard verschaffte".

So sei ein Politiker zum neuen Generalsekretär gewählt worden, „der seine Hauptkraft aus der Schwäche des gegnerischen Lagers und aus dem eigenen Geschick zu ziehen scheint, sich politisch nicht allzusehr zu profilieren". Angesichts dieser Voraussetzungen müsse man befürchten, daß die Ernennung Tschernenkos „der Beginn einer langen Phase des Machtkampfes" sei, der das Risiko einer Lähmung der Entscheidungsfähigkeit an der Spitze der Sowjetunion einschließe.

Die Enttäuschung der italienischen Kommunisten über den Führungswechsel in Moskau wird auch daran deutlich, daß Bettanin die Wahl Tschernenkos zum Anlaß für eine scharfe grundsätzliche Systemkritik nimmt. „Es ist anormal", heißt es in „Rinascita", „daß, sobald ein politischer Führer gestorben ist, sich auch seine Ideen und politischen Vorstellungen regelmäßig in Nichts auflösen, anstatt in das kollektive Gedächtnis und in die kollektive Reflexion einzugehen. Wer spricht heute in der UdSSR noch von Chruschtschow? Sogar Breschnew wird in den offiziellen Reden nicht mehr erwähnt ... Damit fehlt eine essentielle Voraussetzung ... dafür, daß sich eine öffentliche Meinung bilden und ausdrücken kann, um den eigenen Führern ein festumrissenes Mandat zu übertragen."

Mauer von Ablehnung

Der „Rinascita"-Artikel signalisiert nach Überzeugung römischer Beobachter die Befürchtung der KPI-Führung, daß sich Enrico Berlinguer bei seinem nächsten Moskau-Besuch, der für April geplant ist, der alten Mauer von Ablehnung und Verständnislosigkeit für den eurokommunistischen Weg zum Sozialismus gegenübersehen wird. Unter Andropow schien diese Mauer etwas durchlässiger geworden zu sein. Das war zumindest der Eindruck, den die italienischen Genossen aus der von dem verstorbenen Generalsekretär gelegentlich bekundeten Bereitschaft zu größerer Beweglichkeit gewonnen hatten. Der „Riß" in den Beziehungen zwischen der kommunistischen Vormacht und der stärksten KP der westlichen Welt hat offenbar neue Aktualität erhalten.

Moçambique und Südafrika einig über Nichtangriff

MONIKA GERMANI, Johannesburg

Ein Nichtangriffspakt zwischen Moçambique und Südafrika soll in den nächsten Tagen unterzeichnet werden. Das ist das Hauptergebnis der am Montag in Moçambiques Hauptstadt Maputo von Delegationen beider Länder geführten Verhandlungen. Südafrikas Außenminister Roelof Botha war dazu mit Verteidigungsminister Magnus Malan und Polizeiminister Louis Le Grange nach Maputo gereist. Besondere Bedeutung wird dem überraschenden Treffen des Außenministers Botha mit Präsident Samora Machel beigemessen, bei dem sie Übereinstimmung darüber erzielten, daß ein dauerhaftes Gleichgewicht in der Region notwendig sei.

Es war der erste Kontakt auf so hoher Ebene zwischen Vertretern beider Länder nach Jahren gespannter Beziehungen. In naher Zukunft – so wird vermutet – könnte es möglicherweise in Portugal zu einem Treffen zwischen dem südafrikanischen Premierminister Pieter Botha und Präsident Machel kommen.

In Maputo wurde auch über die Rückgabe südafrikanischen Eigentums verhandelt, das vor zehn Jahren bei der *Machtübernahme* der marxistischen Frelimo-Regierung konfisziert worden war.

Folgt Moskau wieder Breschnews Linie?

pa, Moskau

Die sowjetischen Medien haben gestern zum ersten Mal den im Dezember 1980 verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin ausführlich gewürdigt. Anläßlich des 80. Geburtstages dieses Politikers lobte ihn die Parteizeitung „Prawda" als „talentierten Organisator" und Wirtschaftsfachmann, der die Methoden und Formen der sozialistischen Wirtschaft vervollkommnet habe. Im außenpolitischen Wirken Kossygins habe sich die Bereitschaft der Sowjetunion zur Lösung internationaler Probleme auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Anerkennung der gegenseitigen Interessen widergespiegelt.

Kossygin hatte gegen den Widerstand des damaligen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew eine Verringerung der Militärausgaben durchgesetzt und war maßgeblich an der Entspannungspolitik der 70er Jahre beteiligt. Westliche Beobachter sahen in der Hervorhebung Kossygins einen Hinweis auf eine mögliche Wiederbelebung der Politik der Ära Breschnew unter dem neuen Parteichef Konstantin Tschernenko.

SED-Mahnung an „Friedensbewegung"

AFP, Berlin

Die Friedensbewegung in den westlichen Ländern sollte nach Auffassung der Ostberliner „Deutschen Zeitschrift für Philosophie" bestimmte ideologische Meinungsverschiedenheiten auf „kameradschaftliche Weise" abklären. Dieser Ratschlag aus der „DDR" bezieht sich vor allem auf drei Grundthesen: Die Zeitschrift nennt zunächst die „Supermachtkonzeption", deren Kern in gleichrangiger Bewertung der USA und der UdSSR und deren Politik bestehe. Zum zweiten moniert das SED-Blatt, daß große Teile der westlichen Friedensbewegung Rüstung im Osten und im Westen „einfach gleichsetzen". Damit werde deutlich, daß es in der Friedensbewegung vieler kapitalistischer Staaten eine pazifistische Grundströmung gebe. Schließlich wird beklagt, daß im Westen die „von den bürgerlichen Massenmedien permanent vertretene These" weiterwirke, wonach es in den sozialistischen Ländern keine Friedensbewegung gebe, oder daß diese dort unterdrückt werde.

Koalition in Helsinki steht vor dem Bruch

Unversöhnliche Haltungen bei Arbeitslosenhilfe

REINER GATERMANN, Helsinki

Finnlands Ministerpräsident Kalevi Sorsa hält es für nicht mehr ausgeschlossen, daß die derzeitige Kabinettskrise noch in dieser Woche zum Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition führt.

Auch wenn die meisten politischen Beobachter in Helsinki die Lagebeschreibung des sozialdemokratischen Regierungschefs als zu pessimistisch bezeichnen, kommt man nicht um die Feststellung umhin, daß sich das Koalitionsklima in letzter Zeit verschlechtert hat, vor allem wegen der Reibereien zwischen den Sozialdemokraten und dem bäuerlichen Zentrum. Hinzu kommen innere Richtungskämpfe dieser beiden Parteien.

Eine weitere Dimension erhielt diese Krise jetzt, als der Gewerkschaftsbund seine umfassenden Streikankündigungen präsentierte, die vom 6. März an weite Teile der Wirtschaft betreffen. Die Regierung könnte erheblich zur Entschärfung des Arbeitsmarktkonflikts beitragen, wenn sie seiner Auffassung wäre.

Bei der Kabinettskrise handelt es sich hauptsächlich um die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Während die Sozialdemokraten sich bei ihrer Festlegung weitgehend an dem zuletzt erzielten Einkommen orientieren wollen, fordert die Zentrumspartei recht beträchtliche Abstriche. Hinter diesem Sachstreit verbirgt sich allerdings auch ein Machtkampf innerhalb der Koalition. Der größte nichtsozialistische Partner, das Zentrum, mit seinem aggressiven jungen Außenminister Paavo Väyrynen an der Spitze, will sich stärker profilieren, was naturgemäß auf Kosten des sozialdemokratischen – des stärksten – Kabinettspartners geschehen muß.

Kritik am Führungsstil

Deren Vorsitzender und Ministerpräsident Kalevi Sorsa sieht sich allerdings in den eigenen Reihen der immer stärker werdenden Kritik ausgesetzt, die Partei würde allzusehr zur Mitte abdriften. Mit ihrer Politik des Kompromisses um jeden Preis habe sie bereits vieles von ihrem ursprünglichen Charakter eingebüßt. Sorsa müßte sich nun endlich gegenüber dem Zentrum durchsetzen. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung scheint parteipolitisch ein hierfür geeignetes Thema zu sein.

Sorsa bedauert es, daß man sich in einer Koalition nicht immer die Personen, mit denen man zusammenarbeiten möchte, aussuchen kann. In Helsinki weiß jeder, daß diese Spitze vor allem gegen Väyrynen gerichtet ist. Der 37jährige Außenminister hat allerdings nicht nur Zusammenarbeitsschwierigkeiten im Kabinett, sondern auch in seiner eigenen Partei. Nachdem er auf dem Weg zu ihrem Vorsitz sämtliche Konkurrenz kaltgestellt hat, braucht er auf dem Kongreß im Sommer um seine Wiederwahl nicht zu fürchten, aber in den unteren Etagen wächst die Unzufriedenheit mit seinem Führungsstil.

Keine Lösung in Sicht

Fraktionschef Kauko Juhantalo äußerte bereits zweimal gegenüber dem Vorsitzenden widersprechende Ansichten. So plädiert er für die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung. Schließlich muß das Koalitionsgerangel auch vor dem Hintergrund der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen gesehen werden.

Bisher zeichnet sich keine Lösung der Kabinettskrise ab, sie ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine *Einigung auf dem Arbeitsmarkt.* Die Arbeitslosenunterstützung ist einer von drei strittigen Punkten. Im Vordergrund stehen die Tarifforderungen des Gewerkschaftsbundes, sie belaufen sich für dieses Jahr auf 4,6 und für 1985 auf 4,4 Prozent. Dem steht ein Arbeitgeberangebot von zwei beziehungsweise 2,5 Prozent gegenüber. Darüber hinaus wollen die Gewerkschaften von 1985 an eine Herabsetzung der jährlichen Arbeitszeit um 64 Stunden, die Gegenseite ist von 1986 an zu 24 Stunden bereit.

Trotz der umfassenden Streikdrohungen, zu denen drei „gesammelte Streiktage" am 8., 15. und 16. März gehören (während dazwischen nur bestimmte Branchen wechselweise die Arbeit niederlegen), sind nicht alle Brücke zwischen den Tarifparteien abgebrochen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Außerdem hat der Reichsschlichter Teuvo Kallio seine Arbeit aufgenommen. Finnland strebt wieder eine einkommenspolitische Gesamtlösung an, zu der neben dem Tarifabkommen auch die Festlegung der landwirtschaftlichen Produktionspreise und der Einkommenssteuersätze zählen.

Rote Pazifikflotte bedroht westliche Fahrtrouten

800 sowjetische Kriegsschiffe / USA unterlegen

FRED de LA TROBE, Tokio

Der 42 000 Tonnen tragende Flugzeugträger „Novorossiysk" hat sich mit vier Begleitschiffen – darunter einem Kreuzer – der sowjetischen Pazifikflotte angeschlossen. Damit verfügt die Marine Moskaus jetzt zusammen mit der „Minsk" über zwei Flugzeugträger in der fernöstlichen Region zwischen Vietnam und Kamtschatka. Durch die rasante militärische Kraftentfaltung der Sowjets haben die Vereinigten Staaten ihre Überlegenheit zur See in diesem Gebiet verloren.

Die sowjetische Pazifikflotte, die jetzt die größte unter den vier Marinekampfverbänden Moskaus in der Welt ist, umfaßt nach Angaben des internationalen Instituts für strategische Studien annähernd 800 Kriegsschiffe. Darunter sind 140 U-Boote, einschließlich 30 nuklearbetriebener, mit Interkontinentalraketen bestückter Schiffe. Hinzu kommen Kampf- und Aufklärungsgeschwader mit 330 Flugzeugen und 115 Hubschraubern.

Diesen mächtigen Verbänden stehen 335 amerikanische Kriegsschiffe einschließlich 134 U-Booten und 410 Kampfflugzeugen und Aufklärern gegenüber. Moskau hat auch seine Marine- und Luftwaffenstützpunkte in Vietnam – Cam Ranh und Da Nang – im letzten Jahr beträchtlich verstärkt und damit den Operationsradius seiner Kriegsschiffe erheblich ausgedehnt.

Die wachsende sowjetische Bedrohung in der Region richtet sich vor allem auch gegen wirtschaftliche Lebenslinien des Westens. Der Güteraustausch der Vereinigten Staaten mit den westpazifischen und südostasiatischen Ländern hat den der USA mit Europa längst überflügelt. Japans Versorgung und Exporte sind von der freien Passage durch dieses Gebiet abhängig. Mit der rasch anwachsenden Stärke ihrer in pazifischen Gewässern kreuzenden Flotte wollen die Sowjets auch den Japanern demonstrieren, daß sie immer besser in der Lage sind, die lebenswichtigen Zufahrtsrouten zu sperren.

Gleichzeitig ist auch das Drohpotential gegen China gestiegen und der Hebel gegen eine Annäherung Pekings an Washington angesetzt. Die Sowjets wollen den Chinesen vorexerzieren, daß den Amerikanern Mittel und Wille fehlen, entsprechende militärische Muskeln anzusetzen. Außer der Vorherrschaft auf See hat Moskau 52 Divisionen – eine halbe Million Mann – und 12 000 Panzer an der chinesischen Grenze in Sibirien stationiert. 144 SS-20-Raketen sind außerdem auf China, Japan und Südostasien gerichtet. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Phrasen und Wirklichkeit

„Parlamentarische Mißklänge zu Kohls Israel-Reise"; WELT vom 10. Februar

Ich denke, es ist an der Zeit, einigen führenden SPD-Politikern entgegenzutreten und sie auf den ihnen zustehenden Platz zu verweisen. Es ist einfach nicht mehr erträglich, sich dieses anmaßende Geschwätz des Herrn Ehmke oder der Frau Renger anzuhören. Wer diese Reden im bundesdeutschen Parlament vom 9. Februar '84 zur Kenntnis nahm, erhielt den Eindruck, daß die SPD den Staat Israel schütze und verteidige, sich für sein Existenzrecht einsetze, und dies insbesondere aus Gründen deutscher Vergangenheitsbewältigung.

Da müssen sich Frau Renger und Herr Professor Ehmke doch einmal fragen lassen, was sie in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung im Interesse Israels unternommen haben, wann sie sich in dieser Zeit für den so oft in Bedrängnis geratenen Staat eingesetzt haben? Da sie alle in der SPD sich keine Loorbeeren in Sachen Verteidigung des Staates Israels erworben haben (und das dürfte jeder wissen, der sich mit der Geschichte des Staates Israel in den letzten 30 Jahren befaßt hat), steht es ihnen sehr schlecht zu Gesicht, in dieser Form zu sprechen.

Zur Klarstellung möchte ich auf die folgenden Begebenheiten und Aussagen hinweisen:

Zwei große Politiker unserer Zeit waren Israels Ben Gurion und Deutschlands Konrad Adenauer. Konrad Adenauer hat mit Ben Gurion eine Abmachung getroffen, aus der Wiedergutmachungs- und Wirtschaftshilfezahlungen an den Staat Israel hervorgingen, was wesentlich den Aufbau des Staates mitgefördert hat.

Bei der älteren Generation in Israel ist auch heute noch ein geschätzter bundesdeutscher Politiker Franz Josef Strauß. Strauß hat in außenpolitischen Dingen den Staat Israel betreffend nie leere Phrasen gedroschen. Ohne Worte zu machen, hat er Israel als Verteidigungsminister geholfen.

Welcher SPD-Politiker hat sich je zu Taten hinreißen lassen? Viele große Worte hat man in all den Jahren von den Politikern auf der linken Seite gehört, Worte, die auch oft nach einigen Tagen schon widerrufen oder abgeändert wurden.

Ich denke dabei an Willy Brandts Reden in Israel und seine Reden einige Tage später in der Bundesrepublik.

Golda Meir, Israels ehemalige Ministerpräsidentin, eine große Sozialistin ihres Landes und stellvertretende Präsidentin der Sozialistischen Internationale, berichtet in ihrer Autobiographie: „Ich habe Brandt häufig in der sozialistischen Bewegung getroffen, und ich war immer sehr beeindruckt von ihm, ganz besonders, als er als Regierender Bürgermeister von Berlin zum ersten Mal nach Israel kam. Er sprach mit bewundernswertem Freimut und Verständnis über die Vergangenheit und mit Optimismus und Vorstellungskraft von der Zukunft.

Aber als er als Bundeskanzler Israel im Juni 1973 wieder besuchte, schien er beunruhigt darüber zu sein, daß die Beziehungen seiner Regierung zu uns das Verhalten der Araber weitgehend beeinflussen könnten. Ich hatte das größte Verständnis für Brandts Wunsch, mit den Arabern zu einer engeren Verbindung zu kommen; schließlich ist es genau das, was auch wir uns wünschen. Aber ich konnte seine Überlegungen nicht teilen, daß es für Deutschland keinen *Grund mehr gäbe, dem jüdischen* Staat gegenüber eine „besondere" Haltung beizubehalten."

Und ebenfalls Golda Meir über Willy Brandt anläßlich seiner Weigerung, Israel im Jom-Kipur-Krieg zu helfen: „Auch ich hatte Fragen, die man nicht zufriedenstellend beantwortet hatte. Ich war noch immer über die Weigerung meiner sozialistischen und sozialdemokratischen Genossen in Europa aufgebracht, die für Israel bestimmten Phantoms und Skyhawks zum Auftanken zwischenlanden zu lassen. Ich rief Willy Brandt an, der in der Sozialistischen Internationale großes Ansehen genießt, und sagte: „Ich möchte an niemanden Forderungen richten, sondern nur mit meinen Freunden sprechen. Ich würde nur zu gern wissen, welchen Sinn der Sozialismus haben kann, wenn nicht eines der sozialistisch oder sozialdemokratisch regierten Länder Europas sich bereit gezeigt hat, dem einzigen demokratisch regierten Land im Nahen Osten zu Hilfe zu kommen. Ist es denkbar, daß Demokratie und Brüderlichkeit in unserem Fall nicht genehm sind? ...

Was wäre gewesen, wenn Richard Nixon gesagt hätte: „Es tut mir leid, aber da wir in Europa nirgends zwischenlanden können, können wir nichts für Sie tun." Was hätten Sie alle dann getan? Sie kennen uns und wissen, wer wir sind. Wir sind alle alte Genossen und seit langer Zeit bewährte Freunde. Was haben Sie gedacht? Was hat Sie bewogen, die Flugzeuge nicht landen zu lassen? Glauben Sie mir, ich möchte nicht die Tatsache wegdiskutieren, daß wir ein winziger jüdischer Staat sind und daß es auf der anderen Seite mehr als zwanzig arabische Staaten gibt, die über riesige Territorien, unendlich viel Öl und Milliarden Dollar verfügen. Ich würde heute aber gern von Ihnen erfahren, ob diese Dinge auch im sozialistischen Denken eine entscheidende Rolle spielen."

Es bedarf wohl zu diesem Zeitpunkt keiner weiteren Ausführungen über die ruhmreiche Zusammenarbeit der sozialistischen Bundesrepublik und der Sozialistischen Internationale mit dem Staat Israel.

Rolf Levi, Ketsch

Eindeutiges Ziel

„Der Nürnberger Ermächtigungsbeschluß und seine Probleme"; WELT vom 26. Oktober

Wer es bis dahin noch nicht gewußt hat, der hat es spätestens zum Ende des Gewerkschaftstages – fast ist man versucht zu sagen „Parteitages" – der IG Druck und Papier gemerkt: Es geht nicht mehr um typische Aufgaben der Gewerkschaft, es geht auch nicht mehr um die Mitglieder dieser Gewerkschaft, es geht vielmehr um die Durchsetzung politischer Macht. Dies mit dem Ziel: „Wer 35-Stunden-Woche sagt, der muß auch Sozialismus sagen!"

Dem wird alles untergeordnet. Auch die demokratische Legitimation von Streikbeschlüssen. Der Vorstand ist jetzt zum Handeln ermächtigt, ohne lange Mitglieder fragen zu müssen.

Sieht man sich daraufhin das Forderungspaket der IG Druck und Papier an, das sie zur Neufassung des Manteltarifvertrages vorgelegt hat, dann gibt es auch keinen Zweifel mehr, daß die Politik vor der Sache und die Ideologie vor dem Willen des einzelnen rangiert. Altegedienten Gewerkschaftern muß eigentlich angesichts dieses gradlinigen Marsches in Richtung auf eine Veränderung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur angst und bange werden. Immer dann, wenn Mechanismen demokratischer Willensbildung durch Ermächtigungen gleich welcher Art außer Kraft gesetzt wurden, stand am Ende die Katastrophe. Haben wir so wenig aus der Geschichte gelernt?

Carl-Wilhelm Busse, Bielefeld

Tierversuche

„Kein Totalverzicht auf Tierversuche"; WELT vom 10. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die auch in unserem Land geübte Praxis der Tierversuche läßt mich ohnehin schon nicht mehr schlafen, und ich enthalte mich daher der vielen Argumente, die ich dagegenzubringen hätte.

Statt dessen lassen Sie mich Alexander von Humboldt zu diesem Thema zitieren: „Grausamkeit gegen Tiere ist eines der kennzeichnendsten Laster eines niederen und unedlen Volkes. Wo man ihrer gewahr wird, ist es ein sicheres Zeichen der Unwissenheit und Rohheit, welches durch alle Zeichen des Reichtums und der Pracht nicht übertüncht werden kann. Grausamkeit gegen Tiere kann weder bei wahrer Bildung, noch bei wahrer Gelehrsamkeit bestehen. Dem Tier gegenüber sind heute alle Völker mehr oder minder Barbaren; es ist unwahr und grotesk, wenn sie ihre vermeintlich hohe Kultur bei jeder Gelegenheit betonen und dabei täglich die scheußlichsten Grausamkeiten an Millionen von wehrlosen Geschöpfen begehen."

Rohheit zeichnet die Tierversuchs-Befürworter aus.

Mit freundlichen Grüßen
H. Baagoe, Hamburg 61

Wort des Tages

„Man wirft den Menschen vor, sie kennten ihre eigenen Schwächen nicht. Es gibt vielleicht ebenso wenige, die ihre eigene Stärke kennen. Mit den Menschen ist es wie mit den Grundstücken. Manchmal ist eine Goldader darin, und der Besitzer weiß von nichts."

Jonathan Swift, brit. Autor (1667–1745)

Personalien

EHRUNG

Für seine Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft haben die Krefelder Unternehmer Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem von ihnen gestifteten „Concorde-Preis" ausgezeichnet. Den mit 10 000 DM dotierten Preis „zur Erinnerung an 300 Jahre deutsche Auswanderung nach Amerika und zur Förderung der transatlantischen Beziehungen" wird Carstens dem Jugendaustausch zur Verfügung stellen. 25 Schüler und Auszubildende aus Krefeld sollen im Sommer sechs Wochen Alltag und Arbeitswelt *in den USA kennenlernen.*

GRÜNDUNG

In Bonn gibt es seit kurzem eine deutsch-spanische Juristenvereinigung. Ihr Präsident ist Professor Dr. **Klaus Adomeit**, Berlin, erster Vizepräsident der Spanier Dr. **Guillermo Frühbeck**, Madrid. Zum Generalsekretär wählte sich die Vereinigung den Bonner Ministerialrat **Albrecht Götz** vom Bonner Justizministerium. Ziel der neuen Vereinigung ist eine vertiefte Kenntnis der Rechtsordnung beider Länder durch persönliche Kontakte und durch den *Austausch von Informationen.*

EMPFANG

Das Waldemar-Koch-Haus in der Schnoor Nr. 27-28 in Bremen gehört nach Meinung vieler zu den schönsten Presseclubs in der Bundesrepublik. Genau vor zehn Jahren konnten Bremens Journalisten hier Einzug halten. Der Aufbau des Hauses in der romantischen Altstadt ist in erster Linie der damals großzügigen Spende des Bremer Autokaufmanns **Waldemar Koch** zu verdanken, der für diesen Zweck mehr als eine Million DM zur Verfügung gestellt hat. Das Waldemar-Koch-Haus ist heute bundesweit das einzige Gebäude, das Journalisten selbst gehört. Mit Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen macht der Club gerne von sich reden. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Förderung des journalistischen Nachwuchses. Der Club in der Schnoor zählt 265 persönliche und 34 korporative Mitglieder. Zum zehnjährigen Geburtstag in der Schnoor hat sich heute unter vielen anderen Gästen Bremens Finanzsenator **Moritz Thape** angemeldet.



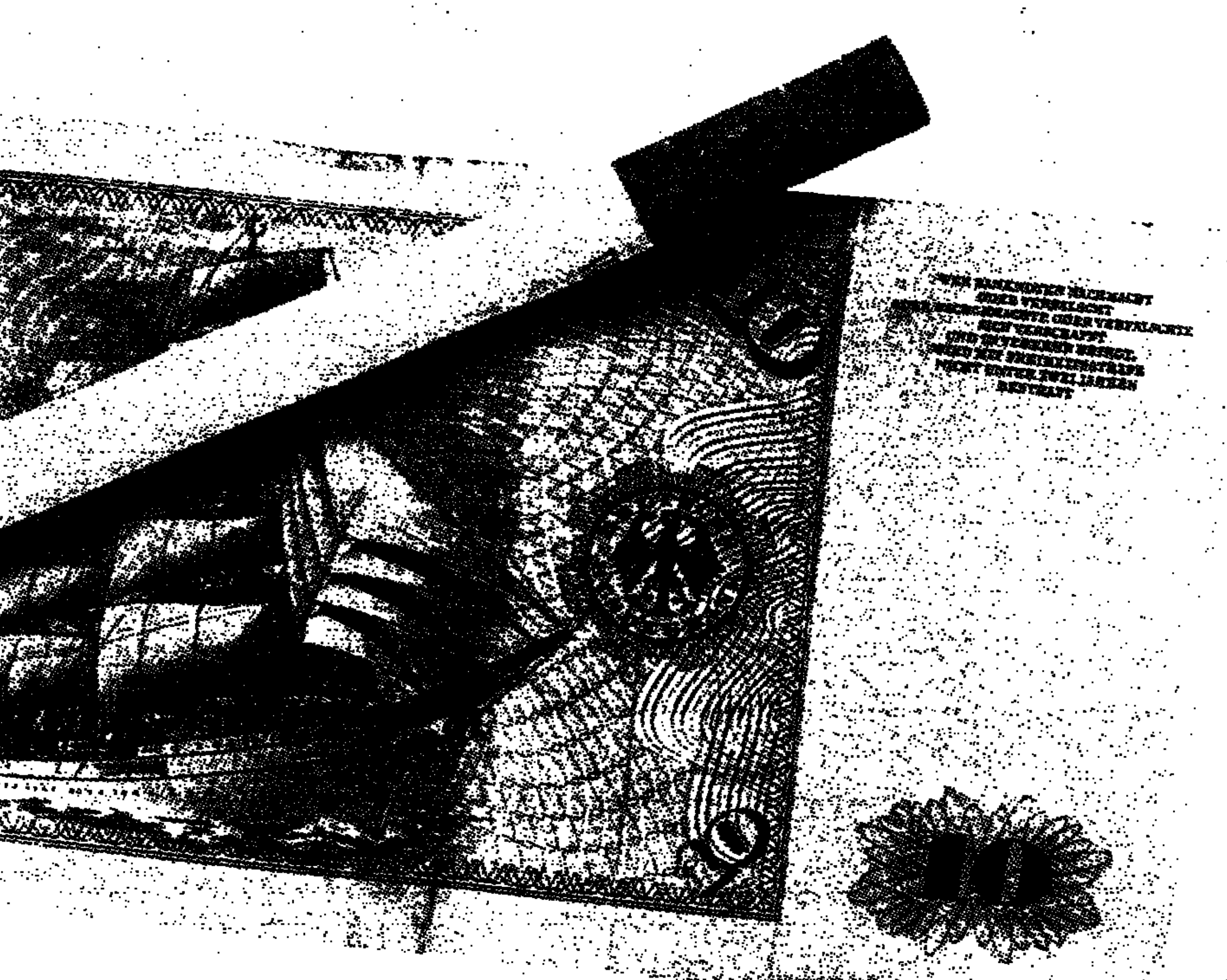
Überrascht: General Tscherjomuchin bekam Rosen von der deutschen Industriellengattin Anna Gattys. FOTOS: KEIL

VERANSTALTUNG

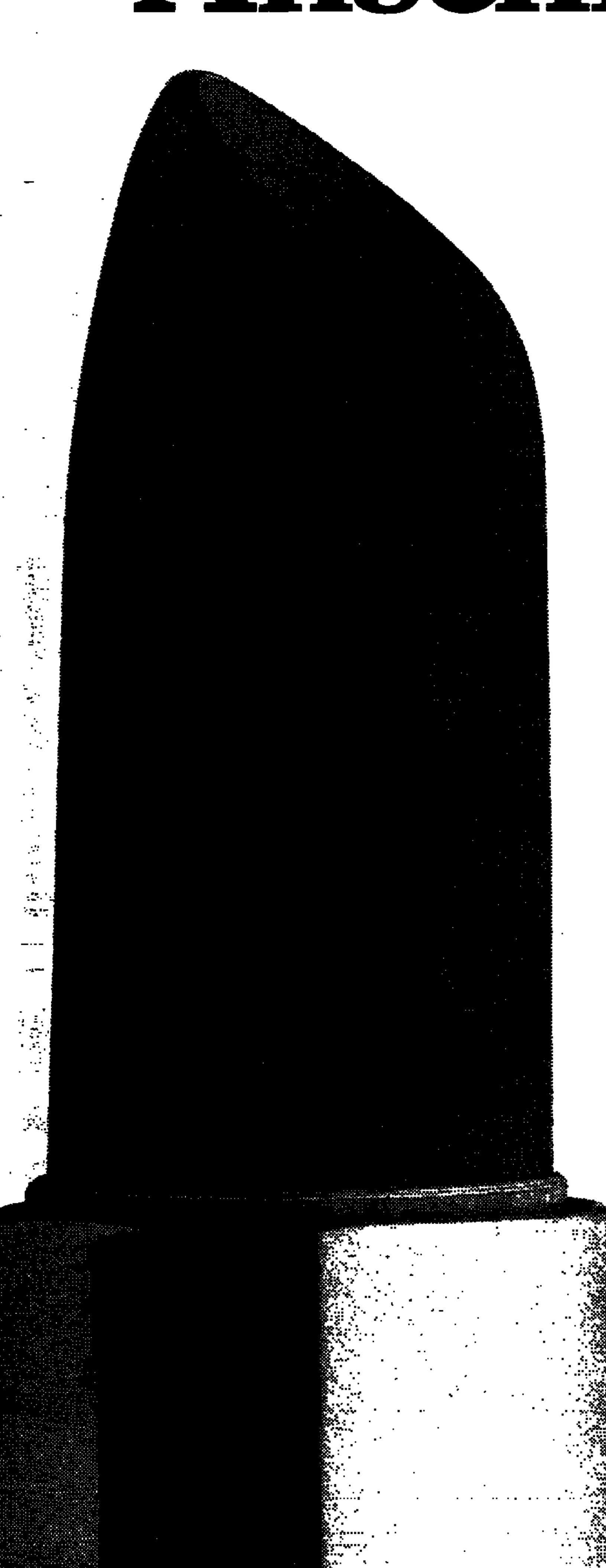
In der sowjetischen Botschaft in Bad Godesberg gab Verteidigungsattaché General **Konstantin I. Tscherjomuchin** anläßlich des Jahrestages der sowjetischen Streitkräfte einen Empfang. Wegen des anhaltenden Krieges in Afghanistan hatten die NATO-Staaten untereinander abgesprochen, nicht komplett anzutreten. Die USA, England und Frankreich fehlten. Unter den Deutschen waren der Leiter des Militärattachéreferats im Verteidigungsministerium, Kapitän zur See **Horst Dieter Maurer**, der Oberst im Generalstab **Joachim Geyer** und Kapitän zur See **Ulrich Weißer**, Bundeskanzleramt.



Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow, rechts und Ewald Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR".



Schließen Sie sich an, wo jeder Anschluß hat.



Die AG und die KG. Der Handel und die Bank. Der Export und der Import. Gewerkschaft und Partei.

Ganz gleich, welches Unternehmen Sie führen und wie groß es ist, Wang bietet Ihnen in der integrierten Bürokommunikation die besten Anschlußmöglichkeiten, mit seinem umfassenden Gesamtkonzept.

Alle Computer-Systeme von Wang sind aneinander anzuschließen. Und an nahezu alle Systeme, die nicht Wang heißen. In Text und Daten. Intern und extern. Sie arbeiten reibungslos miteinander. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos mit allem zu verbinden. Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Damit Ihre Mitarbeiter besser miteinander arbeiten können. Ganz gleich wo sie sitzen und welche Arbeit sie tun. Auch in Zukunft werden Sie jedes Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.

In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben als mit integrierter Bürokommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet.



Nutzen Sie das.

WANG

The Office Automation Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL.: 0611-66750. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

USA: Moskau forciert Aufbau von SS-20-Basen

● Fortsetzung von Seite 1

tere Kurzstreckenraketen stationiert. Dies ist nach Burts Worten – wie auch der Ausbau der SS-20-Stellungen – durch nichts gerechtfertigt und stehe im „scharfen Gegensatz" zu den selbstauferlegten Kürzungen des Atomwaffenbestandes der NATO. Das Atlantische Bündnis hatte den Abzug von insgesamt 2400 Atomsprengköpfen in zwei Schritten beschlossen. Davon sind mindesten 1000 bereits abgezogen worden.

Unter diesen Vorzeichen drängen die Amerikaner darauf, weiterhin zweigleisig vorzugehen, also neue Raketen in Westeuropa aufzubauen und zugleich das Gespräch mit der Sowjetunion zu suchen. Allerdings wächst in der NATO die Sorge, daß bei einem weiteren Ausbleiben neuer *Verhandlungsrunden* mit den Sowjets in einigen europäischen Hauptstädten die Unruhe wächst und damit zugleich die Versuchung, Druck auf die USA auszuüben mit dem Ziel, Moskau mit neuen Konzessionen an den Verhandlungstisch zurückzuholen. *NATO-Experten befürchten*, weiterer europäischer Druck auf Washington müsse der Sowjetunion signalisieren, daß sie Erfolgsaussichten haben werde in dem Ziel, die Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten durchzusetzen.

dpa, Genf

Die Sowjetunion hat sich bereiterklärt, die Vernichtung chemischer Waffen durch eine internationale Kontrollkommission an Ort und Stelle überwachen zu lassen. Das betonte gestern in Genf der sowjetische Delegationschef bei der Internationalen Abrüstungskommission, Viktor Issraelian. *Seine Erklärung wurde von* westlichen Konferenzteilnehmern als „erstes abrüstungspolitisches Signal der neuen sowjetischen Führung" gewertet. Issraelian unterstrich die Bereitschaft seiner Regierung, die ständige Anwesenheit von Inspektoren an den für die Vernichtung verbotener Chemikalien vorgesehenen Anlagen zuzulassen. Sogenannte „Verdachtskontrollen" lehnte er jedoch ab. Dabei handelt es sich um Inspektionen, die auf Wunsch eines Landes oder mehrerer Länder vorgenommen werden sollen, wenn der Verdacht eines Verstoßes gegen die Bestimmungen der Konvention vorliegt.

Kewenigs Thesen auf der Linie des Senats

Diepgen will auf „Kontakte mit der DDR" eingehen

hrk. Berlin

Der Berliner Senat bestätigte gestern, daß sich die Äußerungen von Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig über ein neues Verhältnis zwischen West-Berlin und der „DDR" (WELT vom 20. 2.) auf der Linie der Landesregierung bewegen. Der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen will morgen in seiner Regierungserklärung ausführlich das Thema „Kontakte mit der DDR" erörtern. Während Senatssprecher Winfried Fest Kewenigs Gedankengänge „sehr *interessant*" fand, äußerte sich Justizsenator Hermann Oxfort eher distanziert. Gewisse Irritationen werden auch in Bonn nicht verhehlt.

„Text war bekannt"

Auf Anfrage erklärte Senatssprecher Fest: „Kewenigs Äußerungen liegen auf der Linie des Senats, der bei allen seinen Überlegungen und Kontakten mit großer Akribie auf die Rechtslage Berlins achtet. Das betrifft den Status, der nicht Selbstzweck ist, sondern die Freiheit sichert, und das betrifft die Einbindung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland, die die Lebensfähigkeit garantiert. In diesem Rahmen kann und sollte Berlin unverkrampft die *Rolle des Vordenkens, Anregens und* Beobachtens spielen – in der Linie, nicht vor der Linie."

Kewenig selbst erläuterte gegenüber der WELT: „Der Text meines Vortrages war vorher sowohl dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker als auch seinem Nachfolger bekannt. Es gab von ihnen *weder Kritik noch Hinweise, daß* meine Äußerungen abseits der bisherigen oder künftigen Senatslinie liegen." Er, Kewenig, habe sich seit geraumer Zeit mit diesem Sachkomplex beschäftigt und im übrigen „sehr deutlich" an die Tabus erinnert, an die bei einer solchen Politik des vorsichtigen Versuchs nicht gerührt werden dürfe.

„In der Tendenz", meinte Kewenig, hätten seine Äußerungen („Wir haben darüber nicht etwa vorher im Senat diskutiert") denselben Ansatz wie die der SPD in deutschland- und berlinpolitischen Fragen. Kewenig wies dabei auf „volles Einverständnis" hin, das beispielsweise der damalige SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel im Sommer 1981 mit entsprechenden Passagen in Weizsäckers Regierungserklärung betont habe.

SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock begrüßte die „Gelehrigkeit", die sein Gegenkandidat Diepgen *nunmehr auf dem Feld der Politik* gegenüber der „DDR" an den Tag lege. Damit mache er sich abermals „einige SPD-Grundpositionen zu eigen". Kewenigs Äußerungen seien mit „hohem Interesse" zur Kenntnis genommen worden. Er teile dessen Auffassung über die Gefahr, „den Status Berlins zum Selbstzweck werden zu lassen".

Auf Anfrage der WELT wies der FDP-Politiker Hermann Oxfort auf den wichtigen Umstand hin, daß Kewenig seinen Vortrag nicht als Senator, sondern als Staats- und Völkerrechtler gehalten habe. Im übrigen müsse er zum Inhalt zwei Anmerkungen machen:

Keine eigene Außenpolitik

● „Es muß alles vermieden werden, *was in der Welt den Anschein* erweckt, der Senat betreibe eine eigene Außenpolitik. Berlin kann nur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes handeln."

● „Die Beachtung rechtlicher Fragen spielt eine sehr viel größere Rolle, als in der deutschen Politik üblicherweise angenommen und gemeint wird. *Es gibt niemanden, der rechtli*che Fragen strenger behandelt als die Sowjetuninon und mit ihr der gesamte Ostblock. Dies geschieht in dem Wissen, daß es bei Rechtsfragen gerade auch um Politik geht."

Als Justizsenator prüft Oxfort gemeinsam mit seinem Kollegen Professor Rupert Scholz (Bundesangele*genheiten) sämtliche Senatsvorlagen* und -papiere auch darauf, ob sie berlin- und deutschlandpolitisch korrekt sind. Oxfort gehörte seinerzeit zu den internen Kritikern einiger Begleitumstände der Fahrt von Weizsäckers zu Erich Honecker nach Ost-Berlin.

Syrien: Präsenz in Libanon sichern

Der Vier-Punkte-Plan aus Damaskus / „Marines" auf Schiffe verlegt

DW. Beirut/Tel Aviv

Der bedrängte libanesische Präsident Amin Gemayel hat gestern noch nicht zu den jüngsten Forderungen Syriens zur Beilegung des Libanon-Konflikts Stellung genommen, die ihm vom saudiarabischen Vermittler Rafik Hariri überbracht worden waren. Damaskus hatte, nachdem es am Wochenende einen saudiarabischen *Acht-Punkte-Plan* zurückgewiesen hatte, Gemayel einen eigenen Vorschlag unterbreitet.

Nach Angaben aus libanesischen Regierungskreisen fordert Syrien in dem Vier-Punkte-Plan unter anderem die Aufkündigung des israelisch-libanesischen Abkommens vom Mai vergangenen Jahres, das den gleichzeitigen Rückzug der israelischen und syrischen Truppen aus Libanon fordert. Weiter verlangt Damaskus die Loslösung der Frage des syrischen Truppenrückzugs vom Abzug der israelischen Armee aus Libanon, einen Beschluß der Arabischen Liga über die künftige syrische Präsenz in Libanon sowie die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit unter angemessener Berücksichtigung aller im Lande vertretenen Konfessionen. Akzeptiert Gemayel den syrischen Vorschlag, so legitimiert er nach Ansicht von Beobachtern auf unabsehbare Zeit die militärische Präsenz syrischer Truppen in seinem Lande sowie eine weitgehende politische Einflußnahme von Damaskus.

Damaskus hat im Gegensatz zu den schiitischen und drusischen Kräften, die offenbar im Einklang mit Damaskus einen Rücktritt Gemayels verlangt hatten, keine derartige Forderung an Gemayel erhoben. Damit soll dem libanesischen Präsidenten offenbar die Gelegenheit gegeben werden, *ohne offensichtlichen Gesichts*verlust die syrischen Vorschläge zu akzeptieren.

Der Chef der schiitischen Milizen, Nabih Berri, und der Führer der drusischen Verbände, Walid Dschumblatt, haben sich nach einem Bericht der Zeitung „Al Safir" auf einen Sicherheitsplan für das muslemische West-Beirut geeinigt. Danach soll die Sicherheit dort von der libanesischen Gendarmerie und der 6. Brigade der libanesischen Armee gewährleistet werden.

Zum zweiten Mal in dieser Woche griffen *israelische Kampfflugzeuge* gestern Stellungen palästinensischer Freischärler in Zentrallibanon und in *unmittelbarer Nähe der* von syrischen Truppen besetzten Bekaa-Ebene an. Nach Angaben des israelischen *Militärsprechers wurden* dabei „zwei Kommandostellen der Terroristen" in el Mansurije, am Rande vom Bamdoun, und im Dorf el Hadejdscha an der strategisch wichtigen Straße Beirut–Damaskus beschossen. Begründet wurden die Bombardierungen mit der Notwendigkeit, eine Reorganisation palästinensischer Freischärler in Libanon zu verhindern. Die israelischen Angriffe erfolgten einen Tag nachdem die israelische Armee in Süd-Libanon von Guerrilleros angegriffen worden war.

Am selben Tag wurden die ersten Verbände des amerikanischen Kontingents der multinationalen Friedenstruppe in Beirut auf die vor der libanesischen Küste liegenden US-Kriegsschiffe verlegt. Nach Angaben des Sprechers der amerikanischen Truppen in Beirut, Brooks, soll die Verlegung innerhalb einer Woche ab*geschlossen sein.*

Spione des Ostens bleiben „aggressiv"

BKA: Hauptoperationsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland

WERNER KAHL, Bonn

Die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Spionage von Nachrichtendiensten kommunistisch regierter Staaten hat 1983 nach Angaben des Bundeskriminalamtes unvermindert „aggressiv" angehalten. Nach Feststellungen des Staatsschutzes zielt die geheimdienstliche Ausspähung in erster Linie auf die Bereiche der Politik (Ministerien, Verwaltung und Parteien), Bundeswehr und NATO, ferner auf Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie auf Polizei, Grenzschutz, Abwehrdienste und Fernmeldewesen.

Der vorläufige *BKA-Jahresbericht* für 1983 hebt Operationen sowjetischer und Ostberliner Geheimdienste hervor, *die vor allem gegen hochsi*cherheitsempfindliche Bereiche gerichtet seien. Dort würden Agenten eingesetzt, um Technologien zu beschaffen, deren Besitz „von weitreichender Bedeutung für wirtschaftliche und militärische Belange" sei, heißt es in der Analyse des Bundeskriminalamtes. So träten Mitarbeiter dieser Geheimdienste zur Beschaffung von Industriegütern und technischem Know-how „auch unter dem Deckmantel von Wirtschaftsunternehmen" und ähnlichen Etiketten auf. Mit westlichen Partnern steuerten sie den illegalen Transfer von Waren, die Handelsbeschränkungen unterliegen. Solche Geheimdienstaktionen werden nach Angaben des BKA wegen der offenen Behandlung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und Produktbeschreibungen in der Bundesrepublik Deutschland *begünstigt.*

Wesentliche Unterstützung erfährt die Ausspähung durch legale Verbindungen östlicher Institutionen – wie Handelsorganisationen und Hochschulen – sowie durch nachrichtendienstliche Aktivitäten über diplomatische und konsularische Vertretungen einschließlich Handelsmissionen, heißt es in dem Bericht der BKA-Hauptabteilung Staatsschutz, dessen Zentrale sich im Bonner Vorort Meckenheim befindet.

Unter Ausnutzung persönlicher und sozialer Situationen ist der „DDR"-Staatssicherheitsdienst weiterhin *intensiv um Spionenwerbung* bemüht. Dazu gehören Nebenerwerbsofferten unter Tarnnamen; die Anbahnung vom Kontakten bei Reisen in die „DDR", auf Transitstrecken oder in osteuropäischen Ländern.

Die Auswertung 1983 erkannter Agententätigkeit läßt, wie das Bundeskriminalamt betonte, „auch für *die Zukunft eine aggressive Strategie* der Geheimdienste der Warschauer Paktstaaten mit dem Hauptoperationsgebiet Bundesrepublik Deutschland vorhersagen". Die Polizei empfiehlt daher Bürgern, die in geheimdienstliche Machenschaften verstrickt sind, sich zu offenbaren. Sie erwiesen in einem solchen Fall nicht zuletzt sich selbst einen Dienst.

„Reform nicht über höhere Steuern"

■ Fortsetzung von Seite 1

Verfügung; beim ledigen Durchschnittsverdiener sind es nur 37 Mark (1965 waren es dagegen noch rund 58). Bis 1986 werde die Grenzbelastung weiter steigen. Von einer Einkommenserhöhung um 100 Mark werden dem Verheirateten nur 50, dem Ledigen 33 Mark übrigbleiben.

Würde der Tarifvorschlag Gesetz, so ermäßigte sich der Grenzsteuersatz bei einem Jahreseinkommen von zum Beispiel 50 000 Mark für einen Ledigen von 47,8 auf 39,8 Prozent und damit um acht Prozentpunkte. Das bedeutet, daß ihm von zusätzlich verdienten 100 Mark nicht 47,80, sondern 39,80 Mark einbehalten würden.

Der Bund der Steuerzahler erhofft sich von der *Steuerentlastung in die*ser Größenordnung Impulse für das Wachstum und die Beschäftigung sowie eine Begrenzung der Schattenwirtschaft – mit Mehreinnahmen und Minderausgaben in den öffentlichen Haushalten. „Auf diese Weise finanziert sich der Tarifvorschlag bis zu einem gewissen Grade selbst", heißt es. Dieser Selbstfinanzierungsbeitrag wird *für 1986 auf knapp* vier Milliarden Mark veranschlagt.

Die verbleibende Lücke von 15 Milliarden Mark sollte vor allem durch Ausgabeneinschränkungen bei Bund, Ländern und Gemeinden ausgeglichen werden. Der Bund der Steuerzahler macht konkrete Kürzungsvorschläge bei Subventionen (zum Beispiel Regional-, Wohnungsbau-, *Agrar- und Sparförderung* sowie Vermögensbildung), bei Personalausgaben und der Mischfinanzierung von Bund und Ländern in Höhe von etwa zehn Milliarden Mark. Der Restbetrag von etwa fünf Milliarden könne durch Abbau von Steuervergünstigungen und durch Privatisierung öffentlichen Wirtschaftsvermögens finanziert werden. Sobald sich die *wirtschaftsbelebenden* Effekte der Tarifreform voll durchgesetzt hätten, werde die Selbstfinanzie*rungsquote* auch höher ausfallen. „Daher dürfte eine Privatisierung zur Restfinanzierung des Tarifvorschlags nur kurzfristig erforderlich sein", heißt es.

Zum Thema Familienlastenausgleich plädieren die Experten für die Beibehaltung des Ehegattensplittings in Verbindung mit „angemessenen Kinderfreibeträgen".

„Schnelle Post"

Rei. – Konkurrenz belebt das Geschäft. Diese goldene Regel der Marktwirtschaft bewahrheitet sich von neuem, wenn man die „Information für Postkunden" liest. Dort wirbt die Deutsche Bundespost dafür, daß nun „jeder" am internationalen Express-Kurierdienst „Datapost" teilnehmen kann. Die Privaten haben es vorgemacht, wie man ohne große Formalitäten Schriftstücke und Waren rasch und sicher zum Empfänger befördert. Nun will die Post nicht länger zurückstehen und preist ihren Versender-Service nach 27 Ländern an – und das sogar für jeden. Daß dieses extra angepriesen werden muß, ist eine grobe Ungeschicklichkeit.

Ungeschickt scheint auch der Hinweis zu sein, daß die Verbindung ins Ausland „zuverlässig und schnell" zustandekomme. Heißt das, daß jede andere Versendungsart langsam und schlampig ausgeführt wird? Und wenn die Deutsche Bundespost nicht eine rasche und sichere Beförderung zu den Selbstverständlichkeiten ihrer Dienstleistungen zählt, wer denn dann? Oder schaut hier die oft bestrittene Einteilung in Post erster und zweiter Klasse um die Ecke?

Schließlich beißt es noch: Einen Preisvergleich mit anderen Kurierdiensten brauche der Datapostdienst nicht zu scheuen. Das wäre ja noch schöner. Niemand hat soviel eingespieltes Personal, soviel *Beförderungkanäle, so lange, weite* und alte Verbindungen um die ganze Welt wie die Post. Da sollte sie wohl in der Lage sein, schnell und zuverlässig auch eine Einzelsendung preiswert ins Ausland zu expedieren!

Preisstabilität

J. Sch. (Paris) – Die Konjunkturbelebung in den westlichen Industriestaaten (OECD) hat den Preisen bisher keinen neuen Auftrieb gegeben. Im Gegenteil: Die Inflationsrate ging weiter zurück. Nach 12,8 Prozent 1980, 10,5 Prozent 1981 und 7,8 Prozent 1982 erreichte die gewichtete Jahresteuerung im OECD-Durchschnitt 1983 mit 5,3 Prozent ihren niedrigsten Stand seit elf Jahren. Damit wurde sogar die erst im Dezember vom OECD-Sekretariat aufgestellte Schätzung von fünfeinhalb Prozent leicht unterschritten. Nunmehr hält das Sekretariat auch seine damals für 1984 gegebene Prognose von ebenfalls fünfeinhalb Prozent für zu pessimistisch. Eine weitere Reduzierung des Preisanstiegs sei in diesem Jahr durchaus möglich. Allerdings müßten dazu jetzt vor allem die Mitgliedstaaten mit noch hohen Inflationsraten beitragen. Denn in den Ländern mit den niedrigsten Raten (Japan, Holland, Bundesrepublik, USA) scheint der Spielraum für weitere Fortschritte schon wegen des dort verstärkten Wirtschaftswachstums vorläufig erschöpft zu sein.

Die „Leitenden" melden sich

Von KAREN SÖHLER

Die scheinbar am Rande liegenden Probleme gehen oft im Wust der großen Turbulenzen unter. Dieser Gefahr will die Union der Leitenden Angestellten (ULA), der Spitzenverband der Führungskräfte der deutschen Wirtschaft, entgehen. Deshalb startet sie unter dem Motto „Sprecherausschüsse jetzt" eine bundesweite Aktion, die mit zahlreichen Informationsveranstaltungen die Schwierigkeiten dieser Minderheit im Heer der Beschäftigten in das Bewußtsein der Bevölkerung und vor allem in das der Entscheidenden in Bonn rücken soll.

Im Kern geht es um zwei Punkte: Erstens fordern die leitenden Angestellten die gesetzliche Verankerung einer eigenen Interessenvertretung. Auf freiwilliger Basis hat der 1951 gegründete Verband dieses Problem schon gelöst durch die Sprecherausschüsse in rund 360 deutschen Unternehmen.

Diese selbst organisierten Gremien versuchen zu gewährleisten, daß die *Führungskräfte ständig in den* Entscheidungsprozeß einbezogen werden. Denn, so meint die ULA, es seien schließlich die leitenden Angestellten, die wirtschaftliche Entscheidungen vorzubereiten, zu treffen und durchzusetzen hätten. Daher sei eine regelmäßige Absprache mit der Unternehmensleitung zwingend, ansonsten dürfe diese Gruppe der Beschäftigten aber nicht *mittelbar* den Mitspracherechten des Betriebsrates unterliegen. Daß diese Anforderungen erfüllt werden, hängt bei der jetzigen freiwilligen Regelung jedoch von dem Verständnis der jeweiligen Unternehmensführung ab. Dieser Willkür wollen sich die Leitenden nicht länger aussetzen.

In diesem Zusammenhang erscheint der ULA auch unlogisch, daß die leitenden Angestellten seit dem Mitbestimmungsrecht von 1976 zwar einen Pflichtvertreter in den Aufsichtsrat entsenden, damit also in der Mitbestimmung des Unternehmens verankert sind, aber die Mitbestimmung im Betrieb bleibt ihnen weiterhin verweigert.

Die zweite Kernforderung betrifft die genaue Definition eines leitenden Angestellten. Zur Zeit ist dieser Begriff nur sehr vage abgegrenzt durch den Paragraphen 5 Abs. 3 im Betriebsverfassungsgesetz. Danach gilt nur als leitender Angestellter, wer mit Rat und Tat unternehmerische Aufgaben hat oder vorbereitet. Eine „sonstige" Wichtigkeit für das Unternehmen ist nicht von Bedeutung. Durch diese arbeitgeberähnliche Zwitterstellung sind die Führungskräfte häufig der Ablehnung durch die Betriebsräte ausgesetzt. Denn daß die Betriebsräte und die Gewerkschaften kein fremdes Mitbestimmungsorgan dulden ist insofern verständlich, als daß sie ihre Alleinvertretungsmacht verlieren würden. Kein Wunder also, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärt, bei einer gesetzlichen Anerkennung der Sprecherausschüsse befürchte er einen Rückfall in Weimarer Verhältnisse. Dennoch würde gerade die gesetzliche Verankerung diese unliebsamen Diskussionen aus der Welt schaffen.

Doch wie es scheint, betrachten Arbeitsminister Norbert Blüm und seine Sozialausschüsse eher die kurzfristig auftretenden Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, die mit Sicherheit verstärkt entstehen würden, gäbe die Regierung den Forderungen der ULA nach. Und vor diesen Aussichten schreckt Blüm offensichtlich zurück. Die ULA blickt auf diese Zurückhaltung mit Unverständnis. Denn sie erinnert sich gut der ermutigenden Worte durch die CDU/CSU, als sie noch die Rolle der Opposition spielte. Zahlreiche CDU-Mitglieder wie Hansjörg Häfele, Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, oder Wolfgang Vogt, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, hatten 1979 den von der ULA entworfenen Vorschlag für ein „Gesetz über Sprecherausschüsse und Abgrenzung der Leitenden Angestellten" mit unterschrieben. Der Rollenwechsel hat die grundsätzliche Überzeugung zwar nicht weggeblasen, aber inzwischen heißt es im Hause Blüm: „Wir haben dringendere Probleme zu lösen." So weist Staatsssekretär Vogt darauf hin, daß die Änderung an einer Stelle des Betriebsverfassungsgesetzes zahlreiche andere Änderungswünsche nach sich zöge. Dafür sei eben keine Zeit – zumindest, so klingt es, in diesem Jahr nicht. Das mag der Regierung für den Augenblick Ruhe an der Gewerkschaftsfront bringen. Sachdienlich ist solche Zurückhaltung indes nicht.

AUSSENWIRTSCHAFT / Aufwärtsentwicklung hat sich weiter fortgesetzt

DIHT fordert Unterstützung durch Bonn gegenüber Schuldnerländern

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine Anpassung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums an die sich häufenden Risiken für die deutsche Exportwirtschaft fordert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) von der Bundesregierung in einer Untersuchung. Dabei gehe es vor allem um die Exportfinanzierung und um die Exportkreditversicherung. Allerdings weist der DIHT auch darauf hin, daß sich immer wieder Anzeichen bemerkbar machten, daß deutsche Unternehmen das Vertrauen in die eigene Kraft und ihren Pioniergeist bei der Erschließung der Weltmärkte verloren haben.

Der Außenwirtschaftsbeirat beim Bundeswirtschaftsministerium, der sich gestern unter anderem auch mit der Verschuldensproblematik beschäftigte, hat jedoch keine konkreten Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Der Beirat bekräftigte noch einmal die Einschätzung, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Weltwirtschaft, vor allem jedoch in den Industriestaaten, zu Beginn dieses Jahres weiter fortgesetzt habe. Daher habe sich die Nachfrage aus dem Ausland bei deutschen Firmen seit Jahresbeginn erheblich erhöht. Dramatische Darstellungen über die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien unbegründet.

Nach Ansicht des Beirats könnte die internationale Verschuldensproblematik nur durch eine gemeinsame mittelfristige Strategie von Schuldnern und Gläubigern gelöst werden. Von den Schuldnerländern werde eine glaubwürdige Anpassungspolitik erwartet, um Verschuldung und Schuldendienstfähigkeit wieder in Einklang zu bringen. Dadurch könne das Vertrauen der internationalen Kapitalgeber und Investoren zurückgewonnen werden. Allerdings könnten die Entwicklungsländer ihren Beitrag nur leisten, wenn in den Industriestaaten es zu einem stabilen und inflationsfreien Wachstum kommt. Dadurch würde der Spielraum für Zinssenkungen größer und die Nachfrage nach Rohstoffen gestärkt. Wichtig sei aber auch eine weitere Öffnung der Märkte für Produkte aus den Industriestaaten. Hingewiesen wurde aber auch auf die besondere Rolle des Internationalen Währungsfonds, der durch seine konditionale Kreditvergabe Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in den Schuldnerländern nehme.

Der DIHT streicht heraus, das außenwirtschaftliche Instrumentarium der Bundesregierung habe bisher nur sehr begrenzt auf die verschlechterte Exportsituation und die sich tendenziell auch langfristig aufhäufenden Risiken reagiert. Positiv wird herausgestrichen, daß sich der Bund um eine flexible Deckungspolitik bemühe. Immer mehr klagten jedoch vor allem mittelständische Unternehmen über bürokratische Reibungen bei der Schadensabwicklung und allgemein eine nicht immer unternehmensgerechte Auslegung der Richtlinien.

Hier müsse Abhilfe geschaffen werden, um die Akzeptanz des Instrumentariums zu steigern. Die Einführung des Ausfuhr-Pauschalgewährleistungs-Systems habe jedenfalls einen solchen Effekt noch nicht gezeigt. Es sei auch durchaus noch ungewiß, welche Folgen die für den 1. April vorgesehene Erhöhung der Hermes-Entgelte haben wird. Es wäre jetzt auch an der Zeit, endlich die zum Teil schon lange ins Auge gefaßten Verbesserungen sowohl bei der Exportfinanzierung als auch bei der Exportkreditversicherung durchzusetzen.

Ein Sonderproblem stellten bei Umschuldungen die nicht bei Hermes gedeckten Forderungen dar. Hier bestünden grundsätzliche Schwierigkeiten bereits in der Sammlung und Aufbereitung der nötigen Daten, um diese Forderungsart bei den Verhandlungen vertreten zu können. Der DIHT fordert eine stärkere politische Unterstützung der Bundesregierung gegenüber den Schuldnerländern.

Allerdings appelliert die Kammerorganisation auch an die Firmen, sie müßten in ihren außenwirtschaftlichen Strategien die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs wieder bewußter aufnehmen. Dabei hat der DIHT die Märkte der ostasiatischen Schwellenländer im Visier.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Spanien ist mit dem Angebot aus Brüssel nicht zufrieden

WILHELM HADLER, Brüssel

Frühestens 1990 werden die Landwirte der EG die spanische Konkurrenz stärker zu spüren bekommen, falls sich die Gemeinschaft bei den Beitrittsverhandlungen mit ihrem Agrarkonzept durchsetzt. Das 64seitige Dokument, das die EG gestern den Spaniern präsentierte, geht für die „sensiblen" Obst- und Gemüseerzeugnisse von einer Übergangszeit von zehn Jahren aus. Vier Jahre davon sollen als „Anpassungsperiode" betrachtet werden. Während dieser Zeit will die EG ihren Markt noch nicht öffnen.

Der spanische Außenminister Fernando Moran äußerte sich denn auch unzufrieden über die EG-Offerte. Die Vorstellungen der Gemeinschaft, sagte er, liefen auf eine Diskriminierung Madrids hinaus. Er hoffe, daß es sich lediglich um eine Ausgangsposition handele. Auch unter den „Zehn" herrschte zum Teil Unbehagen über den Kompromiß im Ministerrat. Im gewerblichen Bereich fordert die EG von Beginn des Beitritts an Zollsenkungen.

Immerhin muß die Einigung auf eine gemeinsame Position als ein politischer Durchbruch bewertet werden, nachdem die Gemeinschaft über Jahre hin die Formulierung der Beitrittsbedingungen im Agrarsektor immer wieder hinausgezögert hatte. In der letzten internen Verhandlungsrunde war Frankreich weitgehend isoliert. So konnte es sich nicht mit seiner Forderung durchsetzen, schon vom Beitritt an überschüssiges Obst und Gemüse auf Kosten des Brüsseler Agrarfonds aufzukaufen.

Die EG schlägt vor, daß Madrid bereits von 1986 (dem geplanten Beitrittstermin) an Geld aus Brüssel erhält, um die notwendigen Anpassungen an die gemeinsame Agrarpolitik finanzieren zu können. Die bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen und Importabgaben sollen für weniger empfindliche Waren (Getreide und Milcherzeugnisse) innerhalb von sieben Jahren, sonst beginnend mit dem fünften Jahr abgebaut werden. Auch danach will die EG sich gegen spanische Exporte wehren.

Das EG-Papier enthält nach Darstellung von Diplomaten nach wie vor eine Reihe von „Formelkompromissen", die die Verhandlungen noch belasten könnten. Trotzdem hat die Gemeinschaft Madrid die Bereitschaft wissen lassen, die Gespräche bis Ende September abzuschließen.

Unterdessen hat der israelische Premierminister Ytzhak Shamir in Brüssel die Besorgnisse seines Landes über die bevorstehende EG-Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Er nahm unter anderem an einer Sitzung des im gemeinsamen Handelsabkommen vorgesehenen „Kooperationsrates" teil und führte Einzelunterredungen mit mehreren Außenministern. Israel, das rund 70 Prozent seiner Agrarausfuhren in die EG liefert, befürchtet eine starke Beeinträchtigung seiner Exportchancen durch den Beitritt Spaniens.

AUF EIN WORT



„Das Bausparen hat sich aus dem Zangengriff widriger Umstände gelöst und wieder Tritt gefaßt."

Walter Englert, Sprecher der Geschäftsführung der Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg

FOTO: WOLF P. PRANGE

Mehr Aufträge im Baugewerbe

AP, Bonn

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe der Bundesrepublik ist im November 1983 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes berichtete, mit rund 1,1 Millionen waren in diesem Monat 1436 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Auch der Anstieg der Auftragseingänge habe sich weiter fortgesetzt. Im Wohnungsbau nahmen sie um 11,6 Prozent, im Tiefbau um 14,4 Prozent zu, was eine durchschnittliche Steigerung um 10,3 Prozent ergibt. Bei anhaltenden Kostensteigerungen kletterten die Preise im Wohnungsbau in diesem Zeitraum um 3,1 Prozent, bei gewerblichen Betriebsgebäuden um 3,3 Prozent und im Straßenbau nur um 0,7 Prozent. Die Zahl der Konkurse verringerte sich im vierten Quartal 1983 weiter auf 413. Das waren 16,5 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

ARBED-SAARSTAHL

Lambsdorff: Auf dem Wege zu einer guten Lösung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Wir sind auf dem Wege, die akuten Liquiditätsprobleme bei Arbed Saarstahl einer guten Lösung zuzuführen." Dies erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, *nachdem am Abend zuvor* ein weiteres Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer stattgefunden hatte, an dem diesmal auch die Minister Lambsdorff und Stoltenberg teilgenommen hatten. Ähnlich positiv wird das mehrstündige Gepräch, über dessen Einzelheiten Stillschweigen vereinbart wurde, auch von der saarländischen Regierung kommentiert. Dort hieß es, die Kuh dürfe noch in dieser Woche vom Eis sein.

In dem Gespräch beim Kanzler ging es um die Voraussetzungen für die Auszahlung einer zweiten Tranche aus den am 8. November von der Bundesregierung zugesagten 100 Millionen Mark Betriebsbeihilfen. Mitte dieses Monats hatte die Bundesregierung den Antrag des Unternehmens auf 45 Millionen Mark abgelehnt, nachdem um die Jahreswende bereits 40 Millionen gezahlt worden waren. Daraufhin war die saarländische Regierung mit einer Bürgschaft von 30 Millionen in die Bresche gesprungen, um die Zahlungsfähigkeit vorerst zu sichern.

Vom Unternehmen wird der Bedarf für diesen Monat noch auf 14,2 Millionen veranschlagt. Wie es heißt, sei ein Aufstocken der Beihilfen nicht im Gespräch, weil der Bund auch auf die Belange anderer Länder Rücksicht nehmen müsse. Am Freitag findet ein Spitzengespräch statt, an dem *auch* Vertreter der *luxemburgischen* Regierung teilnehmen.

GRÖNLANDS EG-AUSTRITT

Zehnjähriges Abkommen über Fischereifragen

WILHELM HADLER, Brüssel

Zwei Jahre, nachdem sich die Inselbevölkerung gegen die weitere Mitgliedschaft ausgesprochen hat, einigten sich die Außenminister der Gemeinschaft auf ein zehnjähriges Rahmenabkommen über Fischereifragen. Es regelt die künftigen Fangrechte der deutschen Hochseeflotte und schafft damit die Voraussetzung für den von der Regierung in Godthab gewünschten Sonderstatus als (mit der EG assoziiertes) „Überseeisches Gebiet" (ÜLG).

Die Grönländer erhalten wie bisher freien Zugang für ihre Fischexporte in die Gemeinschaft. Außerdem können sie auf eine Finanzhilfe von jährlich mindestens 26,5 Mill. Ecu (umgerechnet *59,6 Mill. DM*) rechnen. Als Gegenleistung werden den Fischern der EG (vor allem der Bundesrepublik) Fanglizenzen für Kabeljau und Rotbarsch eingeräumt, die etwa dem gegenwärtigen Anteil an den Gesamtfängen entsprechen.

Sollten sich die verfügbaren Bestände vergrößern, so steht den EG-Trawlern ein Anteil an diesem Zuwachs von mindestens 20 Prozent zur Verfügung.

Die Bundesregierung mußte in den Verhandlungen zurückstecken und sich der dänischen Devise „Kein Geld – kein Fisch" beugen. Für die Beteiligung am Zuwachs wird es jeweils neuer Verhandlungen bedürfen und eine Aufstockung der Finanzhilfe für die Insel. Trotzdem stimmte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, von *Geldern, dem Kompromiß* ad referendum zu. Die endgültige Entscheidung will das Bundeskabinett erst heute treffen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Millionen-Bußgelder gegen Isolierfirmen

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat wegen verbotener Preis- und Quotenabsprachen gegen 16 Montagefirmen für Wärme- und Kälteschutzisolierungen sowie deren verantwortliche Mitarbeiter Geldbußen von 6,7 Mill. DM verhängt. Wie das Amt mitteilt, haben diese Unternehmen *seit mehreren Jahren sämtliche* Aufträge von Kunden nach festen Quoten aufgeteilt. Dabei haben die Unternehmen ihre Angebotspreise jeweils so festgesetzt, daß das für den Auftrag vorher bestimmte Unternehmen von den übrigen Kartellmitgliedern überboten wurde. Die Bußgeldbescheide sind rechtskräftig.

Klageverzicht unwirksam

Kassel (rtr) – In einem Sozialplan darf die Zahlung von Abfindungen an entlassene Arbeitnehmer nicht davon abhängig gemacht werden, daß diese gegen ihre Kündigung keine rechtlichen Schritte unternehmen. Eine solche Bestimmung ist nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) unwirksam. Wie es in dem jetzt veröffentlichten Urteil des Ersten BAG-Senats heißt, dient ein Sozialplan allein dem Schutz der betroffenen Arbeitnehmer. Er dürfe nicht als Instrument eingesetzt werden, dem Unternehmer die geplante Betriebsänderung zu erleichtern und ihm das Risiko von Rechtsfehlern abzunehmen. (AZ: AZR 442/82)

Neuer „Weiser"

Bonn (DW.) – Auf Vorschlag der Gewerkschaften wird das Wirtschaftsministerium Professor Dieter Mertens zum neuen Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ernennen. Mertens leitet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Mertens löst Hans-Jürgen Krupp ab, der seinen Rückzug nach nur zwei Jahren aus diesem Gremium mit seiner Doppelbelastung begründete. Krupp ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Mertens plädiert für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Öl baut ab in der Bundesrepublik Deutschland

1978 Höchststand
159,4
Kapazität in Mio t
RAFFINERIEN
Anfang 1984
114,0
1969 Höchststand
46684
Anzahl
TANKSTELLEN
Anfang 1984
20776

Als Reaktion auf die gesunkene Nachfrage nach Ölprodukten hat die Mineralölwirtschaft die Raffineriekapazität seit 1978 von knapp 160 auf 114 Millionen Tonnen abgebaut. Bei den Tankstellen hatte die Schrumpfung schon früher eingesetzt. Seit 1969 ist ihre Zahl um *mehr als die Hälfte zurückgegangen.* QUELLE: GLOBUS

Warnung an die USA

Brüssel (Ha) – Die Europäische Gemeinschaft hat Washington erneut an die beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg eingegangene Verpflichtung erinnert, sich protektionistischen Tendenzen zu widersetzen. In einer Erklärung, die gestern in Brüssel verabschiedet wurde, bezeichneten die zehn Außenminister den gegenwärtigen Stand der Handelsbeziehungen zu den USA als „alarmierend". Die jüngsten handelspolitischen Schutzmaßnahmen Washingtons beträfen Exporte der Gemeinschaft von rund 4,7 Milliarden Dollar.

Wochenausweis

	15.2.	7.2.	15.1.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	68,3	67,6	66,4
Kredite an Banken	74,3	79,7	85,0
Wertpapiere	7,8	7,8	7,9
Bargeldumlauf	100,9	102,1	103,0
Einl. v. Banken	47,0	49,8	52,1
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,4	1,8	1,1

INVESTMENT / Fonds sind optimistisch gestimmt

Erfolge mit Spezialitäten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutschen Investment-Fonds sind auch für das Jahr 1984 insgesamt optimistisch gestimmt. „Die sich verstärkende wirtschaftliche Erholung verbunden mit steigenden Unternehmenserträgen sollte sich weiterhin positiv auf die Aktienkurse auswirken *und zu entsprechenden Höherbewertungen führen*", meinte Ernst Bracker, Vorstandssprecher des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) in Frankfurt.

Für das deutsche Zinsniveau erwartet er eine tendenzielle Abschwächung, „wobei das Ausmaß nicht überschätzt werden sollte". Auch der nach wie vor überbewertete Dollar könne noch schwächer werden, sei aber wegen der starken politischen Einflüsse nur „bedingt prognosefähig".

In den vergangenen fünf Jahren ist nach Einschätzung des BVI der Stellenwert der Investment-Branche deutlich gestiegen. Bracker belegt das mit Zahlen: Von Ende 1978 bis Ende 1983 stieg das Vermögen der Publikumsfonds um 14 Prozent auf *39,8 (34,8) Mrd. DM. Daran* waren die offenen Immobilienfonds mit einer besonders ausgeprägten Steigerung um 74 Prozent auf 6,7 (3,9) Mrd. DM beteiligt, während die Aktien- und Rentenfonds zusammen nur auf ein Plus von knapp 7 Prozent auf 33,1 (30) Mrd. DM kamen, und das mit einer deutlichen Verschiebung hin zu den Renten.

Wirklich bemerkenswerten Auftrieb hatten aber die Spezialfonds, die exklusiv für institutionelle Großanleger (zum Beispiel Versicherungen) eingerichtet werden, die „ihr Vermö*gen nicht selbst verwalten wollen* oder können". Diesen Fonds sind seit 1977 Jahr für Jahr Milliardenbeträge *zugeflossen*, allein 1983 waren es 3,7 Milliarden. Und ihr Fondsvermögen hat sich seit 1978 auf 27,9 (10,8) Mrd. DM mehr als verzweieinhalbfacht.

Auch den Vergleich mit anderen Investment-Nationen wagt Bracker, leider ohne *Bezug auf die zugrunde*liegenden Bevölkerungszahlen. So erreichten die US-Fonds 1983 insgesamt einen Vermögensbestand von 310 Mrd. DM (ohne 260 Mrd. DM Geldmarktfonds) nach Mittelzuflüssen von 70 Mrd. DM. Die Japaner kamen mit neuen Mitteln von 8,5 Mrd. DM auf 92 Mrd. DM Vermögen, und die Franzosen nach – dank staat*licher Förderung enorm hohen – Zu*flüssen von 12 Mrd. DM (Schätzwert) auf einen Bestand von 60,5 Mrd.

Die bundesdeutschen Fonds schließlich erreichten mit Zuflüssen von 7,5 Mrd. DM ein Volumen von 67,7 Mrd. DM. Neuen Schwung verspricht sich die Branche auch von dem im Januar abgesegneten neuen Vermögensbildungsgesetz.

NIEDERLANDE / Handel mit Bundesrepublik profitiert von Konjunkturerholung

Wichtigster deutscher Lieferant

HENNER LAVALL, Bonn

Deutlich günstiger als zunächst erwartet hat sich der Handel *zwischen* der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden im Jahr 1983 entwickelt. Bei Vorlage der jüngsten Zahlen konnte der Präsident der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, W. von Ilsemann, gestern in Den Haag mit Genugtuung feststellen, daß der Warenverkehr beider Länder vom konjunkturellen Aufwind profitiert habe.

So gelang es der niederländischen Wirtschaft, den Exportwert um insgesamt fünf Prozent auf 48,2 Mrd. DM zu steigern. Vom Volumen her haben die Ausfuhren in die Bundesrepublik sogar um sechs bis sieben Prozent zugenommen. Der Anteil der Niederlande am deutschen Einfuhrmarkt er*höhte sich erneut leicht auf 12,3 Pro*zent, womit das Land unser wichtigster Lieferant bleibt.

Nach wie vor bedeutender Pfeiler war nach Ilsemanns Ausführungen der Bereich landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Genußmittel, auf den 22 Prozent der Ausfuhr entfielen. Insgesamt lieferten die Niederlande hier Waren für *10,5 Mrd. DM nach Deutschland*, vor allem Molkereiprodukte, Blumen und Pflanzen.

Erhebliche *Steigerungsraten* gab es im vergangenen Jahr bei den Lieferungen von Mineralölprodukten (plus 14 Prozent in der Menge), die mit einem Wert von über zehn Mrd. DM inzwischen etwas mehr als ein Fünftel der Exporte in die Bundesrepublik ausmachen. Die Erdgaslieferungen erhöhten sich in der Menge um knapp vier Prozent auf rund sechs Mrd. DM. Als weiteren Wachstumsträger nannte Ilsemann ferner chemische Erzeugnisse, die mit sieben Mrd. DM gleichfalls von beachtlichem Gewicht seien.

Die Warenexporte der deutschen *Wirtschaft in die Niederlande* stiegen nach den Feststellungen der Deutsch-Niederländischen Handelskammer ebenfalls um knapp fünf Prozent auf 38 Mrd. DM. Im Volumen gab es 1983 einen Zuwachs von vier bis fünf Prozent. Auf Holland entfallen jetzt rund neun Prozent der deutschen Warenausfuhren nach 8,5 Prozent im Jahr zuvor.

Tragende Säule der deutschen Exporte sind mit einem Anteil von 75 Prozent industrielle Fertigerzeugnisse, *darunter vor allem* chemische Produkte und Maschinenbauerzeugnisse. Beachtlich fallen nach Ilsemanns Worten aber auch die Absatzerfolge der deutschen Ernährungswirtschaft auf dem niederländischen Markt aus. Im letzten Jahr erreichte der Lieferwert drei Mrd. DM, im Volumen betrug die Steigerung zehn Prozent. Die größten Zuwächse wurden dabei mit Molkereiprodukten, Getreide, Kaffee und Schokoladenerzeugnissen erzielt.

Zur künftigen Entwicklung der Warenströme beider Länder zeigte sich Ilsemann, der auch Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Shell ist, recht zuversichtlich. Eine internationale Arbeitsteilung kann nach seiner Ansicht aber nur dann erfolgreich vorwärtsschreiten, wenn einige künstliche Barrieren zwischen den beiden Nachbarländern noch abgebaut werden.

OECD / Überangebot an Agrarerzeugnissen

Für Produktionskontrolle

JAOCHIM SCHAUFUSS, Paris

Die wichtigste Aufgabe für die Landwirtschaftspolitik der westlichen Industriestaaten besteht in der Kontrolle der Produktion, meint der Agrarausschuß der OECD. Denn andernfalls könnten die Agrarmärkte nicht im Gleichgewicht gehalten werden. Sowohl in der OECD-Zone selbst als auch auf den solventen Drittmärkten werde die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur in sehr begrenztem Umfang wachsen.

Die Wiederbelebung der Weltkonjunktur wird nämlich auf Jahre hinaus den Lebensmittelverbrauch kaum beflügeln, heißt es in dem OECD-Bericht. Andererseits führt der technologische Fortschritt in der Landwirtschaft zu einer immer größeren Produktion. Demzufolge müßte das Überangebot an Agrarerzeugnissen weiter zunehmen, wenn die *Erzeugung in den Mitgliedsstaaten* nicht begrenzt wird.

Eine Kontrolle und Drosselung der *Agrarerzeugung* ist dem Bericht zu*folge* allerdings nur langfristig durchsetzbar. Deshalb empfiehlt der Ausschuß zusätzlich kurzfristige Maß*nahmen*, die durch multilaterale Absprachen ergänzt werden sollen, um die Spannungen auf den Weltmärkten zu vermindern und so einen Zusammenbruch der Weltmarktpreise zu verhindern. Diese Maßnahmen *müßten* sofort ergriffen werden.

Außerdem hielt der Ausschuß eine verstärkte internationale Zusammenarbeit für erforderlich, bei der die verschiedenen Formen von Exporthilfen einschließlich besonders günstiger Kredite geprüft und *eine angemesse*ne Lagerpolitik unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit diskutiert werden sollte.

Das Gleichgewicht der Agrarmärkte herzustellen oder zu erhalten ist nach Auffassung des Ausschusses von großer politischer Bedeutung. Denn davon hängt die künftige Entwicklung der *landwirtschaftlichen* Einkommen wie überhaupt der Agrarstruktur in der OECD-Zone entscheidend ab.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ekatit-Stahl in Konkurs

Bietigheim (VWD) – Über das Vermögen der Ekatit-Stahl Service-Center GmbH, Bietigheim-Bissingen, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Einen entsprechenden Antrag *hatte das Unternehmen, eine* Tochtergesellschaft der ebenfalls in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Ekatit Riedinger Verwaltungs-AG (ERAG), Augsburg, am Freitag beim Amtsgericht Heilbronn gestellt, nachdem Wechsel nicht mehr eingelöst werden konnten.

Dividende bei DBS?

Darmstadt (VWD) – Die gut 30 000 Kleinaktionäre der DBS Deutsche Bausparkasse AG, Darmstadt, können *für 1983 auf eine Dividende hoffen*. Dies war den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Gerhard Hoensch in einen Pressegespräch zu entnehmen. Einen Jahresüberschuß in Vorjahreshöhe hält er durchaus für realistisch. Der 1982er Jahresüberschuß/Bilanzgewinn von 1,0 Mill. DM war voll in die Rücklagen eingestellt worden. Am 9,7 Mill. DM betragenden *Grundkapital halten der Deut*sche Lloyd knapp 60 und die Allbank (Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover) 25,1 Prozent. Die Bilanz*sitzung des Aufsichtsrats soll am 26.* April statt stattfinden.

Scharlachberg unverändert

Bingen (dpa/VWD) – Die Weinbrennerei Scharlachberg, Sturm & Co., Bingen, gibt sich für 1984 nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters und Geschäftsführers Hans Schmitt zuversichtlich. 1983 setzte die Gruppe nahezu unverändert 185 Mill. DM (einschließlich Branntwein-, aber ohne Mehrwertsteuer) um, lag *damit allerdings* noch um *15 Mill. DM* unter dem 1981er Wert. Parallel dazu gab es einen Mengenzuwachs um 6,3 Prozent nach 3,5 Prozent Rückgang 1982.

Mönninghoff am Ende

Hattingen (dpa/VWD) – Über das Vermögen der Hattinger Metallwarenfabrik Mönninghoff GmbH ist gestern vom Amtsgericht Essen das Anschlußkonkursverfahren eröffnet worden. Für einen Vergleich, der am 25. Januar beantragt worden war, bestand nach Angaben des zuständigen Richters „absolut keine Möglichkeit". *Ende März soll die erste Gläubiger*versammlung einberufen werden. Neben mehreren Firmen und Banken sind die Westdeutsche Landesbank *und die Bank für Gemeinwirtschaft* größte Gläubiger. Der Vergleichsverwalter hat nach eigenen Angaben die Belegschaft bei einer Betriebsversammlung von der Arbeit freigestellt. Die Beschäftigten wollen nach seinen Worten den Betrieb jedoch weiter besetzt halten. Ausstehende Löhne und Gehälter – seit Ende Dezember haben die Mitarbeiter kein Geld mehr erhalten – sollen vom Arbeitsamt im Rahmen des Konkursausfallgeldes übernommen werden. Das Unternehmen beschäftigte zuletzt 800 Mitarbeiter.

Zuwachs bei Brinkmann

Herford (hdt.) – *Die im Bereich* Herrenoberbekleidung tätige Brinkmann-Gruppe, Herford, konnte ihren *Umsatz 1983 um 6 Prozent auf 218* (206,4) Mill. DM erhöhen, real ein Plus von 4 Prozent. Der Exportanteil bewegt sich bei 30 Prozent. Die Gruppe, zu der neben dem Stammwerk in Herford u. a. auch die Odermark-Bekleidungswerke, Goslar, sowie je ein Betrieb in Italien und Griechenland gehören, beschäftigt insgesamt etwa 2000 Mitarbeiter. Rund die Hälf*te des Gruppenumsatzes wird mit* Herrenmänteln getätigt, ein Viertel entfällt auf Anzüge, Sakkos und Hosen.

STAHLSTREIT / USA fordern Gatt-Sondersitzung

EG-Vergeltung befürchtet

rtr/AFP, Genf

Die USA haben eine Sondersitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt gefordert, um doch noch in letzter Minute die Gegenmaßnahmen der *Europäischen* Gemeinschaft (EG) im transatlantischen Stahlstreit abzuwenden. Ein Gatt-Sprecher erklärte, dies sei das erste Mal, daß das Gatt nach Artikel 19 des Abkommens aufgefordert wurde, eine Vergeltungsmaßnahme „zu mißbilligen". In Handelskreisen hieß es allerdings, es sei unwahrscheinlich, daß eine solche Mißbilligung ausgesprochen werde.

Die Sondersitzung des Gatt-Rates sei für den 28. Februar anberaumt worden, sagte der Gatt-Sprecher weiter. Das Gatt will dann über einen Antrag der USA entscheiden, die von den USA als „übertrieben" bezeichneten Gegenmaßnahmen der EG für US-Importrestriktionen bei Spezialstahl zu verurteilen.

Die EG-Einfuhrbeschränkungen, die Sportartikel, Kunststoff- und Chemieprodukte aus den USA betreffen, sollen am 1. März in Kraft treten. Die EG-Kommission hatte am 7. Februar einen US-Antrag abgelehnt, die Einführung der Beschränkungen um zwei Wochen zu verschieben. EG-Sprecher bezeichneten die Maßnahmen der EG als „angemessen".

Unabhängig von dem Streit EG–USA sprach sich der Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt, Arthur Dunkel, in London vor der „European Atlantic Group" für eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen aus. Er bezeichnete dies als das einzige Mittel, aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen.

Dunkel erinnerte daran, daß Japan *bereits vor einigen Monaten* neue Gatt-Verhandlungen forderte und seitdem von den Vereinigten Staaten und Australien darin unterstützt wird. Er wies auf die protektionistischen Maßnahmen hin, die von zahlreichen Ländern ergriffen wurden und erklärte, diese Beschlüsse müßten rückgängig gemacht werden. Die 1983 auf dem westlichen Wirtschaftsgipfel in Williamsburg geäußerte Erwartung, daß die wirtschaftliche Erholung das Verschwinden zahlreicher protektionistischer Maßnahmen zur Folge haben werde, erfüllte sich bisher nicht, erklärte der Generaldirektor des Gatt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: Möbius & Co. GmbH, Oberursel/Ts; **Brühl:** Gänsehof Gaststättenbetriebs GmbH, Hürth-Sielsdorf; **Burgwedel:** BCH Bau-Chemie Handels GmbH, Isernhagen; **Deggendorf:** BW Leitungsbau-GmbH & Co. KG, Plattling-Pankofen; **Gifhorn:** Hans Schäfer GmbH, Wittingen 1; **Göppingen:** Friedrich Wenzel, Inh. e. Baugeschäfts, Birenbach; **Heilbronn:** Nachl. d. Artur Bölke, Gipers; **Herford:** Günter Coring & Co. KG, Möbelwerkstätten; in-vorm-bau GmbH & Co., Bad Oeynhausen; **Karlsruhe:** HVB Hotel Verwaltungs- u. Betriebsges. mbH; Schloß Augustenburg GmbH, Hotel, Restaurant u. Wohnstift; **Kassel:** Schreinerei Engel, Schmidt + Brede Meisterbetrieb GmbH; Holighaus Heizungs-, Schwimmbad- u. Klimatechnik GmbH; **Kempten:** Nachl. d. Alfred Eschenlohr, Lindau; **Leer:** Hillrich Düselder, Inh. Elektromeister Hermann Mäcken, Leer-Loga; planbau-Wohnbau-GmbH; **Mannheim:** ZIBA-Ges. f. Hausbau mbH, Hockenheim; **Neunkirchen:** Montageges. f. Industrieanlagen Kembügler GmbH; Sägewerk- u. Holzverarbeitung Kembügler GmbH; Kranvermietung u. Kranmontage Kembügler GmbH; Stahl-, Maschinen- u. Apparatebau Kembügler GmbH; **Neustadt:** RÖWU Erd- u. Landschaftsbau GmbH, Wunstorf 1; **Neu-Ulm:** Bauunternehmung Spreiter GmbH & Co. KG; **Neuwied:** Hermann Krautscheid Hoch- u. Tiefbau; **Oldenburg:** Egon Gries; **Stuttgart:** Nachl. d. Peter Klaus Matzat, Murrhardt; **St. Wendel:** Inge Simon, Inh. d. Getränke Simon; **Weilburg:** Karl Hunnenmörder, Merenberg-Allendorf; **Wiesbaden:** Deutsches Kameradenwerk (DKW), Sozialwerk d. Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser e. V. (DSBK) u. d. Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen u. Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. (VdH); **Wittlich:** Thielen – Bau GmbH, Daun/Eifel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Albstadt 1: Lothar Rockenstiehl; **Bonn:** Deutsches Luftfrachtkontor GmbH & Co. KG; **Seligenstadt:** Radix-Bau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH; **Stuttgart:** Platz + Haus GmbH, Nürtingen.

Vergleich eröffnet: Kassel: Otto Haack, Holzbau, Sägewerk.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Raphael Wolfgang Berndt; Hechingen: Karl-Heinz Braun, Schreinermeister u. Möbelkaufmann; **Lahr:** Gerätewerk Lahr GmbH.

WILKENS

Aufwärtstrend hielt an

Ww. Bremen

Bei Wilkens Bremer Silberwaren AG stieg der Umsatz 1963 um 6,5 Prozent auf 83,2 Mill. DM. Der Konzernumsatz betrug 101 Mill. DM (plus 5,3 Prozent). Die Umsatzentwicklung bei der Tochtergesellschaft M. H. Wilkens & Söhne GmbH lag mit einem Plus von 3,3 Prozent (knapp 42 Mill. DM) unter der der Muttergesellschaft. Traditionell und vom Anspruch her liegt bei dieser Gesellschaft ein besonderes Schwergewicht beim Silber, entsprechend führte der hohe Silberkurs in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres zu nicht unerheblichen Umsatzeinbußen bei echt silbernen Erzeugnissen. Bei der zweiten Tochtergesellschaft BSF Bremer Silberwaren GmbH stiegen die Gesamtumsätze „erfreulich" um knapp acht Prozent auf 33,5 Mill. DM. Noch stärker fiel die Umsatzausweitung bei der wichtigsten Produktgruppe der BSF aus – beim qualitativ hochwertigen Edelstahlbesteck. Der Aufwärtstrend der letzten Jahre hielt damit unverändert an.

Schwaches Geschäft für Mietwaggons

Py. Düsseldorf

Die über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der EVA GmbH (Groupe Bruxelles Lambert S. A.) verbundene Eisenbahn-Verkehrsmittel-AG für Transport und Lagerung (EVA AG), Düsseldorf, beklagt auch im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) die mangelnde Nachfrage der chemischen Industrie nach Mietwaggons. Auch von der Mineralölindustrie seien seit Jahren keine Impulse für Investitionen in den Wagenpark gekommen. Der Geschäftsbericht weist nur Investitionen von 18,7 (19,9) Mill. DM aus, die Abschreibungen lagen im gleichen Zeitraum bei 32,5 (31,6) Mill. DM. Dem gezahlten Pachtzins der EVA GmbH entsprechen die Umsätze der AG von 39,3 (39,9) Mill. DM. Dazu kommen 1,5 (1,5) Mill. DM an Beteiligungserträgen sowie 2,1 (1,1) Mill. DM an Erträgen aus Anlageabgängen und aus der Auflösung von Rückstellungen. An die EVA GmbH werden 3,1 (1,3) Mill. DM Gewinn abgeführt.

RAIFFEISENBANKEN BAYERN

Wachstum über Durchschnitt

DANKWARD SEITZ, München

Ein überdurchschnittliches Wachstum nicht nur innerhalb des bayerischen, sondern auch des deutschen Kreditgewerbes erzielten 1983 die bayerischen Raiffeisenbanken. Als Gründe für das gute Abschneiden nannte Hellmut Horlacher, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Raiffeisenverbandes, die Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr 1983, die hohe Bankstellendichte sowie ein wachsendes Interesse an genossenschaftlichen Leistungen. Besonders positiv habe sich das zinsgünstige Sonderkreditprogramm der genossenschaftlichen Bankengruppe zur Finanzierung von Investitionen in mittelständischen Betrieben ausgewirkt, das von der DG-Bank, Frankfurt, angeboten wurde. Von den insgesamt fünf Mrd. DM seien allein in Bayern 1,2 Mrd. DM vermittelt worden.

Die Gesamtbilanzsumme der 942 (962) bayerischen Raiffeisenbanken erhöhte sich 1983 um 11,7 (11,6) Prozent auf 55,6 Mrd. DM. Die Kreditinstitute in Bayern konnten dagegen nach Angaben von Horlacher im Schnitt einen Zuwachs von 7,3 Prozent verzeichnen. Günstige Konditionen sowie zunehmende Investitionsneigung ließen die Kreditnachfrage steigen. Das gesamte Kreditvolumen erhöhte sich um 12,4 (10,1) Prozent auf 34,2 Mrd. DM. Dabei nahmen die langfristigen Forderungen um 15,8 (10,1) Prozent auf 21,3 Mrd. DM zu, während die kurz- und mittelfristigen Ausleihungen nur um 7,3 (9,4) Prozent auf 12,9 Mrd. DM stiegen.

Auf der Einlagenseite, die einen Zugang von 9,3 (11,9) Prozent auf 45,6 Mrd. DM verzeichnete, kam es zu einer deutlichen Verschiebung der Anlagepräferenzen. Favorisiert wurden die Spareinlagen, die ein Plus von 10,2 (7,1) Prozent auf 25,6 Mrd. DM ausweisen. Die Termineinlagen erhöhten sich dagegen nur leicht um 1,1 (17,0) Prozent auf 10,3 Mrd. DM.

Bedeutend verbessert hat sich 1983, so Horlacher, die Größenstruktur der bayerischen Raiffeisenbanken. Der Anteil der Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von unter 10 Mill. DM hat sich halbiert. Nur von 21 angeschlossenen Instituten wird dieser Wert nicht erreicht.

AIRBUS / Bonn will Entwicklung des A 320 fördern

„Wende am Flugzeugmarkt"

dpa/vwd, Bonn, J. Sch, Paris

Das Bundeskabinett wird heute grünes Licht für die Förderung der neuen Kurzstreckenversion des Airbus geben. Das verlautete aus Regierungskreisen in Bonn. Danach wird die Ministerrunde für den rund 150sitzigen A 320 insgesamt über 1,5 Milliarden Mark an bedingt rückzahlbaren Zuschüssen für die Entwicklung des Flugzeugs bis 1990 billigen.

Sehr zuversichtlich beurteilt das europäische Flugzeugbaukonsortium Airbus Industrie die Entwicklung des zivilen Flugzeugmarktes. Bereits in den nächsten Monaten könnte nach dreijähriger Rezession die Erholung beginnen, heißt es in einer Pressemitteilung der Gesellschaft. Das würde ab 1985 zu einer Zunahme der Auslieferungen auch von Airbus-Flugzeugen führen.

Ihren Optimismus stützt die Gesellschaft auf die Tatsache, daß sich weltweit, vor allem in den USA, ein wirtschaftlicher Aufschwung angebahnt hat. Und die Nachfrage nach neuen Flugzeugen sei bisher immer von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig gewesen.

Für die nächsten zwanzig Jahre veranschlagt die Airbus Industrie den Bedarf an Verkehrsflugzeugen mit 100 bis 600 Plätzen weltweit auf 8000 Einheiten. Dabei ist ein jährliches Wachstum des Passagieraufkommens von fünf bis sechs Prozent und eine normale Flottenerneuerung unterstellt. Dieser Neubedarf würde einer Fertigungsrate von etwa einem Flugzeug pro Tag entsprechen.

An Langstreckenflugzeugen wird ein Bedarf von 1300, an Kurz- und Mittelstreckenflugzeugen mit einem Mittelgang von 3200 und mit zwei Mittelgängen von 3400 erwartet. Wenn die Airbus Industrie ihre Projekte A 320, TA 9 und TA 11 verwirklicht, könnte sie ein komplettes Flugzeugspektrum anbieten.

Die Verkaufsaussichten der Flugzeughersteller bezeichnen die Airbus Industrie bis zum Ende dieses Jahrhunderts als „gut", und das nicht nur wegen der erwarteten Belebung des Passagierverkehrs.

PHILIP MORRIS

Ertragskraft ist ungebrochen

J. BRECH, Hamburg

Für den US-Konzern Philip Morris endete das Geschäftsjahr 1983 zum 30. Mal in Folge mit einem Rekordergebnis. Der zweitgrößte Zigarettenkonzern der Welt steigerte den Umsatz um 12 Prozent auf 13 Mrd. Dollar (rund 35 Mrd. DM) und den Betriebsgewinn um 14,1 Prozent auf 2 Mrd. Dollar. Als Reingewinn weist Philip Morris mit 903 Mill. Dollar 15,6 Prozent mehr aus. Die Nettorendite verbesserte sich von 4,7 auf 4,9 Prozent. Für deutsche Tabakkonzerne ist eine solche Rentabilität auf absehbare Zeit ins Reich der Träume entrückt.

Tragende Säule blieb bei Philip Morris das weltweite Zigarettengeschäft. In den USA verbesserte das Unternehmen den Marktanteil von 32,8 auf 34,4 Prozent. Im Gegensatz zur Branche hielt Philip Morris den Absatz trotz einer Verdoppelung der Bundesverbrauchssteuern.

Einen Rückgang des Betriebsgewinns um 18 Prozent mußte der Konzern dagegen im internationalen Zigarettengeschäft hinnehmen. Preiskämpfe auf wichtigen Märkten, Preiskontrollen, Einfuhrbehinderungen und der starke Dollar drückten auf das Ergebnis. Zur negativen Entwicklung hat auch die Philip Morris GmbH, München, beigetragen, die *1983 aufgrund der Preiskämpfe auf* dem deutschen Markt allenfals graue Zahlen schrieb. Mit einem Absatz von 245 Mrd. Zigaretten ist Philip Morris zu etwa 6,5 Prozent am Weltmarkt (außer USA) beteiligt.

Trotz Absatzeinbußen sprudelten die Gewinne im zweiten großen Philip-Morris-Bereich um so munterer. Die Miller Brewing Company, zweitgrößte Brau-Gruppe der Welt, verbesserte das Betriebsergebnis um 43,1 Prozent auf 227 Mill. Dollar. Zum Umsatz von 2,9 Mrd. Dollar steuerte einen guten Teil die hochpreisige Marke „Löwenbräu" bei, die Philip Morris in Lizenz für die USA braut. Im Herbst hat Philip Morris zu „volkstümlichen" Preisen zudem die Marke „Meister Bräu" eingeführt.

Noch nicht beendet ist die Konsolidierungsphase bei dem Limonaden-Unternehmen „Seven Up". Der Umsatz stieg zwar um 22,5 Prozent auf 650 Mill. Dollar, doch der Betriebsverlust schnellte auf 10,8 Mill. Dollar. Bei „Seven Up" investierte Philip Morris seit der Übernahme 1978 kräftig in den Markt, ohne daß sich der durchschlagende Erfolg eingestellt hat.

PEINE-SALZGITTER / Vorstandschef Adams geht

Vor hohen Investitionen

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter

Beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehen die „Aufräumarbeiten" im personellen Bereich weiter. Jüngstes Glied in der Kette ausscheidender Top-Manager ist Peter Adams, seit sieben Jahren Vorstandsvorsitzender der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S). Im gegenseitigen Einvernehmen, so heißt es, ist Adams mit Wirkung vom 20. Februar aus dem Vorstand ausgeschieden.

Nachfolger des 54jährigen Adams, ist Kurt Stähler, im P+S-Vorstand bislang zuständig für den Bereich Technik. Außerdem wurde Jürgen Meyer mit dem Zuständigkeitsbereich Verkauf in den Vorstand berufen. Meyer ist zugleich Vorstandsmitglied der Holding Salzgitter AG und dort verantwortlich für den Bereich Großanlagenbau und Energie.

Auf seiner Sitzung am 20. Februar genehmigte der Aufsichtsrat ferner ein Investitionsprogramm in Höhe von 450 Mill. DM. Die einzelnen Vorhaben sind Bestandteile des Umstrukturierungskonzeptes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 700 Mill. DM. Die Schwerpunkte der Investitionen liegen nach Angaben des Unternehmens beim Profilstahl (Werk Peine) und im Flachstahlbereich (Werk Salzgitter).

Die Rationalisierung und Umstrukturierung der Fertigung von schwerem Profilstahl erfordere 80 Mill. DM. Im Flachstahlbereich zielen die Investitionen auf Feinblech. Neben der Installation eines fünften Gerüstes (70 Mill. DM) wurde der Bau einer elektrolytischen Verzinkungsanlage genehmigt (60 Mill. DM). Damit erhöhe sich die Verarbeitungstiefe für oberflächenveredeltes Feinblech.

Die Großprojekte, so heißt es weiter, würden durch investive Einzelmaßnahmen zur Qualitätssicherung, Rationalisierung und Energieeinsparung ergänzt. Verbunden damit sei die Reduzierung der Belegschaft um 3250 Mitarbeiter bis Ende 1985 und die technische Anpassung der Kapazitäten. P+S weist für 1982/83 (30. 9.) bei 90 Mill. DM außerordentlichen Erträgen einen Bilanzverlust von rund 160 Mill. DM aus.

KKB / „Vorwürfe sind falsch und unzulässig"

Streit um den Ratenkredit

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wenn nötig, setzen wir uns auch weiterhin gerichtlich zur Wehr." Mit diesem Tenor nimmt jetzt die KKB Bank KKaA, Düsseldorf, zu den „falschen und unzulässigen" Vorwürfen Stellung, mit denen deutsche Verbraucherzentralen seit Mitte 1983 und neuerdings mit Hauptzielrichtung auf diesen Marktführer unter den deutschen Teilzahlungsbanken die Ratenkredit-Konditionen mit dem Odium des sittenwidrigen Übervorteilens ahnungsloser kleiner Kunden brandmarken.

Erste Etappen der Gegenwehr: Per einstweiliger Verfügung wurde der Verbraucherzentrale Düsseldorf das weitere Verbreiten „falscher Behauptungen gegen die Bank" untersagt, die sich Schadenersatzansprüche offenhält. Aus sechs von KKB-Kunden angestrengten Gerichtsverfahren wurden bislang vier erstinstanzlich so entschieden, daß der Vorwurf der Sittenwidrigkeit gegen das Geschäftsgebahren der Bank unberechtigt sei. Das Angebot der Verbraucherzentrale Hamburg zu einer Generalvereinbarung zwecks Abwicklung „rechtlich problematischer Ratenkredite" wurde nunmehr von der Bank kategorisch abgelehnt.

Kernpunkte der KKB-Gegenwehr: Rechtlich einwandfrei und zumal wegen der für jede Teilzahlungsbank höheren Kleinkreditkosten sei nun einmal der Ratenkredit teurer als der von der Bundesbank allmonatlich berechnete „Schwerpunktzins". Mehr als die Kostendeckung und eine nach Risikovorsorge „vernünftige" Rendite kalkuliere man nicht. Schließlich habe man ja auch vordringlich die langfristige Interessenidentität zwischen den 470 000 Kreditnehmern der Bank und ihren 600 000 Sparern im Auge, wofür im übrigen auch der rege Bankenwettbewerb sorge.

Notfälle bei Kreditnehmern regele man seit eh und je möglichst kulant. Dies allerdings, fügt der KKB-Vorstand süffisant hinzu, leider ohne die hier zur Mitwirkung im Einzelfall aufgeforderten Verbraucherzentralen.

PHB WESERHÜTTE

Starkes Bein in Frankreich

J. G. Düsseldorf

Eine „breit angelegte Kooperation" im internationalen Anlagengeschäft mit Frankreichs Creusot-Loire-Konzern hat die Kölner PHB Weserhütte AG begonnen. Aus dem Pariser Konzern wird der auf Massengut-Transportanlagen spezialisierte Bereich Delattre-Levivier (etwa 100 Mill. DM Umsatz) in eine neue Gesellschaft eingebracht, an der sich PHB mit 65 Prozent beteiligt. Gleichfalls in die neue Gesellschaft bringt PHB seine unlängst auf verwandtem Arbeitsgebiet erworbenen zwei Frankreich-Beteiligungen ein. Mit einem Gesamtumsatz von dann 200 Mill. DM schafft sich PHB auf diese Weise einen großen und durch weitere Zusammenarbeit mit Creusot-Loire noch ausbaufähigen Stützpunkt in Frankreich. Er rangiert im Geschäftsvolumen schon jetzt dicht hinter den Australien-Engagements der PHB-Gruppe., PHB gehört zu etwas mehr als der Hälfte der Kölner Otto-Wolff-Gruppe und mit dem Rest fast nur dem Hoechst-Konzern.

Müller eröffnete 100. Drogeriemarkt

nl. *Stuttgart*

Mit einer Neueröffnung in Füssen verfügt die Drogeriemarkt Müller GmbH, Ulm, nunüber ein Netz von über 100 Filialen. Der geschäftsführende Gesellschafter Erwin Müller plant weiterhin, die Zahl der Filialen um jährlich zehn bis zwölf aufzustokken. Der Ulmer Unternehmer, der über die Umsatzentwicklung keine Auskunft gibt, hatte sich vor drei Jahrzehnten als Friseurmeister selbständig gemacht. Vor zehn Jahren begann er in Ulm mit dem Aufbau einer Drogeriemarkt-Kette Mit seinem Filialnetz, das aus Läden mit Verkaufsflächen zwischen 150 und 1300 qm besteht, deckt er ein Gebiet von Wetzlar bis Garmisch-Partenkirchen ab. Eine Ausdehnung weiter nach Norden sei nicht vorgesehen Sein Rezept: Großsortiment zu dauerhaften Niedrigpreisen, gute Ausstattung und Fachberatung. Im Sortiment des Unternehmens, das 2250 Mitarbeiter beschäftigt, befinden sich neben Drogerie-Artikeln auch Handarbeitsartikel, Schallplatten und Cassetten.

Der Berufshandel stieg wieder aus

Bei äußerst geringer Kaufneigung abgeschwächte Aktienkurse

DW. – Die Zuspitzung des irakisch-iranischen Krieges und der Lage im Libanon haben den Berufshandel nervös gemacht. Weil außerdem wegen des amerikanischen Feiertages vom Montag die Richtschnur der Wall Street-Tendenz fehlte und der Dollar am Dienstag erneut fester tendierte, verkaufte er die Bestände, die er in den letzten Tagen voller Optimismus aufgebaut hatte. Ausländische Anleger waren nicht im Markt, und die inländische private Bankenkundschaft hielt sich weiter zurück.

„Prügelknaben" waren erneut die Autopapiere. BMW, Daimler-Benz und Mercedes Holding wurden um jeweils 8 DM zurückgenommen. Am Farbenmarkt gingen die Notierungen bis um 3 DM zurück (BASF und Bayer). Bei den Elektrowerten verminderten Siemens wieder unter die Vierhundertmarke, zeitweise um sieben DM auf 395 DM. Versorgungswerte ebenfalls nachgebend. Am Bankenmarkt sanken Bayerische Vereinsbank um 8 DM auf 344 DM. Gewinnmitnahmen unter den Stahlpapieren bei Klöckner (minus 1,50 DM). Maschinenbauer auch abgeschwächt. Warenhäuser gaben bis um 4 DM nach (Karstadt).

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 5 DM auf 280 DM und Keramag um 7 DM auf 190 DM. Leffers gaben um 4 DM auf 451 DM nach und Schiess um 4 DM auf 118,50 DM. Bilfinger erhöhten um 4 DM auf 199 DM und Kochs Adler um 15 DM auf 395 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 50 DM auf 3600 DM und Allianz Vers. 16 DM auf 801 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach, von Nebenwerten blieben Chemieverwaltung 315 DM plus 15 DM, Deutsche Atlanten 411 DM minus 14 DM, Stolberger Zink 1080 DM plus 60 DM. BHF-Bank-Bezüge 13,10 DM bei 50 000 Stück Umsatz, Holzmann 435 DM minus 19 DM und Deutsche Linoleum 293 DM minus 7 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM auf 100,10 DM und NWK-Vorz. um 1 DM auf 186 DM nach. Den größten Abschlag erlitten Beiersdorf bei 360 DM (minus 8 DM. Reichelt wurden mit 137 DM (minus 2 DM) und Triton mit 137,20 DM (minus 2,30 DM) gehandelt. Haller Meurer stiegen um 4 DM auf 208,90 DM.

München: Agrob St. erhöhten um 5 DM und Augsburger Kammgarn um 2 DM. Etienne Aigner verminderten um 1,50 DM und Dywidag um 2 DM. Gehe AG gaben um 7 DM und Leonische Draht um 2,50 DM nach. NAK Stoffe verloren 0,30 DM und Otto Stumpf 0,50 DM. Erhöhen konnten Deckel AG um 2 DM, Flachglas um 5,50 DM und Wanderer AG um 1 DM.

Berlin: Rheinmetall legten 3 DM zu. Berthold gaben um 5 DM, Schering um 4 DM, DUB-Schultheiss um 2,50 DM und Herlitz Stämme um 2 DM nach. Berliner Kindl mußten um 1,80 DM, Bekula und Orenstein um je 1 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 21. 2.: 151,7 (153,8); WELT-Umsatzindex vom 21. 2.: 3164 (3511)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	21. 2.	20. 2.
H AachM Beteil. 9	950	955
H Aach. M. Vers. 6+1	319bG	319
D Aach. Rück. 9	1035	1030
D Aseag *4	200G	200G
M Ack-Gögg 0	135bB	137
H Adca 0	131	134,5
D Adler 9	310G	315G
F Adt AG 4	160,2	160,2
F AEG-Telef. 0	107,5	102,7
D AEG-Kabel 7,5	280T	285T
S Aesculap 8	334	325
F AGAB 5	128	128,5
D Agrippina *7	635G	635G

	21. 2.	20. 2.
H Breitenb.-C. *28	530G	525G
H Br. Straßb. *0	540G	540G
H Br. Vulkan 0	47,5	47,5
H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	132	134,5
F BBC 6	229	233bG
S BSU Textil %28	1300G	1500G
D Buckau-W. 0	128	127
D Buderus *12	445G	445G
M Bgl. Br. Ing. *11+1	755G	755G
S Bgl. Brh. Rav. *0	370TB	370TB
S Calw D. **18	679	675G
F Cassella *7	500	500bG

	21. 2.	20. 2.
M En. Ostb. 5	296G	296bG
H Elbkraft 0	53B	53,1
B Engelhardt 7	242G	242G
D Enka 2,67	171	172,5
M Erlus 10	467B	470
M Erste Kulmb. 8	940bG	950G
S esbi *0	18,9	18,4bG
S Essl. Masch. *10	510G	510G
M Esterer **10	505B	505
D Farb. Liqu. RM 0	11	11,2
F Flachglas 8	270	277
D Ford *0	1170T	1170T
B Forst Ebn. *4	1750G	1750G

	21. 2.	20. 2.
H Holsten-Br. 6	280	280
F Holzmann 10	435	454
D Horten 0	198,2	198
B Hw. Kayser *12	300G	300G
D Hussel 7	261G	262
D Hута Heg. 0	71T	74T
M Hutschenr. 9	263G	263bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	445G	445G
D IKB 7	191	192G
S IWKA 0	216	223
M Isar-Amper 6	300bG	300bG
D Isenbeck *9,5	310T	320T

Hongkong

	21. 2.	20. 2.
China Light + P.	12,90	13,20
Hongkong Land	3,62	3,70
Hongk. + Sh. Bk.	8,70	8,7
Hongk. Teleph.	45,50	45,25
Hutch. Whampoa	17,80	17,50
Jard. Matheson	12,70	12,90
Swire Pac. + A +	17,80	18,10
Wheelock + A +	3,67	3,67

Wien

	21. 2.	20. 2.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	213
Gösser-Brauerei	327	324
Länderbank Vz.	215	215
Österr. Brau AG	296	295
Perlmooser	335	330
Reininghaus	300	–
Schwechater Br.	156	157
Semperit	–	106
Steyr-Daimler-P.	157	158
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	211	211
Index	55,35	55,40

Kopenhagen

	21. 2.	20. 2.
Den Danske Bank	326	325
Jyske Bank	658	655
Kopenh. Handelsbk.	274	274
Novo Industri	2620	2635
Privatbanken	308	307
Ostasiat. Komp.	204	199
Dan. Sukkerfabr.	720	720
For. Bryggerier St.	1095	1080
Kgl. Porz. Fabr.	410	405

Brüssel

	21. 2.	20. 2.
Arbed	1394	1378
Brux. Lambert	2395	2400
Cockerill Ougrée	208	207
Ebes	2550	2550
Gevaert	3008	3055
Kredietbank	6900	6950
Pétrofina	6905	6908
Soc. Gén. d. Belg.	1750	1720
Sofina	5490	5460
Solvay	3705	3680
UCB	4850	4720
Index	–	–

Singapur

	21. 2.	20. 2.
Cycle + Car.	5,80	5,80
Cold Storage	4,70	4,66
Dev. Bk. of Sing.	9,95	9,85
Fraser + Neave	6,30	6,30
Kl. Kepong	3,14	3,80
Mal. Banking	9,95	9,80
Nat. Iron	5,70	5,80
OCBC	11,20	11,00
Sime Darby	2,63	2,57
Singapur Land	5,80	5,90
Un. Overs. Bank	5,70	5,55

Sydney

	21. 2.	20. 2.
ACI	1,80	1,85
Ampol. Explor.	4,30	4,30
Bk. New S. Wales	3,62	3,75
Bridge Oil	3,34	3,30
Brok. Hill. Prop.	13,80	15,90
Coles	3,78	3,80
CRA	5,36	5,44
CSR (Theiss)	3,83	3,86
Metals Expl.	0,62	0,62
MIM-Holdings	3,33	3,45
Myer Emporium	1,92	1,90
North Broken Hill	2,88	2,92
Oakbridge	1,00	0,99
Peko Wallsend	5,76	5,76
Poseidon	4,32	4,35
Thomas Nat. Tr.	2,15	2,15
Waltons Bond	0,55	0,55
Western Mining	4,05	4,10
Woodside Petr.	0,96	0,98
Index	744,50	751,00

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1600,00	1938,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	666,90
1 £Sovereign alt	244,00	300,96
1 £Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	188,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	257,00	320,34
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1066,00	1255,14
Maple Leaf	1066,00	1255,14
Platin Noble Man	1095,00	1288,20

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	263,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	202,00	254,22
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	567,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 2. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4])	Ankauf	Verkauf
New York[2])	2,7044	2,7124	2,6803	2,66	2,75
London[1])	3,914	3,928	3,888	3,85	4,00
Dublin[1])	3,072	3,086	3,032	3,00	3,15
Montreal[2])	2,1623	2,1703	2,1448	2,12	2,21
Amsterd.	88,550	88,770	88,625	87,50	89,50
Zürich	121,930	122,130	122,02	120,75	123,50
Brüssel	4,874	4,894	4,805	4,63	4,83
Paris	32,335	32,495	31,845	31,50	33,25
Kopenh.	27,325	27,445	27,085	26,25	28,25
Oslo	34,130	35,250	34,480	34,25	36,00
Stockh.**)	33,730	33,890	33,385	32,75	34,50
Mailand[3]) **)	1,612	1,628	1,574	1,57	1,67
Wien	14,161	14,201	14,168	14,08	14,31
Madrid**)	1,746	1,756	1,694	1,65	1,75
Lissabon**)	2,000	2,020	1,90	1,60	2,40
Tokio	1,1540	1,1570	–	1,11	1,17
Helsinki	46,860	46,860	45,68	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	14,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,6170	2,6710	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5310	2,5400	–	2,47	2,58
Johannesbg.*)	2,2005	2,2185	–	1,98	2,23

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar profitierte am 21. 2. von einer erneuten Dollarbefestigung um 1/16 Prozentpunkt, wodurch sich die Zinsdifferenz im Sechsmonatsbereich auf 4,5 Prozent gegenüber dem D-Mark-Bereich erweiterte. Auch die erneuten Unruhen im Persischen Golf schienen dem US-Dollar zu nützen. Nach festerem Beginn von 2,6940 wurde zeitweise ein Kurs von 2,7150 erreicht. Die amtliche Notiz kam mit 2,7084 ohne die Beteiligung der Bundesbank zustande. Den stärksten Tagesgewinn verzeichnete das Englische Pfund mit 8,7 Promille auf 3,921, worin sich der Ölproduzent zeigte. Der freundliche Dollarkurs sorgte auch für die Entspannung im EWS, wenn auch die Dänen-Krone auf ein neues historisches Tief von 27,385 fiel. US-Dollar in: Amsterdam 3,0580; Brüssel 55,49; Paris 8,3560; Mailand 1674,00; Wien 19,1020; Zürich 2,2195; Ir. Pfund/DM 3,078; Pfund-Dollar 1,4477; Pfund/DM 3,921.

Ostmarkkurs am 21. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die nochmals höheren Dollar-Zinssätze waren am 21. Februar für größere Deports gegen D-Mark verantwortlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,88/2,78	5,68/5,48
Pfund/Dollar	0,09/0,106	0,30/0,33	0,65/0,70
Pfund/DM	1,70/0,30	3,90/2,50	6,90/5,50
FF/DM	29/13	85/69	161/145

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 2.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,0 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 8,50 (7,60). (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 8,50 (7,63) – 8,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,94. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

Auch der Rentenmarkt gab nach

Bei den festverzinslichen Wertpapieren verstimmten wie bei den Aktien die Nah- und Mittelostkrise sowie der festere Dollarkurs. Die Notierungen gaben darum weiter nach. Bei den öffentlichen Emissionen machten die Kursrückgänge bis etwa 0,35 Prozentpunkte aus. DM-Auslandsanleihen wurden knapp behauptet, bis um einen Achtelpunkt leichter gehandelt. Verstimmt und weicher verkehrte auch der Markt der Pfandbriefe und Kommunalobligationen.

	21. 2.	20. 2.
M 5½ Bayer. Hyba. Pf 14	92bG	92,25G
6 dgl. Pf 20	82bG	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75bG	96G
7 dgl. Pf 3	95,25bG	95,75G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78,25G	78,25G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	83,25G	83,25G
6 dgl. KS 1	90,3G	90,3G

	21. 2.	20. 2.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
8 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	79	79
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,2G	94,2G
8 dgl. Pf 73	100,85G	100,85G
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 98	82G	82G
6½ dgl. Pf 80	90,4G	90,4G
8 dgl. Pf. 248	100,8	100,8

	21. 2.	20. 2.
M 5 Vertbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 85	79G	79G
7 dgl. Pf 100	100,1bG	101,1G
D 8 West.LB Pf 350	101,3G	101,3G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	106,75G	106,75G
8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 558	100,55G	100,55G
8¼ dgl. KS 420	96G	96G
9¼ dgl. KO 1301	105,85G	105,85G
8¾ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,55G	100,55G

		21. 2.	20. 2.
8 dgl. 83 S.41	5/88	100,15	100,15
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,2	100,2
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,2	100,2
8¼ dgl. 83 S. 44	12/88	101,2bG	101,2bG

Bundesbahn

		21. 2.	20. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,15G	100,15G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9	100,9
8¾ dgl. 76	9/84	101	101
8 dgl. 78 II	11/84	99,8	99,8

Bankschuldverschreib.

	21. 2.	20. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	82G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakolb Pf 104	100,75G	100,3G
9 dgl. Pf 108	103G	103G
10 dgl. Pf 109	108,45G	107,45G
7 dgl. KS 132	96G	95G
8 dgl. KS 155	100G	99T
9 dgl. KS 169	102,9G	102,4G

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit größeren Einbußen ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Deutliche Abschläge mußten Kaffee und Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 2	17. 2
März	328,75	333,50
Mai	328,25	332,00
Juli	322,50	326,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 2.	17. 2.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	244,30
Amber Durum	geschl.	231,85

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 2.	17. 2.
März	123,30	123,50
Mai	125,00	125,50
Juli	126,80	127,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 2.	17. 2.
März	145,70	146,80
Mai	140,80	141,90
Juli	135,75	136,50

Kakao New York ($/t)	21. 2.	17. 2.
Terminkontr. März	2371	2455
Mai	2295	2376
Juli	2270	2355
Umsatz	4064	6932

Zucker New York (c/lb)	21. 2.	17. 2.
Kontrakt Nr. 11 März	6,74	6,59
Mai	7,09	6,86

Zucker London (£/t)	21. 2.	17. 2.
März	119,50–119,75	117,00–117,50
Mai	125,75–126,00	123,50–123,75
Umsatz	558	1661

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 2.	20. 2.
schw. Sarawak spez.	400,00	405,00
weißer Sarawak	672,50	677,50
weißer Muntok	680,00	685,00

Talg New York (c/lb)	21. 2.	17. 2.
top white	18,50	18,50
fancy	18,00	18,00
bleichfähig	17,75	17,75
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)	21. 2.	17. 2.
Apr.	45,45	45,00
Juni	52,15	51,45
Juli	43,85	–

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	21. 2.	17. 2.
Febr.	82,40	82,40
März	82,65	82,50
Mai	64,35	64,20

	21. 2.	17. 2.
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	810,00	810,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	203,00	201,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1230,00	1210,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,50	301,50

	21. 2.	20. 2.
Stahl London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 2.	20. 2.
Febr.	13 903	13 915
März	13 895	13 907

Kautschuk London (p/kg)	21. 2.	20. 2.
Nr. 1 RSS loco	83,00–84,50	82,25–84,50
März	82,10–84,30	81,50–84,00
April	82,00–85,00	82,00–84,00
April/Juni	84,10–84,20	83,00–83,10

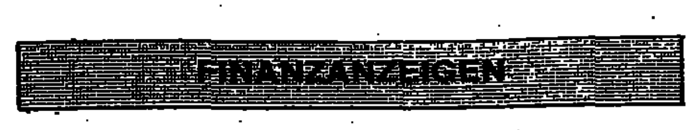
Tendenz: ruhig

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	21. 2.	20. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380–393	377–391
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431–434	429–432
MS 63	427–432	425–430

	21. 2.	20. 2.
Silber (p/Feinunze) London Kasse	639,30	631,60
3 Monate	653,65	645,95
6 Monate	668,85	660,85
12 Monate	699,30	691,00
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	271,55	270,75
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	111,65	111,15



Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen

Aktiengesellschaft

Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

5,5-%-Hypotheken-Pfandbriefe Emission 65 J/J – 241 019 –
5,5-%-Hypotheken-Pfandbriefe Reihe 61 J/J – 318 045 –
6 -%-Hypotheken-Pfandbriefe Reihe 62 J/J – 318 046 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und Berlin (West) vorgenommen werden.

Frankfurt am Main – Bremen, im Februar 1984 Der Vorstand



HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AG

Bekanntmachung

über die 17. Auslosung unserer 5¾%-Anleihe von 1962
(Wertpapier-Kenn-Nr. 365 806)

In der am 20. Februar 1984 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind folgende zweistellige Endnummern gezogen worden:

14 18 19 21 53

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen, deren Nummern in den letzten Stellen (Zehner und Einer) mit *einer der gezogenen Nummern übereinstimmt.* Die **Einlösung** der ausgelosten Stücke erfolgt ab **1. Juni 1984** zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibungen und der noch nicht fälligen Zinsscheine per 1. Dezember 1984 uff. bei nachstehend verzeichneten Banken und Niederlassungen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –; Commerzbank AG; Berliner Commerzbank AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Vereinsbank; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Conrad Hinrich Donner; Dresdner Bank AG; Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.; Vereins- und Westbank AG; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Die **Verzinsung** der jetzt ausgelosten Schuldverschreibungen endet am 31. Mai 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag abgezogen.

Restanten: Per 1. 6. 1983 Stücke mit den Endnummern 31, 47.

Hamburg, im Februar 1984 **DER VORSTAND**



HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AG

Bekanntmachung

über die 8. Auslosung unserer 7½%-Anleihe von 1971
(Wertpapier-Kenn-Nr. 365 821 bis 365 830)

In der am 20. Februar 1984 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung ist folgende Serie gezogen worden:

Serie 1	**Kenn-Nr. 365 821**
Stück 4500 über je DM 100,–	Nr. 000 001 – 004 500
Stück 3000 über je DM 500,–	Nr. 045 001 – 048 000
Stück 4500 über je DM 1000,–	Nr. 075 001 – 079 500
Stück 710 über je DM 5000,–	Nr. 120 001 – 120 710

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen der vorstehenden Serie. Die **Einlösung** der ausgelosten Stücke erfolgt ab 1. Juni 1984 zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibungen und der noch nicht fälligen Zinsscheine per 1. Dezember 1984 uff. bei nachstehend verzeichneten Banken und ihren Niederlassungen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –; Commerzbank AG; Berliner Commerzbank AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Vereinsbank; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Conrad Hinrich Donner; Dresdner Bank AG; Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.; Vereins- und Westbank AG; *M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.*

Die **Verzinsung** der jetzt ausgelosten Schuldverschreibungen endet am 31. Mai 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag abgezogen.

Restanten: Per 1. 6. 1981 Stücke aus der Serie 3;
per 1. 6. 1982 Stücke aus der Serie 8;
per 1. 6. 1983 Stücke aus der Serie 9.

Hamburg, im Februar 1984 **DER VORSTAND**

STELLENANGEBOTE

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

STELLENGESUCHE

Kostentransparenz

Nicht nur in mittelständischen Unternehmen wird ein rechtzeitiges Agieren durch Kostentransparenz erst möglich.
Staatl. gepr. Betriebswirt, 34, ungek., bietet Erfahrungen im Einsatz von **Führungsinstrumentarien** und entsprechende Umsetzung auf **EDV** (Systeme Nixdorf 8870, IBM/34 und Ansätze/38). Problemlösungen in Fibu, L/G, Deckungsbeitrag, Kostenstellen, Fakturierung, Verkaufsstatistik. Führungserfahrung in versch. Branchen, an Mio.-Umsätze u. große Zuwachsraten gewöhnt. Suche neuen Wirkungskreis mit Leistungsfunktion, der Kreativität, Eigenständigkeit und kfm. Forschen erfordert.
Angeb. erb. unt. PR 47 530 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

WELTWIRTSCHAFT / VERKEHR

Diplom-Volkswirt, Dr., Anfang 40, ungek., sucht in Hamburg oder Schleswig-Holstein berufl. befriedigende, relativ selbständige Position für Analyse, Beratung, Publikation mit Schwerpunkt in den Bereichen Außenwirtschaft / Seeverkehr. Langjährige, eingehende einschlägige Berufserfahrungen in der Wirtschaft, zahlr. Veröff., vielseitige Spr.kts., Präd.examina. – Zuschr. unt. PH 47580 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Marktorientierte techn. Führungskraft, Dr.-Ing. Maschinenbau

41, verh., langjährige Führungserfahrung in Konstruktion + Entwicklung, Marketing + techn. Vertrieb, EDV, Berechnung, Fertigung, Englisch verhandlungssicher, belastbar, ungek., sucht Position auf

Geschäftsleitungsebene

z. B. Nachfolge in mittelst. Untern. zur Stärkung der Marktposition durch marktbezogene Technik. – Ang. erb. u. X 4330 an Welt-Verlag, Postfach, 10 08 64, 4300 Essen

Deutsche Firmen verschlafen derzeit ihre

Chancen in Südostasien
– einem Markt von 280 Millionen –

Blitzbesuche genügen nicht mehr. Der Kunde hier verlangt heute den kontinuierlichen persönlichen Einsatz Ihres Mannes vor Ort:

Deutscher, Ende 30, verh., mehrsprachig, langjährige Berufserfahrung als techn. Außenhandelskaufmann (Maschinen/Anlagen) im asiatischen Raum.

Zuschriften erb. u. 3817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst Schleswig Holstein/Hamburg

mit Marktführerprodukt, Spitzenkontakten z. Sanitär-/Heizungsgroßh., ungek., Mitte 30, will sich kurz- o. langfr. veränd. Ang. erb. u. PR 47 701 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Kinderkrankenschwester

32 J., nicht ortsgebunden, langjährige Berufserfahrung (Kinderklinik, Frauenklinik, Kinderarztpraxis) sucht Arbeitsstelle möglichst außerhalb der Klinik, z. B. Mütterberatung, Elternschulungskurse, auch Kinderbetreuung im privaten Bereich, sehr gerne Ausland. Sprachkenntnisse: Englisch u. Spanisch. Angeb. erb. u. D 4336 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter, 43, Agentur-, Industrie-, Messeerf., f. nordd. Raum. Zuschr. u. PU 47 723 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Translator/Interpreter (27)

University of London, with international experience, employed in sales/exports division and marketing, ventures for incentive position in Middle or Far East. German nationality. Firm in German, Dutch, English and French.

Zuschr. erb. u. W 4351 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH) Chem. Technik

45 Jahre, Laborant u. Chemotechniker, Erfahrung in Gaserzeugung, mehrjähriger Produktionsleiter in chem. Betrieb u. Lebensmittelindustrie, sucht Stellung als Assistent/Leiter in Technikum/Betrieb. möglichst Großraum Hamburg. Zuschr. erb. u. PT 47 722 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Polizeibeamter

30 J., verh., 12 Dienstjahre, ungekündigt, Fahnder u. Personenschützer, MEK/SEK-Ausbildung, sucht Tätigkeit i. d. Bundesrepublik Deutschland oder im englischsprachigen Ausland.

Angebote erb. u. PZ 47725 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

EDV-Vertrieb

Erfahrener EDV-Verkäufer sucht im norddeutschen Raum neuen Wirkungskreis. Angebote erb. unter P 4345 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

41 J., langjährige Erfahrung in der Datenverarbeitung und Organisation, Branchenerfahrungen in Industrie u. Handel, gute Englischkenntnisse, sucht interessante, verantwortungsvolle Aufgabe auf dem Gebiet der EDV-Organisation. NRW bevorzugt.
Ang. u. B 4334 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur/Hausmeister

36 J., verh., langj. Berufserf., gute Referenzen, an Vertrauensstellung interessiert. Angebot. erb. u. PW 47 724 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dänemark

deutscher Dipl.-Ing. (FH), 45 J., in ungekündigter Stellung, mit 20 J. Erfahrung in der Akquisition und Vertrieb im Bereich Gas-Wasser-Fernwärmetechnik, Rohr- und Anlagenbau, Bauwesen, sucht Wirkungskreis als Verkaufsrepräsentant für ein dänisches Unternehmen in Deutschland. Dänische Sprachkenntnisse vorhanden.
Ang. erb. u. E 4337 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sanierungsspezialist

(erfahrener Wirtschaftsvolljurist, Bankfachmann, Fernostkaufmann)

Tel. 0 40 / 59 57 68

Dipl.-Bauing. (Civil-Eng.)

43 J., 20jährige Berufspraxis vorwiegend im Straßen-, Brücken- und Tiefbau. 6 Jahre Auslandserfahrung in leitender Tätigkeit im englischsprachigen Ausland, sucht verantwortungsvolle Position. Sehr gute Englischkenntnisse, Französisch vorhanden. Angebote unter W 4329 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstmitarbeiter

32 J., verh., langj. Erf. Medizintechnik (Urologie, Dialyse, Kardiologie), s. gt. Kontakte in PLZ-Gebieten 4 + 5, sucht neuen, adäquaten Wirkungskreis unter dem Gesichtspunkt langfr. Zusammenarbeit. Branchenfremde Angebote angenehm. Zuschr. erb. u. PA 47726 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Werbefachfrau, 40 J.

werbefachl. Ausbildg., Werbefachschule, prakt. Erfahrungen: Prod.-Managem. (Marktführer), Agentur, Marktforschg., Werbemittelherstellg., Engl.- u. Franz.-Kenntnisse, sucht neue Aufgabe (Großraum HH bevorzugt). Ang. erb. u. PD 47 671 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Exportkaufmann

40 J., engl., franz., port., Tätigkeitsschwerpunkt: Bandstahlexp., nicht branchengebunden, sucht neue Aufgabe in Industrie oder Handel. Ang. erb. u. Y 4331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Mann

(30 Jahre), ortsunabhängig und arbeitswillig, sucht Tätigkeit im Bundesgebiet. Mechanikerbrief, Elektr. Paß I-IV, Führerschein II und III und Grundkenntnisse in Englisch vorhanden. Von 1970 bis 79 Tätigkeit in der Seeschiffahrt.
Ang. u. F 4338 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ing. (Dipl.-Ing./FH) und **Wirtsch.-Ing.** (Dipl.-Ing./FH), 28 J., flexibel, sucht interessante Anfangsstellung.
Angeb. erb. u. M 4343 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzierung – Versicherungen – Bausparen

Vertrieb – Schulung – Verkaufsförderung. Bundesweit erfahrener Außendienstfachmann, 41, sucht zum 1. 3. 84 neue Aufgabe.
Zuschriften unter H 4472 an WELT-Verlag, Posfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Geologe

Iraner, Absolvent der TU Clausthal mit Schwerpunkt Prospektion, ungek., sucht ausbaufähige Stellung im In- oder Ausland.
Zuschr. erb. u. N 4344 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Elektroingenieur (Energietechnik)

20 Jahre Berufserfahrung in Planung, Bauleitung und Vertrieb sucht verantwortungsv. Wirkungskreis im Raum Hannover im Bereich EVU-Industrie. Angebote u. L 4342 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

männl., 24, Studienschwerpunkte Industrie-, Betriebs- u. Organisationslehre, sucht Anfangsstellung.
Angeb. erb. u. PU 47 704 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Tischlermeister

36 J., verh., 2 Kinder, sucht interessante Aufgabe, Bereich Innenausbau-Bausektor, evtl. Fachberatung. Verkauf im Außendienst angenehm. Zuschriften erbeten unter E 4469 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Maschinenbau, ehem. selbst. Unternehmer, seit kurzem pensioniert, mit Wohnsitz in Salzburg, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit, verbunden mit repräsentativem Wirken. Eine interessante Aufgabe wird gerne ohne Entgelt, nur gegen Spesenverrechnung wahrgenommen.
Zuschr. erb. u. T 4336 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Berufserfahrener Detektiv

mit Ausbildereignung u. Waffenschein sucht Tätigkeit als Personenschützer o. übernimmt Sondereinsätze jeder Art.
Ang. erb. u. G 4339 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Heizungs- und Lüftungsbaumeister

DVGW/TRGI 1972 Sanitär, Schlosser, Außendiensterfahrung, sucht Außendiensttätigkeit auf Dauer, Sitz PLZ 52 bevorzugt.
Zuschr. unter G 4471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche ausbauf. Aufgabenstellung als Mittler zw. Produktion u. Vertrieb i. techn./kfm./organ. Ber. ab 1. 4. 84. Zur Person: 37 J., tätig i. Verk. (Innen- u. Außenh. i. Hamburg), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzber., viels., verantwortungsv., Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA. Chiffre PO 47 715 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.



Dipl.-Volkswirt, Dr. rer. pol.

34, Uni Paris und Göttingen, Schwerpunkte: Wirtschaftstheorie, -politik, intern. Wirtschaftsbeziehungen, Außenhandel, Erfahrung in empirischer Forschung, EDV-Kenntnisse; Sprachen: Französisch (Muttersprache), Deutsch und Englisch sehr gut; sucht Tätigkeit in Consultingunternehmen, im Verbandswesen, in der Versicherungswirtschaft, in der volksw. Abt. o. Auslands-Abt.

Auskünfte erteilt: Herr Jung/Herr Langer
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9, 3000 Hannover, ☎ 0511/4737-482, FS 921428

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau

37, mit mehrjähriger Erfahrung als Projekt- und Koordinierungsingenieur im Anlagenbau, 5jährige Praxis als Projektleiter; sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis im Raum Norddeutschland.

Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

JAWOHL! VOLLES ENGAGEMENT!

Kaufmann: 35 J., gesch., gepfl. Äußeres, engl. u. gute franz. Sprachkenntn., Ausbildereignungsprüfung, Umgang mit unterstellten Mitarbeitern gewohnt, seit 17 J. selbständig, davon die letzten 3 J. an der Côte d'Azur, flexibel, belastbar, unternehmerisch denkend, ortsungebunden,

sucht: Position mit Zukunftsperspektive, gerne rechte Hand des Unternehmers, als Geschäftsf. oder Leiter, auch im Ausland.

Chiffre-Nr. V 4328 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Assessor jur.

Dipl.-Nautiker (AG), einstufige Juristenausbildung mit Schwerpunkt Kommunalrecht, Verwaltungsrecht, Gesellschaftsrecht; Wahlstation: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln (KGST); Englischkenntnisse; langjährige Erfahrung in der Führung von Mitarbeitern als leitender Angestellter in der Seeschiffahrt, sucht adäquate Position in der Verwaltung, bei Verbänden oder RA-Kanzlei/Notariat im Bundesgebiet.

Zuschriften erbeten unter Z 4332 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Speditionskaufmann / Groß- u. Außenhandelskaufmann

30 J., HBV, belastbar, 2. Mann nach dem Geschäftsführer, in ungek. Stellung bei mittl. LKW-Transportuntern. (55 Mitarb.), sucht neue verantwortungsvolle, leitende Position in Spedition, Handel o. Industrie. Umf. Wissen in Dispos., Organisation, Personaleinsatz u. -führung sowie Kenntn. im Im- u. Export, spez. Übersee, vorhanden.
Angebote unter C 4335 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Führungskraft

42 J., verh., ungek., techn. sehr versiert, gute franz. und engl. Sprachkenntnisse, langjährige Führungs- und Verkaufserfahrung, sucht neue unternehmerische Aufgabe mit Schwerpunkt Vertrieb im Großraum Essen/Düsseldorf.

Zuschriften erbeten unter T 4348 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftswissenschaftler

33 J., 2. Staatsex., Spezialgeb. Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, Verw.- u. Organisationsfachm., hervorr. Ausdrucksverm., mehrj. Behördenerf., sucht anspruchsv. Tätigkeitsber. im höh. Dienst eines Bundes- o. Landesministeriums.

Ang. erb. u. U 4327 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

GESCHÄFTSFÜHRER – VERKAUF WARENHAUSGRUPPE

39 Jahre, verh., Tätigkeit als Verkaufsgeschäftsführer einer Warenhausgruppe (11 Filialen), Sicherheit in Werbung, Warenwirtschaft und Kostenkontrolle, Erfahrung in Sortimentsgestaltung, Fähigkeit Mitarbeiter zielorientiert zu führen, umfassende kaufm. Ausbildung,

möchte sich verändern und sucht neue vergleichbare, langfristig angelegte Führungsaufgabe.

Zuschr. erb. u. H 4340 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

NACHRICHTEN

Keine Live-Übertragung

Düsseldorf (sid) – Die geplante Original-Übertragung des Fußball-Länderspiels Belgien gegen Deutschland am kommenden Mittwoch (29. Februar, 20.00 Uhr) im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) ist geplatzt. Wegen des schwachen Karten-Vorverkaufs hat der belgische Verband seine Zusage verweigert. Jetzt soll das Spiel in voller Länge ab 22.10 Uhr gesendet werden.

Ernst Henne wird 80 Jahre

München (dpa) – Ernst Henne, von 1937 bis 1951 Zweirad-Geschwindigkeits-Weltrekordler, feiert heute in München seinen 80. Geburtstag. Der Sieger des berühmten Langstreckenrennens Targa Florio auf Sizilien erzielte 279,5 km/h auf seiner 500er BMW und hielt 14 Jahre lang die Weltbestzeit.

Barfuß zum Weltrekord

Bloemfontein (dpa) – Mit 4:05,81 Minuten lief Zola Budd in Bloemfontein einen Junioren-Weltrekord über 1500 Meter (bisher Birgit Friedmann in 4:06,02). Allerdings kann weder diese barfuß erzielte Zeit noch die zuvor gelaufenen 15:01,83 über 5000 Meter als Weltrekord anerkannt werden, weil Südafrika wegen seiner Apartheid-Politik nicht Mitglied im Internationalen Leichtathletik-Verband ist.

Großer Preis gefährdet

Johannesburg (dpa) – Der für den 7. April geplante „Große Preis von Südafrika" auf dem Kyalami-Kurs bei Johannesburg ist gefährdet. Wegen eines neuen Steuergesetzes stellte der bisherige Sponsor des Rennens einen Rückzug in Aussicht. Das Touristik-Unternehmen hatte im vergangenen Jahr rund 800 000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Strafanzeige angedroht

Hannover (dpa) – Mit einer Strafanzeige wegen Verleumdung und einer Zivilklage (Schadenersatz wegen Rufschädigung) gegen Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz (Berlin) und deren Öffentlichkeitssprecher Helmut Wöhlbrand (Hamburg) will der zuletzt kritisierte Bundestrainer Eric Singer seinen Ruf wiederherstellen. Am Wochenende war Singer vom Turn-Präsidium von den Vorwürfen freigesprochen worden, Turnerinnen Überdosen von Aufbaupräparaten verabreicht zu haben.

BOB / Der Zustand des schwer verunglückten Michael Sperr hat sich gebessert – Eltern reisten nach Turin

Unbekannte Anrufer trieben am Telefon mit der 73 Jahre alten Großmutter einen grausamen Scherz

KLAUS BLUME, Bonn

Sabine Sperr, die 16jährige Schwester des in Cervinia schwer verunglückten deutschen Bob-Fahrers Michael Sperr, war noch Stunden danach ganz aufgeregt. Ein Unbekannter hatte ihre Großmutter angerufen und gesagt, ihr Bruder lebe nicht mehr, man solle sich keine Hoffnungen mehr machen. Diese Nachricht sei im Radio gekommen. Das war am Montagnachmittag. Großmutter Sperr erkundigte sich bei den Nachrichtenagenturen, bei verschiedenen Rundfunk- und Zeitungsredaktionen.

Die Antwort war stets so, wie sie von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) am Montagabend als Nachricht formuliert wurde: „Michael Sperr schwebt noch immer in Lebensgefahr. Sein Zustand habe sich nicht geändert und sei nach wie vor äußerst kritisch, hieß es in Ärztekreisen des Turiner Krankenhauses, in das der 21jährige am 5. Februar eingeliefert worden war."

Der Bankkaufmann Georg Großmann aus Gundelfingen, einst Bobfahrer der internationalen Extraklasse und nun Betreuer der deutschen Bob-Junioren, zur WELT: „Da muß sich jemand einen ganz grausamen Scherz mit den Angehörigen von Michael Sperr geleistet haben. Meine Informationen, die vom Krankenpfleger auf der Intensivstation des Krankenhauses CTO Turin stammen, lauten noch immer: Michael Sperr lebt."

Großmann war vor 16 Tagen Zeuge des Unfalls auf der gefährlichen italienischen Naturpiste, auf der es um die Europameisterschaftstitel der Bob-Junioren ging. Sperr hatte den ersten Lauf „versaut" (Großmann) und wollte deshalb nun den Schlitten laufen lassen, auch im dritten Labyrinth. Doch der Schlitten kippte um, und Michael Sperr schrammte mit 120 Kilometern in der Stunde an der Eiswand lang. Sein Helm wurde dabei auseinandergerissen. Großmann: „Das Eigenartige: Dieses Stück der Bahn war optimal, es war nicht verbaut, wenngleich ich es nicht richtig finde, daß ausgerechnet die Junioren auf einer so schweren Piste ihre Meister ermitteln sollten. Dafür gibt es andere Bahnen. Außerdem ist der Michael sauber gefahren." Und dann: „Mit einem Überrollbügel wäre das alles nicht passiert. Das war das Gute an dem sonst so umstrittenen Opel-Bob, und das sollte Schule machen. Man sollte sich auch für einen Einheitsbob einsetzen, bei dem die Sicherheit über alles geht. Aber viele unserer Funktionäre kennen ja nur noch das Eis in ihrem Whiskyglas und nicht das Eis draußen auf der Bobbahn."

Michael Sperr befindet sich jedenfalls seitdem im Koma, nunmehr seit 16 Tagen. Das Bewußtsein hat der Münchner Sportstudent jedenfalls bis heute nicht wiedererlangt. Er hat sich Knochenbrüche an Kinn, Jochbein und Backenknochen zugezogen. Ein Blutgerinnsel im Gehirn konnte von den italienischen Ärzten operativ entfernt werden. Ob eine Schädigung des Gehirns eingetreten ist, weiß man zur Stunde immer noch nicht. Das Gehirn wird jedenfalls künstlich mit Sauerstoff versorgt. Großmann: „Man hat uns gesagt, das CTO in Turin sei auf diesem Gebiet das beste Krankenhaus in Italien, die Behandlungsmethoden würden denen in den USA und bei uns in Deutschland entsprechen."

Michael Sperrs Eltern befinden sich seit einer Woche in Turin. Vater Max Sperr, Mechaniker bei einer Seilbahn am Walchensee, hat dafür Urlaub genommen. Täglich telefonieren sie mit der Großmutter und der Tochter daheim. Großmann: „Auch ich habe schon eine Telefonrechnung, wie ein großer Unternehmer. Aber das ist egal – es geht schließlich um das Leben eines Kameraden."

Am späten Montagabend meldeten sich Michael Sperrs Eltern per Telefon bei der 73jährigen Großmutter und der 16jährigen Tochter daheim am Walchensee. Es war ein erlösender Anruf: Dem Sohn, so berichteten die Eltern aus Turin, ginge es besser. Er befinde sich in einem nicht mehr allzu tiefen Zustand der Bewußtlosigkeit. Deshalb hätten die italienischen Ärzte bereits erwogen, ihn von der Intensiv- auf die Normalstation zu verlegen. Doch dann sei man davon abgekommen, weil er dafür dauernde Ansprache benötige.

Seine Eltern sprechen nun bereits Nachrichten auf ein Tonband, die Michael Sperr per Kopfhörer auf der Intensivstation des Krankenhauses CTO Turin hören könnte, wäre dieses nur bereits möglich. Dennoch: Die Zeit der Bewußtlosigkeit kann sich nach ärztlicher Auskunft zwischen den kommenden drei Tagen und den nächsten vier Wochen erstrecken.

HANDBALL

Keine roten Zahlen, dann will Manager eher zurücktreten

sid, Düsseldorf

Den beiden renommiertesten deutschen Handballvereinen aus Gummersbach und Großwallstadt droht eine finanzielle Pleite. Die Europapokal-Wettbewerbe, im Fußball immer eine lohnende Zusatzeinnahme, haben beiden Klubs in dieser Saison nur Verluste gebracht. Um wenigstens die Kosten zu decken, ist ein Weiterkommen für den VfL Gummersbach im Halbfinale des Meister-Wettbewerbs gegen Dukla Prag am Wochenende genauso zur Pflicht geworden wie für den TV Großwallstadt gegen Banyasz Tatabanya im IHF-Pokal.

Die Gummersbacher haben sich allerdings am letzten Wochenende durch ihre 7:14-Niederlage im Bundesligaspiel bei TuRa Bergkamen selbst einen schlechten Dienst erwiesen. Gegen Prag hatten sie im Hinspiel in der Dortmunder Westfalenhalle am Samstag mit 10 000 Zuschauern gerechnet. Nach dem verlorenen Spiel beim Neuling war der Kartenabsatz aber eher schleppend. *In Dortmund wurden erst rund 1000* Karten verkauft. Jetzt hofft der deutsche Meister, daß die Halle wenigstens halbvoll sein wird.

5000 Besucher sind dagegen für den TV Großwallstadt ein Traum. Der Bundesliga-Tabellenführer muß zuerst in Ungarn antreten und für das Rückspiel ein gutes Ergebnis aus Tatabanya mitbringen, um Zuschauer locken zu können. Aber selbst, wenn es sportlich gut läuft, bedeutet das für die Großwallstädter noch lange keine höheren Zuschauerzahlen. Pro Bundesligaspiel kamen in der laufenden Saison 400 Besucher weniger als kalkuliert, und das, obwohl der TV Großwallstadt an der Spitze steht.

Manager Gerhard Zengel beginnt schon zu resignieren. „Wenn das so weitergeht, muß man sich überlegen, ob man die Lizenz zurückgibt", sagt er. Entwicklungen wie in Hannover, Dietzenbach, Nettelstedt oder Göppingen, wo die Vereine in den Ruin geführt wurden, will Zengel in Großwallstadt auf keinen Fall mittragen. Der Geschäftsführer einer Bank erwägt sogar seinen Rücktritt. „Ich stürze den Verein nicht in ein finanzielles Abenteuer. Lieber gehe ich, als daß ich rote Zahlen schreibe", erklärt Zengel und verweist auf die abschreckenden Beispiele der Vergangenheit.

OLYMPIA

Sonderzug wieder in München – 800 Schaulustige

sid, München

Um 8.26 Uhr gestern morgen endete die Olympiareise dort, wo sie begonnen hatte: auf Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofes. Müde und abgespannt verließen 55 Athleten sowie 53 Offizielle und Betreuer den Sonderzug des Nationalen Olympischen Komitees von Sarajevo. Goldmedaillengewinner Peter Angerer mußte sich durch ein Heer von Fotografen drängen, um seine Mutter Senta und Vater Franz („Mei Bub, a Glück, das'd wieder da bist") herzlich umarmen zu können.

„Ein bißchen gefeiert haben wir", meinte Peter Angerer. Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn: „Die Biathleten sind schon pfundige Kerle. Es war nach 1952 unsere schönste Reise von den Olympischen Spielen." Mit den Rodel-Goldmedaillengewinnern Stanggassinger/Wembach hat Unsinn lange gewürfelt. Der Verlierer mußte ein Glas Wein austrinken. Unsinn schien auf der Bahnfahrt ohnehin der agilste gewesen zu sein, denn den Tanzreigen hat er mit der *Eisschnelläuferin Sigrid Smuda auch* noch eröffnet.

Über 800 Schaulustige und eine Bundeswehr-Kapelle hatten die Olympiakämpfer empfangen, darunter etliche aus Berchtesgaden, Ruhpolding und Hammer, die mit Sonderbussen nach München gekommen waren. Beim Empfang der bayerischen Landesregierung im Prinz-Carl-Palais hatte dann auch Norbert Schramm sein Lächeln wiedergefunden: „Die Fahrt und der Empfang sind schon beeindruckend."

Der bayerische Innenminister Karl Hillermeier, der an Stelle des in Bonn weilenden Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die Mannschaft empfangen hatte, sagte zum Abschneiden in Sarajevo: „Es ist ermutigend, daß wir den Sport nicht so verbissen betreiben wie in anderen Ländern. Es freut uns besonders, daß die Medaillengewinner südlich der Donau herkommen."

Die Medaillengewinner und das englische Gold-Eistanzpaar Torvill/Dean, das ebenfalls mit dem Sonderzug kam, erhielten aus der Hand des Innenministers den bayerischen Löwen und durften sich in das Gästebuch der Landesregierung eintragen.

Danach wurde das Gepäck verteilt, in den Heimatgemeinden ging dann am Nachmittag das Feiern weiter.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

UdSSR-Hallenmeisterschaften in Moskau: Männer: Weitsprung: Stepanjan 8,08, Stabhochsprung: Krupski 5,65 m. Frauen: 3000 m: Sacharowa 8:50,40, Hochsprung: Butuzowa 1,93 m.

Polnische Hallenmeisterschaften in Zabrze: Männer: Hochsprung: Wzola 2,30 m, Dreisprung: Hoffmann 16,67 m. Frauen: 60 m Hürden: Kalek 7,98 Sek.

Schweizer Hallenmeisterschaften in Magglingen: Männer: Hochsprung: Dalhäuser 2,30 m, Kugelstoßen: Günther 20,1 m (Landesrekord aufgestellt).

TENNIS

Damen-Turnier in East Hanover (New Jersey), 1. Runde: Hanika (Deutschland) – Herr (USA) 6:4, 3:6, 6:3, Casale (USA) – Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:2, Navratilova – Giargin (beide USA) 6:3, 6:2, Bassett (Kanada) – Pürdy (USA) 6:1, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 990 828,80 Mark, 2: 52 148,80, 3: 4440,90, 4: 87,60, 5: 7,40. **Toto: Elferwette:** Klasse 1: 186 060,50, 2: 5526,50, 3: 502,80. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 1 040 759,90, 2: 17 916,80, 3: 1768,10, 4: 36,80, 5: 4,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 151,30, 2: 27,10. – Rennen B: Klasse 1: 1018,30, 2: 173,60. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL

Ahmann und die Kündigungsfrist

DPA, Osnabrück

„Ich scheue keine Probleme." Unter diesem Motto hatte Erhard Ahmann gestern das Training beim Zweitligaklub VfL Osnabrück übernommen. Der Tabellenvorletzte erhofft sich von der Verpflichtung des neuen Trainers den Klassenverbleib. Als Prämie winkte Ahmann eine fünfstellige Summe.

Erst am Montag hatte Ahmann bei seinem alten Verein Alemannia Aachen zur Überraschung des gesamten Vorstandes gekündigt. Sein Vertrag sah auch nur eine tägliche Kündigungsfrist vor. Offenbar haben die schlechten Verhältnisse in Aachen seinen Wechsel beschleunigt. Auf die Gründe angesprochen, sagte Ahmann nur: „Ich möchte mich zur Alemannia nicht äußern." Ein Nachfolger in Aachen steht noch nicht fest.

STAND PUNKT / *Beziehungen*

Wenn dem Hörfunk- oder Fernsehreporter nichts mehr einfiel und er eine andere Bezeichnung für die Spieler von Schalke 04 anbringen wollte, war oft genug zu hören – „die Männer aus dem Kohlenpott". Dabei sahen die in Blau und Weiß gekleideten Fußballspieler aus Gelsenkirchen gar nicht danach aus, als würden sie tagtäglich unter Tage arbeiten. Allenfalls, wenn der Rasen mal etwas matschiger war, sah man Dreck an Hose und Trikot, aber doch niemals Kohlenstaub. Schalke liegt zwar im Kohlenpott, aber die Spieler kamen nicht aus dem Pütt. Die Bezeichnung paßte nie so recht.

Am vergangenen Donnerstag kamen bei einem Bergwerk-Unglück auf der Gelsenkirchener Zeche „Consolidation" fünf Bergleute ums Leben. Am Samstag wollen die Schalker im Zweitligaspiel gegen Hessen Kassel für die Opfer eine Gedenkminute einlegen. Und der frühere Schalker Nationalspieler Rolf Rüßmann plant für Ostermontag ein Benefizspiel zugunsten der Angehörigen der fünf toten Bergleute in der traditionsreichen Glückauf-Kampfbahn. Gelsenkirchens Oberbürgermeister Kuhlmann und Schalkes Manager Rudi Assauer haben ihre Unterstützung angeboten. Für das Spiel zwischen der Schalker Pokalsiegerelf von 1972 und einer Kreisauswahl Gelsenkirchens liegen Rüßmann auch schon die ersten Zusagen vor, unter anderem von Norbert Nigbur, den Kremers-Zwillingen und von Reinhard Libuda. Sie alle fühlen sich den zuschauenden Kumpels an der Stätte ihrer früheren Erfolge immer noch verbunden. Wie gesagt, die Bezeichnung paßte nie so recht. Aber eine Beziehung zwischen dem Kohlenpott und Schalke bestand immer schon.

ULRICH SCHMIDLA

Mein geliebter, lebensfroher Mann, unser Vater, Großvater und Bruder

Dr. phil. habil. Herbert Riedel

* 9. 4. 1904 in Zwickau/Sachsen
† 19. 2. 1984 in Bremen

ist nach kurzer schwerer Krankheit von uns gegangen.

In Liebe und tiefer Trauer:
Dr. iur. Ruth Riedel geb. Schomburgk
Verena Riedel-Haas
Karl Friedrich Haas
Dr. med. Hubertus Riedel
Marianne Riedel geb. Kemp
Sebastian, Alexander und Katharina
Ilse Heymann geb. Riedel
Ing. Hellmuth Heymann

Bremen/Stuttgart/Freiburg

Die Trauerfeier ist am Sonnabend, dem 25. Februar, um 11.30 Uhr im Beerdigungs-Institut Tielitz, Bremen, Friedhofstraße 19.

Alfred Witt
Dipl.-Ing.

* 22. August 1901 † 16. Februar 1984

In Liebe und Dankbarkeit
Ursula Witt
Albert Dieter Witt
Verwandte und Freunde

5020 Frechen 4 (Königsdorf)
Aachener Straße 715

Die Trauerfeier fand auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Wir trauern um

Dr. Ernst Maren

Er starb am 17. Februar 1984 nach schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren.

Wir nehmen Abschied von einem Mann, dessen Können und menschliche Wärme uns unvergeßlich bleiben werden.

Geschäftsführung und Mitarbeiter der Firma
Zahntechnisches Spezial-Labor
Dr. Maren und Heinemann
Hamburg

Trauerfeier auf dem Bergfriedhof in Heidelberg, Friedhofskapelle, am Donnerstag, dem 23. Februar 1984, um 11.15 Uhr.

„Mascha": Bilder aus dem Leben einer Zehnjährigen

Wie durch ein Brennglas

Mascha ist die Geschichte eines zehnjährigen Mädchens, das seiner Mutter zu helfen versucht, die nach der Trennung vom Vater zur Alkoholikerin geworden ist. Da Mascha die Hintergründe der Krankheit nicht verstehen kann, hat sie sich daran gewöhnt. Sie übernimmt die Pflichten der Mutter, versorgt den kleineren Bruder und kann an diesen Tagen nicht zur Schule gehen. Zur Belohnung macht die Mutter an Tagen, wo es ihr besser geht, mit den Kindern Ausflüge.

In der Schule lügt sich Mascha so durch, erzählt von Kinobesuchen, Treffen mit bekannten Schauspielern, mit denen die Mutter (eine ehemalige Ballettänzerin) früher engagiert war. Als die Mutter schließlich

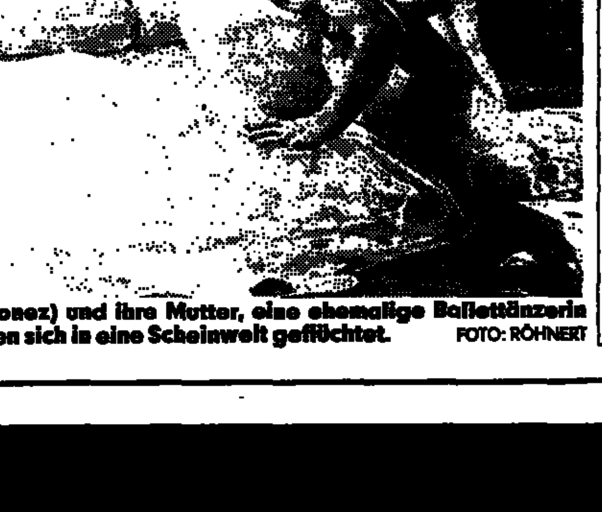
Mascha – ARD, 20.15 Uhr

in eine Klinik kommt, beantragt der Vater die Scheidung und das Sorgerecht für die Kinder.

Der Autor und Regisseur Hans Eberhard Quelle betritt mit seinem Spielfilm stilistisches Neuland. Er hat zwar Erfahrungen sammeln können beim Drehen mit Kindern und bei der Produktion von Dokumentarfilmen – aber „Mascha" ist kein Kinderfilm und keine dokumentarische Entwicklungsgeschichte einer Süchtigen. Quelle will vielmehr durch das realistische Aufzeigen weniger Wochen aus dem Leben von Mutter und Tochter, gebündelt wie durch ein Brennglas, die Kraft von Menschen darstellen, Kraft, die sowohl zerstören kann (wie bei der Mutter) als auch Kraft zum Überleben (wie bei der Tochter).

Quelle versteht sich als ein Anhänger des „magischen Realismus", der nicht naturalistisch zeichnet, sondern die Wirklichkeit überhöht und sich dadurch schon wieder so weit von der platten Realität entfernt, daß eine eigene, neue entsteht. Sein Kameramann Rudolf Blahacek unterstützt ihn bei diesem Vorhaben durch ein sehr artifizielles Licht und eine symbolisierende Bildsprache.

Die Umwelt, Vater, Geschwister, Großeltern, Nachbarn und Freunde, spielt nur eine untergeordnete Rolle und unterstreicht die Einsamkeit der beiden Hauptfiguren besonders intensiv. Die Umwelt nimmt nur Anstoß am Fehlverhalten von Mutter und Tochter, denn beide benehmen sich nicht so, wie es die Gesellschaft von ihnen erwartet. Beide kapseln sich von der Realität ab und schaffen sich eine neue, eigene. Auch sie sind nicht bequem, aber es sind Überlebensstrategien, die Überwinterungsbedingungen schaffen – bis zu einem neuen Frühling. Bei aller Melancholie, die in diesem Film liegt, läßt er doch eine Spur von Hoffnung erkennen, denn der zehnjährigen Mascha traut man durchaus zu, daß ihr ein neuer Frühling offensteht. DW



Mascha (Eva Ordonez) und ihre Mutter, eine ehemalige Ballettänzerin (Rosel Zech), haben sich in eine Scheinwelt geflüchtet. FOTO: RÖHNERT

Pflasterlast für Freimut Duwe

rr – Daß sich ausgerechnet die öffentlich-rechtlichen Programm-Strategen nach dem Komplott mit dem Dallas-Clan nun auch noch mit 007 auf Zuschauer-Jagd begeben, verschlug den sonst so ungefragt dahertönenden Lautsprechern des neuen deutschen Medien-Vorgesterns vier Tage lang die Sprache.

Die 220 Millionen-Mark, die die ARD für den Erwerb von 1500 jener ohnehin des Hollywood-Kommerzialismus verdächtigten US-Streifen hinblätterte, legten sich wohl wie eine Pflasterlast auf den Brustkorb der sozialdemokratischen Stimmungsbildner. Erst am Wochenende schickte sich der ob seiner putzigen Schlaumeiereien bewährte Freimut Duwe an, in geschraubter Sozialsemantik den Filmeinkauf der ARD gleichsam gebremst zu begrüßen, weil damit „... ein drohendes Hortungs- und Handelsmonopol von Zwischenhändlern verhindert wurde."

Im Klartext: Weil Leo Kirchs Betafilm-Aufschläge bei Verkäufen an die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Tat gespart wurden, kann sich selbst die SPD-Linke dem knakkigen Millionen-Geschäft nicht verschließen.

Aber bitte schön: kein kommerzieller Coup ohne doppeltes Sozialnetz. Duwe: „Wer tausende von amerikanischen Filmstunden en gros einkauft, muß sich en detail an der Förderung des im wesentlichen genossenschaftlichen, mittelständisch und kleinwirtschaftlich betriebenen deutschen Films in entsprechender Form und mit angemessenen Beträgen beteiligen."

Die Herren Schlöndorff + Co lassen grüßen. Man kann nur von Glück sagen, daß nicht Bundesinnenminister Zimmermann die Chuzpe besaß, halb Hollywood zu kaufen, sondern der „rote Freiherr" und Degeto-Chef von Sell. Und derselbe wird sich allerdings hüten, Gelder an mißverstandene Subventions-Artisten zu verteilen, die in dem Maße nach harter Mark gieren, wie sie den freien Filmmarkt scheuen.

Auch Freiherr von Sell weiß mittlerweile angesichts der aufkeimenden Konkurrenz privater Programmanbieter zwischen Äpfeln und Birnen zu unterscheiden: Wer Millionen DM für Zuschauer investiert, kann daraus nicht die Folgerung ziehen, Gelder für jene Neufilmer hinauszuwerfen, die den Zuschauer bestenfalls nur verhohnepipeln wollen. Duwes Donnergroll wird in den öffentlich-rechtlichen Medien ungehört verhallen.



Der Gründer und langjährige Leiter der Feature-Abteilung des Deutschlandfunks, **Rudolf Fiedler**, wird heute 70 Jahre alt. Der 1914 in Meißen geborene Journalist machte sich nach dem Krieg, den er fünf Jahre als Soldat und sechs Jahre in russischer Gefangenschaft durchlitten hatte, einen Namen als Autor großer zeitgeschichtlicher Dokumentationen für den Hörfunk. Im Deutschlandfunk schuf er eine Sendereihe, die sich damals grundlegend von den Feature-Abteilungen anderer Sender unterschied. Denn hier wurde an jedem Dienstagabend – gestützt auf historische Tondokumente – die jüngste Geschichte ohne Respekt vor Legenden aufgearbeitet. Die Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus und des Kommunismus (jedoch nicht aus sozialistisch-marxistischem Blickwinkel) standen dabei im Mittelpunkt und brachten der Sendereihe hohes Ansehen, besonders in der „DDR".

*

Die **Messung der Fernsehnutzung** in der Bundesrepublik und in Berlin soll vom 1. Januar 1985 an ausgedehnt werden. Die Medienkommission ARD/ZDF teilte mit, daß künftig die Einschaltdaten auf einer garantierten täglichen Berichtsbasis von 2 000 Haushalten erhoben werden, in denen repräsentativ die empfangenen Programme aufgezeichnet werden. Zusätzlich zu den bisherigen Möglichkeiten werden auch die Nutzungen von Videotext, Bildschirmtext, Telespielen, an das Fernsehgerät angeschlossenen Heimcomputern sowie die Aufzeichnung und Wiedergabe von Fernsehsendungen durch Videorecorder festgehalten. Damit sei eine umfassende Berichterstattung über die Nutzung des Fernsehgerätes im Rahmen der kontinuierlichen Fernsehzuschauerforschung gesichert.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Kulturwelt
Die eigenen vier Wände
11.25 New York, New York
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
2. Im Dienst der Post: „Fräulein, gehören Sie dem Amt?"
16.55 Geheimprojekt Doombolt
Letzter Teil: Der Countdown läuft
17.20 Dahintergeschaut
Inge flüstert Shakespeare
Film von Lutz Neumann, Jürgen Wesche
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mascha
Fernsehfilm von Hans-Eberhard Quelle
Mit Eva Ordonez, Rosel Zech u. a.
22.00 Brennpunkte
Leo, Marder und Co.
Neuer Boom im Waffenexport
Deutsche Waffenexporteure drängen im weltweiten Rüstungsgeschäft nach vorn. Für politischen Zündstoff hat in den letzten *Tagen die Nachricht gesorgt, die* Krauss-Maffei AG plane den Bau einer Panzer-Fabrik in Ägypten. Mit dem „Blaupausen-Export" von Rüstungsgütern in Länder außerhalb der NATO bekäme das Waffengeschäft eine neue Dimension.
Moderation: Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik live
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Minnesänger mit „Der Wilddieb von Herzogenbronn"
17.50 Bret Maverick
Alles für einen Freund
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Fakts und Favoriten vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 ZDF Magazin
Roboter – Fluch oder Segen? / Fragen an Ministerpräsident Lothar Spaeth / Betriebsräte ferngesteuert?
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Josephs schöne Tochter
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Warten auf Schleiermacher
Kleine Szenen um einen großen *Theologen – zum 150. Todestag*
22.40 Exil und Rückkehr
Kamerafilm von Carlos Echeverria
Mitwirkung und Texte: Osvaldo Bayer
Der argentinische Autor Oswaldo Bayer lebte acht Jahre in Berlin im Exil. Sein junger Landsmann Carlos Echeverria, Studierender an der Hochschule für Film und Fernsehen in München, hat über ihn und mit ihm einen Film in zwei Teilen gemacht.
0.05 heute



Darleen Carr als Mary Lou Springer in der ZDF-Serie „Bret Maverick". (17.50 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
21.45 off-off
Freizeit und Fitness
22.15 Chefarzt Dr. Pearson
Amerik. Spielfilm, 1961
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Haie
19.15 Antiquitäten-(Ver)Führer auf Italienisch
19.30 Agrarland USA (2)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Kolonialmacht Venedig (6)
21.45 Mein Onkel aus Amerika
Franz. Spielfilm, 1980
Regie: Alain Resnais
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Eine Klassenreise (5)
19.15 Ökoland (3)
19.45 Pop & Company
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Lisa und der wilde Flieger

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Das Geschäft
Kultur auf dem Markt des amerikanischen Kabelfernsehens
Beobachtungen von K. P. Dencker
21.00 Die Bande der fünf
Amerik. Spielfilm, 1940
Regie: George Marshall
22.15 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
1. Venedig
Ein Film von Jean-Marie Drot

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Das historische Stichwort
21.50 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (1)
Fernsehfilm in vier Teilen von Christopher Railing
22.45 Z. E. N
22.50 Vorsicht Schadstoffe – Vorsicht Krebs
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

Weg ist er, der Pelz

gtl. – Das ist der Frau Fürstin Feldmarschall nicht einmal in dem obskuren Wiener Beisl passiert, in das Baron Ochs sie bei Nacht depeschierte: Dort hat man ihr nicht den Mantel geklaut wie jetzt in einem Berliner Luxus-Hotel. Genau aber das ist Anna Tomova-Sintow, erstmals „Rosenkavalier"-Gast der Deutschen Oper und Primadonna von Weltrang, in einer Berliner Nobel-Herberge widerfahren.

Nach ihrem umjubelten Debüt setzte sie sich, nichts Böses ahnend, zu Tisch und deponierte brav ihren *Primadonnen*-Pelz in der bewachten Garderobe. Das hätte sie aber lieber nicht tun sollen. Im Hotel war nämlich gerade ein vielbevölkerter Filmfest-Empfang um Melina Mercouri im Gange, Griechenlands *Publicity-unscheue Kulturministerin*. Während die Sängerin in aller Ruhe dinierte, umdienerte man zuhauf ihre Schauspielkollegin, die Frau Minister. Derweil kam im allgemeinen Tohuwabohu der Berlinale-*Gastgeberei* der Prunkmantel der *Tomova-Sintow* rein *zufällig* abhanden.

Glücklicherweise wird die Primadonna, die sich ja nicht allzu lauthals erregen darf, um die Stimme zu *schonen*, in der Frau Ministerin eine wie gewohnt lebhafte Fürsprecherin haben. Schließlich ist Frau Mercouri darin geübt, geraubte Dinge spektakulär zurückzufordern, wenn auch der Primadonnen-Nerz sicherlich nicht zu den Antiquitäten zählt wie etwa die Londoner Elgin Marbles.

Natürlich kann Frau Mercouri aber auch argumentieren, ihr Empfang habe nichts mit dem Pelz-Zappzerapp zu tun. Hoteldiebe übten überdies das zweitälteste Gewerbe der Welt. Frau Tomova-Sintow ihrerseits kommt wiederum verständlicherweise die kongeniale Verbindung von Trubel-Empfang und Langfingerei nicht aus dem Sinn. Wie singt schon die Marschallin? „Ich schaff' mir meine Träume nicht an". Wohl aber die Pelze.

Michail Scholochow †

Die Herzen gehören der Partei

Als Stalin starb, rief ihm Michail Scholochow nach: Lebe wohl geliebter Vater. Als Stalins Untaten zutage gebracht wurden, schwenkte der Poet um, aber kaum hatte er seine Manuskripte dem Zeitgeist angeglichen, als leise und behutsam Stalins Bild wieder freundlichere Konturen bekam. Scholochow schrieb oft um.

Er hatte, als es noch gefährlich war, sich schriftlich gegen Folter und Grausamkeit im bolschewistischen Reich gewandt. Aber er hat auch ehrbare Schriftsteller öffentlich diffamiert. Schrieb er das im Auftrag der Partei? Er sagt: „Es verhält sich et-



Michail Scholochow (1905–84) FOTO: DPA

was anders: jeder von uns schreibt im Auftrage seines Herzens, unsere Herzen aber gehören der Partei und unserm Volk ..."

Er ist im Westen hochgelobt und angegriffen worden. Man gab nicht ihm, sondern Boris Pasternak den Nobelpreis, worauf seine Freunde in Moskau sich mit dem Lenin-Preis beeilten, was wiederum die Nobelkommission animierte, Scholochow später doch noch auszuzeichnen.

Wieviel er von den Preisen wirklich verdient hat, ist nicht auszumachen. Wer sein Hauptwerk „Der stille Don" liest, ist fasziniert von der Schilderung *des Kosaken*lebens. Aber kaum hat er sich in dieses grandiose Epos hineingelesen, kommt nach der Kür die Pflicht: platter Zweckrealismus und Parteilosungen, so daß es böse Stimmen genug gab, die da rätselten, *ob der erste* Teil des „Stillen Don" wirklich von ihm sei ...

Der 78jährige Poet ist nun gestorben. Hätte er nichts geschrieben als die ersten Kosakenkapitel des „Stillen Don", müßte man ihm Dank sagen. Vielleicht am steilen *Ufer bei* Rostow, von dem man weit über den Don zu den Kosaken blicken kann.

VALENTIN POLCUCH

Giuseppe Verdi alla francese: „Jérusalem" in Paris

Die ganze Bühne ein Weihrauchfaß

Man kommt nicht daran vorbei: Frankreichs wichtigster Opernkomponist im 19. Jahrhundert hieß Giuseppe Verdi. Er stach die Söhne des Landes recht mühelos aus, und die Begeisterung für ihn hat sich bis auf den heutigen Tag gehalten. Frankreichs Opernhäuser spielen allemal mehr Verdi als französische Opern. Das ist ganz ohne Häme gesagt, ja fast mit ein bißchen Neid. Denn *die Franzosen* besitzen ja eine gute Handvoll originärer Verdi-Opern, und dessen kann sich außer Italien kein Land der Welt rühmen.

In Paris nämlich spielte nicht nur das „Théâtre Italien" Verdis italienische *Erfolge* rasch nach, die *Opéra* orderte bei Verdi Werke nach der französischen Mode. „Die sizilianische Vesper" und „Don Carlos" kamen so zustande, dazu einige Bearbeitungen von des Komponisten eigener *Hand, erweitert um die in Paris* allfälligen Ballettmusiken, in reicherer und lyrischer Instrumentation nach französischem Geschmack, nicht zuletzt auch in französischen Textfassungen, denen Verdi seine Musik genau anpassen konnte.

Ein solches Unternehmen war gleich Verdis erste Arbeit für Paris: „Jérusalem" anno 1849, eine Revision seiner Mailänder „Lombarden". Ein völlig neues Libretto, das von seinem Vorbild nur das Kreuzfahrer-Milieu beibehielt, führte dabei zu so weitgehenden Umstellungen, Retuschen, Erweiterungen, daß die Verdi-Forschung geneigt ist, „Jérusalem" als ganz eigenständiges Werk anzusehen. Verdi selbst gab der französischen Version den Vorzug vor den „Lombarden" und brachte die Pariser Version dann als „Gerusalemme" zurück nach Italien ...

Wie dem auch sei, das Spielplankonzept des Pariser Opernchefs Massimo Bogianckino sieht ja vor, die großen, für die Pariser Oper entstandenen Werke erneut auf die Bühne zu bringen. Rossinis „Moise" war ein Anfang, bei Verdi war nun an „Jérusalem" nicht vorbeizukommen, von Wagner steht selbstredend der „Tannhäuser" in der Pariser Fassung an. Aber daß dieser Verdi alla francese auch aus heutiger Sicht die bessere Wahl ist, muß nach der Erfahrung mit „Jérusalem" doch bezweifelt werden. In der aufwendigen französischen Verkleidung geht doch viel verloren, was uns Verdi wert macht: die scharfen Kontraste, die kantige Präzision, die schlaglichthafte Abfolge der Stationen, aber vor allem der singende Mensch als Maß aller Operndinge.

In der gigantischen Bühnenshow, die der Regisseur Jean-Marie Simon in den Bühnenbildern von Fabio Palamidese *aufzieht, verkümmern* die Sänger – und das sind bei Gott nicht die schlechtesten – zu Zwergen. Spätestens im zweiten Bild von „Jérusalem" – dem Aufbruch der Kreuzfahrer aus Burgund – demonstriert die *Opéra*, wessen *sie immer* noch und wieder fähig ist. Zwischen den domhohen, massiven Säulen ragt ein vielstufiger Hochaltar auf, dahinter staffeln sich noch Nonnenchöre bis in Himmelshöhen, die ganze Bühne *wimmelt* von *Rittern und Hofleuten*, Prozessionen ziehen ein und aus, Prinzessin Hélènes goldener Schleppmantel kann nur von zwei Pagen gebändigt werden, ehe er dekorativ über die Altarstufen fließt, und die kokelnden Weihrauchfässer werden geschwenkt, bis auch im Parkett jeder ganz benommen ist.

Die Oper als Haupt- und Staatsaktion der Chöre und Statisten, ein Verschiebespiel des dekorativen Prunks, musikalisch festlich untermalt und doch nur selten überglänzt. Man drückt sich mit aufgerissenen Augen ins breite rote Samtfauteuil und gafft. Auch das ist Oper. Oder: Das war Oper.

Dabei verschont uns Paris heute sogar mit den Balletteinlagen und orchestralen Sonnenaufgängen, aber an die vier Stunden dauert das Spektakel noch immer, und die werden zäher und zäher. Sattgesehen und sattgehört hat sich das Publikum am Ende, nur sattgegessen noch nicht, und so entläßt es die Sänger nach drei Vorhängen. Es ist fürwahr die Grandeur und die Unart der Pariser Oper, die an diesem Abend aufersteht.

Cecilia Gasdia, der neue Fixstern am Opernhimmel, singt die Hélène. Sie wagt sich damit weit, zu weit vor ins dramatische Fach. Sie ist klug genug, ihren Sopran deshalb nicht forcierend zu gefährden. Sie erfüllt die lyrischen Momente wie etwa ihr „Ave Maria" vollauf. Sie singt und gestaltet mit großer musikalischer Intelligenz. Aber die Attacke des Verdi-Gesangs kommt noch zahm aus der jungen Kehle. Davon kann bei Veriano Luchetti, dem Gaston, keine Rede sein. Seinem in vielen Opernschlachten gestählten Tenor geht die feine Nuancierung ab, nicht die schlank gespannte Stimmkraft. Die setzt er effektvoll ein. Roger, den Schurken im Trio des Protagonisten, gibt Silvano Carolli, seinen dunklen Charakterbariton mühelos in die Baßlage der Partie herunterschraubend.

Souveräner Sachwalter am Pult ist Donato Renzetti, dem es dann doch momentweise gelingt, rechte Italianità aus dem Orchestergraben züngeln *zu lassen. Es sind die musikalisch* ersprießlichsten Momente der Aufführung: die Pfeile im üppigen Fleisch des französisierten Verdi.

Wer die andere, nicht weniger typische Seite der französischen Liebe zu Verdi erfahren wollte, der konnte das tags zuvor bei einem neuen „Maskenball" in Rouen, einem jener französischen Provinzhäuser, die aus der Dezentralisierung des Kulturlebens wirklich Vorteil schlagen und sich um attraktive Besetzungen bemühen. Stimmfreaks kennen den Weg nach Rouen inzwischen genau. Gegen Enttäuschungen ist man dabei allerdings nicht gefeit, denn auch in Frankreich scheint die Erfahrung zu gelten, daß kleinere Häuser des öfteren mit Sänger-Absagen gestraft werden.

So mußte man bei diesem „Maskenball" auf Giovanna Casolla und Maurizio Frusoni verzichten, wobei *die Amelia dann Emiko Maruyama* zufiel, für den Riccardo war immerhin Jésus Pinto aufzutreiben, der junge Spanier, der in Italien schon von Festival zu Festival gereicht wird. Die angenehm timbrierte und wirklich noch *ganz jungenhaft* frische Stimme zu hegen und zu entwickeln sollte lohnen. Bei Sergio de Salas, dem René, bringt das wohl nichts mehr: ein weltreisender Schurkenbariton von gutem Schrot und Korn, wie der *Opernalltag ihn braucht. Für den* Sonntag ist dafür der Dirigent Paul Ethuin gut – ein gestandener Kapellmeister, der Verdi zum Klingen bringt, daß einem die Ohren aufgehen. Die Liebe zum echten Verdi sitzt bei den Franzosen wohl doch tiefer, als das Pariser „Jérusalem"-Spektakel glauben machen könnte.

REINHARD BEUTH

Eine Bühne für Walesa: T. Stoppards neues Stück

Euphorisch, tragisch

Tom Stoppard ist nicht nur der mit einer unverwechselbaren Mischung aus Tiefsinn und Komik brillierende Dramatiker, den es aus der Tschechoslowakei nach England verschlagen hat. Stoppard setzte sich auch *tatkräftig für die freien Geister* hinter dem Eisernen Vorhang ein. So beleuchtete er vor sechs Jahren in dem stark beachteten Fernsehspiel „Professional Foul" das Thema der Menschenrechte im totalitären Staat an einem nach *Prag gereisten Professor* für Moralphilosophie aus England, der sich gezwungen sieht, seine graue Theorie an der Praxis zu messen. Jetzt ist Stoppard zum Fernsehen zurückgekehrt, um die kurzlebige Geschichte von Polens freier Gewerkschaft „Solidarität" und das Schicksal Lech Walesas als erkenntnistheoretisches Exemplum durchzuspielen.

Der Titel, „Die Quadratur des Kreises", *ist programmatisch*, denn es geht um ein Paradoxon bei dem Versuch, westliche Freiheiten mit dem Kommunismus Moskauer Prägung in Einklang zu bringen. Mit der Quadratur des Kreises in Polen will gesagt *sein*, daß die Form des politischen Systems hätte verändert werden müssen, ohne dabei den ursprünglichen Flächeninhalt anzutasten.

Im Kino haben wir Lech Walesa bereits erlebt. Andrzej Wajda ließ ihn *in seinem* in Cannes mit der Goldenen Palme preisgekrönten Film „Der Mann aus Eisen" in Gastauftritten mitspielen. Solche Authentizität streben Stoppard und *Regisseur Mike* Hodges bei ihrem zweistündigen TV-Film nicht an, den die amerikanische Metromedia in Zusammenarbeit mit der britischen Television South soeben abgedreht hat. Ihnen geht es *nicht um einen dramatisierten, historischen Dokumentarfilm*. Man stellt eher Fragen.

Es treten zwar alle Protagonisten jener euphorischen und tragischen 16 Monate auf, von Gierek über Kania *bis zu Jaruzelski*, Warschaus *Haupt*verhandlungsführer Rakowski, dem Dissidenten Kuron sowie Breschnew und, natürlich, dem Elektriker aus Danzig. Doch über den wahren Ablauf der Vorgänge in Polen gehen die Meinungen stark *auseinander*. Der amerikanische Reporter, den Stoppard als Erzähler einführt, stößt beim Versuch der Wahrheitsfindung auf Widerstände. Die Schauspieler protestieren, stellen die gezeigte Version in Frage und spielen sie neu und anders durch, gelegentlich in drei unterschiedlichen Fassungen.

Es kann nicht ausbleiben, daß der Zuschauer bei den wechselnden und verfremdeten Perspektiven, die an Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor" erinnern, gezwungen wird, sich mit der Problematik der Ereignisse in ständigem Kampf gegen die eigenen Vorurteile auseinanderzusetzen. Man darf gespannt sein auf diese ungewöhnliche Produktion, die im Frühjahr auf beiden Seiten des Atlantiks auf die Bildschirme kommen soll.

SIEGFRIED HELM



Shakespeare im Lande der Samurai: Szene aus Kurosawas „Macbeth"-Adaption FOTO: SILVER CINE

Kurosawas Meisterwerk „Schloß im Spinnwebwald" wieder in den Kinos

Ein Labyrinth der Geister und Hexen

Nebelschwaden über ausgedörrter Heide, *Gong-* und Ratschenschläge, Pfeifen-Gequietsch und Cellokantilenen, und aus dem Off die Stimmen eines Chors, der zum schnellen Ritt der Kamera über die schwarze Erde „Der Pfad des Bösen *ist der Weg der Verdammnis" into*niert: Das ist die imponierende Eingangssequenz, mit der uns der im Westen wohl berühmteste japanische Film-Regisseur Akira Kurosawa in seine grandiose Version von Shakespeares *„Macbeth" hineinzieht.* Dem kleinen Hamburger Filmverleih „Silver Cine" ist es zu danken, daß dieses filmische Meisterwerk aus dem Jahr 1957 wieder in die Kinos kommt.

Wie Murnaus erst kürzlich wiederentdeckte Sudermann-Adaption „Sunrise" lehrt uns auch Kurosawas „Kumonosu-jo", der bei uns unter dem Titel „Das Schloß im Spinnwebwald" läuft, daß Literaturverfilmun*gen ganz aus dem Geist einer origin*ären filmischen Sprache geboren sein können. Kurosawas „Macbeth", in das Japan der machtlüsternen, kriegerischen Auseinandersetzungen der Feudalherrenzeit mit ihren „mittelalterlichen" *Ritualen*, Symbolen und Samurai-Emblemen verpflanzt, ist Shakespeares Drama ebenbürtig, obwohl es sich dem originalen Text verweigert, doch äußerst klug die Dramaturgie als wirkungssichere Basis eigener, eigenwilliger Bild-Visionen beibehält.

Es ist schon großartig, zu verfol*gen*, wie Kurosawa immer wieder atemlose, mit wilden Schwenks gedrehte Episoden – beispielsweise den wüsten Galopp des Heerführers Washizu (Macbeth) durch Nebel und Dickicht des Spinnwebwaldes – mit *ganz ruhigen, fast statischen Einstel*lungen kontrastiert. Hektische Aktion in permanentem Kampf mit beklemmender Bewegungslosigkeit: Der psychodramatische Weg des vom Ehrgeiz seiner Frau getriebenen und *von Willensschwäche übermannten* Washizu/Macbeth könnte nicht sinnfälliger Gestalt gewinnen. Ebenso eindrucksvoll, wie Kurosawa die Natur und ihre Erscheinungen ins Bild-Spiel einbezieht. So schafft er es al*lein mit filmischen Mitteln, den Wald* in ein unheimliches, undurchdringliches Etwas zu verwandeln, in ein von Geistern und Hexen besetztes Labyrinth, in dem sich handfeste Männer wie in einem Spinnennetz verhängnisvoll verfangen.

Vieles gibt es noch zu rühmen an diesem Film: die formal so streng und schlüssig komponierten Innenszenen, bei denen sich allein schon *aus der Plazierung der Figuren etwa* in der Diagonalen mehr Spannung ergibt als aus Gestik und Dialog. Ganz zu schweigen vom raffinierten Einsatz des Schwarzweißfilms, den Kurosawa so subtil nuancierend nutzt wie später *die gesamte Farbpa*lette in seinem „Kagemusha"-Epos.

Von scharfem Kunstverstand zeugt auch die starke Stilisierung, die Kurosawa seiner Lady Macbeth (Isuzu Yamada) in der Tradition des Nô-Theaters vorgeschrieben hat. Sie gibt den Auftritten, die den Mord vorbereiten, eine unheimliche Starre, die bereits *auf das tragische Ende weist.* Wenn man schließlich nur noch das trockene Schleifen ihres Kimonos hört, während sie dem Fürsten und seinen Wächtern den Schlaftrunk bringt, sind alle Worte, alle großen Bilder *überflüssig.*

Gipfelpunkt aber der Kunst Kurosawas, inneres und äußeres Geschehen in eine kühne, ästhetisch bis ins letzte überzeugende Bildsequenz zu bannen, ist das Finale. Eingeschlossen in seiner Festung, von seinen Feinden bereits umzingelt, wird Macbeth (den Kurosawas Favorit Toshiro Mifune hervorragend spielt) von seinen eigenen Leuten angegriffen, eingekreist und in ein Kreuzfeuer von Pfeilen genommen, bis er, von Pfeilen entsetzlich durchbohrt, tot zusammenbricht. Ein grausamer Mörder, der grausamer noch ermordet wird. Das hat antikische Wucht und dekuvriert *zugleich* alle jene Brutalo-Szenen, die Hollywood nicht müde wird zu erfinden. Man kann nur hoffen, daß dem Altmeister des japanischen Films die Verfilmung von Shakespeares „King Lear", an der er *arbeitet*, ebenso *glänzend gelingt.*

KLÄRE WARNECKE

Vollendete Sprachgestik: Gramss inszeniert Goethes „Iphigenie" in Darmstadt

In den Versen lauert die Leidenschaft

Das Problem der Kehrtwendung Goethes in die Klassik lautet: *Wie soll die Bühne in der „Iphigenie"* mit den betörenden Versen und den fünf Rollen fertig werden, die alle in gleicher Tonlage und edler Bildung sprechen? Macht man aus dem Tempel ein blutrünstiges Schlachthaus, *dann verfehlt man den schon zurück*gelegten Weg der Skythen in die Humanität; König Thoas redet ja genauso gescheit und gebildet wie Iphigenie. Führt man Gag-Firlefanz ein, wie in diesen Jahren zur Genüge gehabt, dann *hört* man die *Nachtigall* trapsen, die von dem immer gleichen Wohllaut ablenken soll. Also was macht man?

Man riskiert, wie es jetzt Eike Gramss in Darmstadt tut, das hohe Pathos des Stücks und gibt den Diskussionen leidenschaftliche Kraft, auch auf die Gefahr hin, daß die sanfte Iphigenie und der unermüdliche Brautwerber Thoas sich immer wieder einmal anbrüllen. Und siehe, nach der ersten Verblüffung lebt man sich ein. Gramss läßt die Sprache nicht nuschelnd wegspielen, er betont und präzisiert sie erst recht, und die bloßgelegte Leidenschaft, die unter der Decke der Verse lauert, läßt die Versuchung zu monotoner Deklamation gar nicht aufkommen. Schon der erste Auftritt der Iphigenie, „das Land der Griechen mit der Seele suchend", ist ein wütender Ausbruch.

Die Bühne (Andreas Reinhardt) verzichtet auf jegliches Inventar, sie besteht aus zwei hohen, blauen Wän*den, die den Raum nach hinten veren*gen bis auf einen schmalen Lichtschlitz für überraschende Auftritte und majestätische Abgänge. Auch die Kostüme haben nichts Gekünsteltes: Iphigenie (Alexandra Tichy) im *langen weißen Kleid, Thoas (Erwin* Scherschel) in einem imitierten Hermelin-Mantel, Orest (Albert Weilguny) und Pylades (Christoph Gaugler) in langen Hosen und offenen weißen Hemden, lediglich Arkas (Aart Veder) *in weißen Hosen und gestick*ter Weste hat ein „skythisch" verdunkeltes Gesicht und lange gewellte Haare.

Die beiden Freunde Orest und Pylades legen anfangs dauernd einander die Köpfe auf die Schulter, aber Pylades hat zu sagen: „Da fing mein Leben an, als ich dich liebte", und damit ist dieser Körpergestus motiviert.

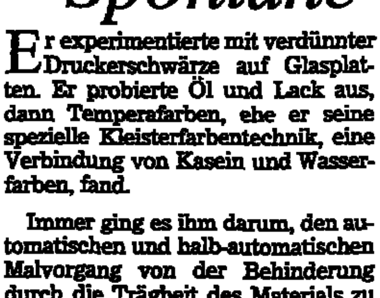
Erwin Scherschel hat eine ganz ein*fache Art, die raffinierte Taktik der* Iphigenie (die raffinierteste: volle Wahrheit) entgegenzunehmen; er steht da wie ein strenger, mißtrauischer und doch gerührter Hausvater. Bis ihn, wie gesagt, aber auch ihr *gelegentlich der Zorn hoch kommt.* Es ist schon fast eine Ehe, der aber die Würze fehlt, und zum Ausgleich ernennt sie ihn schließlich zu ihrem zweiten Vater. Eine solche Ehrung hört ein verliebter Mann natürlich mit gemischten Gefühlen.

Aber sie verhandeln nicht nur den Heiratsantrag, sondern so ziemlich al*les, was gut und schön ist*, die Hu*manisierung* der Religion und der Sitten, die Menschenwürde über Ländergrenzen hinweg, die Gleichrangigkeit der Frauen, „so frei geboren wie ein Mann", und schließlich über*windet Thoas sich selbst. „Iphigenie"* ist das Schauspiel einer schwergeprüften Frau, die den Männern überlegen ist. Das Stück ist ein Frauenlob, das in unserem plebejischen „Mein Bauch gehört mir"-Jahrhun*dert Perle vor die Säue zu werfen* scheint.

Aber siehe da, die maßlose Größe dieser Frauenfigur dringt dank der Leistung Alexandra Tichys mit voller Wucht über zwei Jahrhunderte zu uns herüber. Diese Schauspielerin verausgabt sich total an ihre Rolle; man fragt sich, woher sie die Kraft nimmt, so wie man es sich bei Iphigenie fragt. Und mit welcher Sprachgestik sie die Anrufe an die Götter formt, mit welch ergreifender Melancholie das Lied der Parzen durch den Saal schwebt!

„Iphigenie auf Tauris", nicht durch quirliges Regie-Theater verdeckt, zeigt uns das künstlerische Ergebnis der *Humanisierung eines jungen* Dichters durch Entsagung. Später wurde das unter dem kümmerlichen Begriff „Triebverzicht" populär. Hier aber war es die vorbildliche persönliche Leistung eines Genies.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Meister des Informell: K.O. Götz, der heute 70 wird FOTO: O.BERGMANN

Spontane Strukturen

Er experimentierte mit verdünnter Druckerschwärze auf Glasplatten. Er probierte Öl und Lack aus, dann Temperafarben, ehe er seine spezielle Kleisterfarbentechnik, eine Verbindung von Kasein und Wasserfarben, fand.

Immer ging es ihm darum, den automatischen und halb-automatischen Malvorgang von der Behinderung durch die Trägheit des Materials zu befreien. Denn die Bilder von Karl Otto Götz entstanden in einer Konzentration, bei der sich Spontaneität und Reflexion zu großen Schwüngen verbinden, die auch beim Betrachter die Illusion der Schnelligkeit, des Schwungvollen, des rhythmisch Beherrschten evozieren.

Karl Otto Götz, heute vor siebzig Jahren geboren, neun Jahre Soldat und so erst nach Kriegsende zur Malerei gestoßen, gehört mit Schultze, auch Hoehme und Buchheister zu den wichtigen deutschen informellen Malern. Bekannt ist er seit langem, berühmt wurde er nie recht. Denn zuerst stand Götz im Schatten der bevorzugten École de Paris, und später schien die Zeit des Informell schon wieder vorbei, weil die Pop-art das Feld eroberte.

Ihn hat das aber nur am Rande berührt. Er hat seine Bilder gemalt, hat zwanzig Jahre in Düsseldorf an der Akademie gelehrt. Und heute malt er noch immmer seine Bilder, spontane Strukturen, die mehr und mehr auf Farbe verzichten und sich fast nur auf Schwarz-Weiß beschränken. Bildgewordene Emotionen. Enigmatisch.

P.D.

JOURNAL

SPD kritisiert Bayerns Staatsoper

AP, München

Kritik an der „Verschwendungssucht" bei der Bayerischen Staatsoper hat die SPD in München geübt. Die mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten haben beantragt, die Mittel für die Sachausgaben der Staatstheater zu kürzen und den nichtstaatlichen Theatern zwei Millionen Mark zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag entspreche der Summe, die die Staatsoper in München in den letzten fünf Jahren für Programmhefte mehr ausgab, als sie durch den Verkauf eingenommen hat. Ein Sprecher des bayerischen Kultusministeriums, dem die Staatstheater nachgeordnet sind, wies die Vorwürfe zurück. Die Bayerische Staatsoper habe „Weltgeltung" und könne nicht „im Aschenputtelkleid" einhergehen.

Polnische Autoren von der Polizei verhört

dpa, Warschau

Der polnische Schriftsteller Marek Nowakowski ist zum dritten Mal innerhalb von zehn Tagen von der Polizei vorgeladen worden. Mitte vergangener Woche war er bereits auf dem Weg nach Posen in Kutno festgenommen und mehr als 24 Stunden festgehalten worden. Anschließend wurde seine Wohnung in Warschau durchsucht. In der vergangenen Woche fand in Warschau auch in der Wohnung des Autors Wiktor Woroszylski eine Hausdurchsuchung statt. Werke von ihm sind ebenso wie Arbeiten von Nowakowski in Untergrundverlagen und im Westen gedruckt worden. Auch der Schriftsteller Lothar Herbst in Breslau wurde von der Polizei verhört.

20 Jahre Münchener Shakespeare-Institut

dpa, München

Die umfangreichste Sammlung von Publikationen zu Person und Werk von William Shakespeare auf dem europäischen Kontinent befindet sich in München. Das 1964 gegründete Forschungsinstitut feiert in diesem Monat sein 20jähriges Bestehen. Die Bibliothek bietet derzeit an: 12 500 Bände internationaler Shakespeare-Literatur, 5000 Sonderdrucke und kopierte Zeitschriftenartikel, 2500 Rezensionen deutschsprachiger Shakespeare-Inszenierungen sowie Schallplatten-Aufnahmen von Dramen und Liedervertonungen. Von mehr als 30 *Mitarbeitern der englisch*-deutschen Studienausgabe, die unter dem Patronat der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft West (Bochum) erscheint, sind fünf aus dem Münchener Anglistik-Institut.

Swarowsky-Wettbewerb für junge Dirigenten

DW. Wien

Der zur Erinnerung an den gro*ßen österreichischen Dirigenten*-Lehrer Hans Swarowsky ins Leben gerufene Wettbewerb findet dieses Jahr zum dritten Mal statt (3. bis 15. Juni). Als Orchester stehen das Brucknerorchester Linz, das Nie*derösterreichische Tonkünstleror*chester und das ORF-Sinfonieorchester zur Verfügung. Preise zu 75 000, 50 000, 25 000 und 20 000 Schillingen sind ausgelobt. Zu Swarowskys Schülern zählten u.a. Zubin *Mehta, Claudio Abbado und* Berislav Klobucar.

Erich Kästner oder Mit der Tür ins Haus

DW. Zürich

Erich Kästner zum Angedenken, der morgen 85 Jahre alt geworden wäre, bringt der Atrium Verlag, Zürich, eine ausgewählte Sammlung seiner Schriften: „Kästner für Erwachsene" (1552 S., Leinen, 98 Mark). Die vierbändige Kassette enthält neben kostbar-köstlichen Gedichten Romane, wie „Fabian", Autobiographisches und andere kleinere Schriften, versehen mit z. T. *bislang unveröffentlichten* Zeichnungen von Erich Ohser. Eingeleitet wird die Ausgabe von einem älteren Vorwort von Hermann Kesten. Schon Kästner liebte Vorworte: „Ich bin nicht dafür, daß die Besucher *gleich* mit der Tür ins Haus fallen. Es ist weder für die Besucher gut noch fürs Haus. Und für die Tür auch nicht."

Niemeyer-Holstein †

Im Alter von 88 Jahren starb in Lüttendorf auf Usedom Otto Niemeyer-Holstein. Der Maler, 1896 in Kiel geboren, zog sich 1933 auf die Ostseeinsel zurück, um nicht politischen Anfechtungen ausgesetzt zu sein. Und er blieb, nicht zuletzt aus demselben Grunde, bis zu seinem Tode dort. Niemeyer-Holstein war ein „Naturmaler", die Landschaft im Wechsel der Jahreszeiten war sein wesentliches Thema. Das wurde bis in die sechziger Jahre in der „DDR" als „Weltflucht" ausgelegt und nicht sonderlich geschätzt. Deswegen fand der Maler erst verhältnismäßig spät Anerkennung. Ein Lehramt wurde ihm nie übertragen. Aber an Bewunderern hat es ihm nie gefehlt.

mar

Schwere Wahl zwischen Nutzen und Risiko

Internationales Expertenteam entscheidet über Rheumamittel

PETER JENTSCH, Bonn

Ein Schock traf Rheumapatienten Ende Januar, als das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin Rheumamedikamente mit dem Bannstrahl belegte. 65 Präparaten wurde die Zulassung mit sofortiger Wirkung entzogen, weiteren 45 Präparaten, die Phenylbutazon und Oxyphenbutazon enthalten, wurden therapeutische und zeitliche Anwendungsbeschränkungen auferlegt.

Unterdes häufen sich Meldungen von Ärzten und Apothekern, daß sich Rheumapatienten, die auf diese Arzneimittel angewiesen sind, zunehmend verunsichert fühlen. Das ist verständlich. Doch mit dieser Unsicherheit werden die Patienten nur noch bis zum 15. März leben müssen.

An diesem Tag treffen sich im Bundesgesundheitsamt Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, Mitglieder der *Arzneimittelkommission* der Heilberufe, Hersteller und die BGA-Verantwortlichen, um über den medizinischen Wert dieser Präparate sowie solcher mit chemisch verwandten Stoffen und die bei ihrer Anwendung möglichen Nebenwirkungen zu beraten. Bis zur endgültigen Entscheidung des BGA gilt eine Beschränkung der Anwendung dieser Präparate auf Wirbelsäulenversteifung (Morbus Bechterew) und akute Gichtanfälle sowie eine Begrenzung der Anwendung auf sieben Tage. Darüber wurden die rund 110 000 Ärzte und Apotheker informiert.

Das Bundesgesundheitsamt ging bei seiner Entscheidung, die Präparate mit eingeschränkter Anwendung auf dem Markt zu lassen, von der Tatsache aus, daß es bei der Behandlung schwerer Rheumafälle keine medizinischen Alternativen ohne jedes Risiko gibt. Phenylbutazon ist vor 30 und Oxyphenbutazon vor 20 Jahren in die Medizin eingeführt worden. Seither sind mit Präparaten, die diese Wirkstoffe enthalten, weltweit rund 400 Millionen Menschen behandelt worden. Gleichzeitig wurden international rund 1200 Todesfälle im Zusammenhang mit der Anwendung der Präparate gemeldet, davon 48 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach Darstellung des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) ist zwar anzunehmen, daß nicht sämtliche Todesfälle gemeldet worden sind. Andererseits sei aber die Dunkelziffer kleiner als die Zahl der Todesfälle, die diesen Präparaten zu Unrecht angelastet würden, etwa aufgrund nichtbestimmungsgemäßer Anwendung oder aufgrund von Überprüfungen, die den Zusammenhang mit der Einnahme der Medikamente als fraglich erscheinen ließen.

1983 entfielen etwa 15 Prozent aller Verordnungen von Rheumamedikamenten auf Präparate mit Phenylbutazon und Oxyphenbutazon. Beide Wirkstoffe gehören zur ersten Generation der nichtsteriodalen Antirheumatika/Antiphlogistika (entzündungshemmende, abschwellend wirkende Medikamente ohne Cortison oder seine chemischen Abkömmlinge). Mit diesen Präparaten war erstmals sowohl eine Behandlung des Rheumaschmerzes wie auch eine Beeinflussung des Krankheitsverlaufs möglich. Inzwischen gibt es eine ganze Anzahl weiterer nichtsteriodaler Präparate, die zum Teil besser verträglich sind. Das ist wichtig insbesondere für Patienten, die wegen angeborener Stoffwechselbesonderheiten einen bestimmten Arzneistoff nicht vertragen.

Gegenwärtig beraten auch die für die Arzneimittelüberwachung zuständigen Behörden der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Schweiz, wie das Risiko dieser Arzneimitteltherapie gemindert werden kann, ohne auf den medizinischen Nutzen zu verzichten.



Idylle im Hafen von Rabaul – ist es die trügerische Ruhe vor dem Sturm, vor dem Vulkanausbruch, den Experten täglich erwarten? FOTO: AP

Eine Stadt probt täglich ihren Untergang

dpa, Sydney

In Rabaul gehen jeden Tag zur Mittagszeit die Sirenen. Zunächst noch zur Probe – für die vierte, die höchste Alarmstufe, wenn die beiden Berge, der Matupit und der Vulcan, Feuer, Magma und Asche zu speien beginnen. In der Hauptstadt Neubritanniens, der größten Insel des Papua-Neuguinea gehörenden Bismarck-Archipels, hat die Regierung ein internationales Team von Vulkankundlern zusammengezogen. Diese haben vorausgesagt, daß eine Eruption der beiden Vulkane, die zuletzt im Jahr 1937 ausbrachen und 500 Menschen töteten, in Kürze bevorsteht.

Premierminister Michael Somare hat die Bevölkerung aufgefordert, jetzt schon freiwillig die Stadt zu verlassen. Nach Schätzungen der Notstandsplaner müssen im Ernstfall 40 000 Menschen evakuiert werden. Auf Ersuchen des Premierministers stehen in Australien Einheiten der Streitkräfte bereit, um notfalls unverzüglich Rettungsaktionen einleiten zu können. 20 000 der 70 000 Einwohner von Rabaul haben die Tropenstadt schon verlassen.

Rabaul, um das Jahr 1910 von der damaligen kaiserlich-deutschen Kolonialverwaltung gegründet, liegt auf einer Vulkanfalte, die sich quer durch den Pazifischen Ozean von Hawaii bis Indonesien hinzieht. Selbst Pompeji, das nur knapp zehn Kilometer vom Vesuv entfernt lag, war weiter weg als Rabaul vom Mount Matupit und Mount Vulcan. In den vergangenen Tagen zeigten vereinzelte Erdstöße an, daß die Magma-Ströme unter der Stadt in Bewegung geraten sind. Meßinstrumente verzeichneten, daß die glutflüssige Masse des Erdinnern aus einer Tiefe von 1,5 Kilometer auf einen Kilometer unter der Erdoberfläche aufgestiegen und zwei Kilometer nordwärts direkt unter die Wohngebiete gewandert ist. Der Boden des Hafens, einst ein Vulkankrater, hat sich um fünf Zentimeter gehoben.

In der neuguineischen Landeshauptstadt Port Moresby hat die Regierung ein Notstandsprogramm ausgearbeitet: Bei Alarmstufe vier sollen mit den Bewohnern auch die Lebensmittelunternehmen wie Bäckereien und Fleischereien, außerdem die Banken mit ihren Geldbeständen in vorbereitete Lager in sicherer Entfernung von Rabaul evakuiert werden. Dadurch hofft man sicherzustellen, daß sich die Flüchtlinge ohne Hilfe von außen versorgen können.

Der Notstandsplan stützt sich weitgehend auf die Evakuierung mit Landfahrzeugen. Der Luftweg könnte ausgeschlossen sein. Der Flugplatz liegt von den rauchenden Vulkanen nämlich nur einen Steinwurf entfernt. Seit Tagen wird deshalb auf die schnelle eine provisorische Lande- und Startbahn in sicherer Distanz planiert.

Viele Angehörige des eingeborenen Tolai-Volkes haben ihre um Rabaul liegenden Dörfer und ihre fruchtbaren Äcker bereits verlassen. Nur die Beherzten und die Älteren, die noch im überlieferten Glauben ihrer Väter leben, sind geblieben. Für sie haben die Vulkane eine mystische Bedeutung. Die Tolais glauben, daß dort ihre Ahnen leben. Gelegentlich rufen sie diese sogar um Hilfe an um Unterstützung bei der Arbeit, beim Fischen und bei Krankheiten.

Viele christianisierte Tolais sehen in der erwarteten Eruption die Hand Gottes im Spiel – vor allem jene, die ihre Sünden für die Ursache der Bedrohung halten. In Rabaul zirkulierende Rundschreiben einer sich christlich nennenden Organisation mit Sitz im australischen Brisbane vergleichen Rabaul sogar mit Ninive, der Stadt am oberen Tigris. Sie wurde nach dem Buche Jona im Jahre 612 vor Christus wegen ihrer Sittenlosigkeit von Eroberern zerstört.

Die Vulkankundler in Rabaul gehen davon aus, daß die Vulkane schon in wenigen Wochen ausbrechen könnten, wenn nicht schon in den nächsten Tagen. Die Tolais wissen aus ihren Überlieferungen, daß neben fortwährenden Erdstößen das Auftauchen toter Fische im Hafen äußere Anzeichen dafür sind. Die Fische sterben, weil sie buchstäblich in der Tiefe gekocht wurden. Eine Anzahl toter Tümmler ist bereits an Land gespült worden. Als der Krakatan unweit dieser Gegend vor 100 Jahren ausbrach, waren vorher die Senkbleie der Schiffe, mit der die Tiefe gemessen wurde, geschmolzen.

BORIS BENNO BEHRSING

LEUTE HEUTE

Sprachkurs

Papst **Johannes Paul II.** macht seinem Ruf als Sprachgenie weiter Ehre. Zur Zeit lernt er für seinen Besuch im Mai in Papua-Neuguinea Pidgin-Englisch, die auf dem Englischen basierende Verkehrssprache zwischen Chinesen und Europäern.

Überfällig

Besorgte Freunde des berühmten japanischen Bergsteigers **Naomi Uemura** (44) haben eine großangelegte Suche nach dem Alpinisten begonnen, dem vor zehn Tagen die erste Solo-Besteigung des Mount McKinley, Nordamerikas höchsten Berges, gelang und der seitdem überfällig ist.

„Randy Andys" Neue

Der englische Prinz **Andrew** (24), nach seiner Affäre mit dem Sex-Sternchen **Koo Stark** auch bekannt als „Randy Andy" (der „Wilde Andy"), hat wieder eine neue feste Freundin. Diesmal scheint die Queen ihren Segen gegeben zu haben. Denn **Katie Rabett** (23) stammt aus einem gutbürgerlichen Elternhaus. Ihr Vater Robert Rabett ist Gynäkologe am St.-Mary's-Hospital, in dem Prinzessin Diana ihr erstes Kind zur Welt brachte.

WETTER: Vereinzelt Schauer, milder

Wetterlage: Eine Luftmassengrenze im Elberaum trennt feuchte und verhältnismäßig milde Luft im Westen von trockener Kaltluft im Osten. Im weiteren Verlauf greift ein Mittelmeertief auf Süddeutschland über.

Deutscher Wetterdienst 21. Februar 1984, morgens.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Nördlich und östlich der Elbe bei aufgelockerter Bewölkung niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen bei Null, Tiefstwerte nachts um minus 5 Grad. Sonst wechselnd bis stark bewölkt und vereinzelt leichte Schauer. Nachmittagstemperaturen bei plus 5, nachts Abkühlung auf plus 2 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Süden länger andauernder Niederschlag, naßkalt. Sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	17°
Bonn	4°	Kopenh.	1°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	7°
Frankfurt	4°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mailand	2°
List/Sylt	1°	Mallorca	16°
München	0°	Moskau	–8°
Stuttgart	5°	Nizza	5°
Algier	13°	Oslo	–2°
Amsterdam	5°	Paris	8°
Athen	14°	Prag	–2°
Barcelona	14°	Rom	5°
Brüssel	6°	Stockholm	–2°
Budapest	1°	Tel Aviv	18°
Bukarest	0°	Tunis	14°
Helsinki	–7°	Wien	1°
Istanbul	9°	Zürich	0°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.22 Uhr, Untergang: 17.50 Uhr, Mondaufgang: 1.19 Uhr, Untergang: 10.21 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Den „Herren des Wassers" wird der Prozeß gemacht

Sizilianische Mafia macht auch Geschäfte mit dem kostbaren Naß

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Wasser ist in den fast alljährlichen Dürreperioden auf Sizilien Gold wert. Daß es von skrupellosen Geschäftemachern tatsächlich auch zu Gold gemacht wird, hat jetzt die italienische Justiz ermittelt. Sie erhob Anklage gegen 76 sogenannte „Herren des Wassers", denen vorgeworfen wird, aus dem Durst der Bevölkerung Profit geschlagen und illegal Trinkwasser aus privaten Brunnen verkauft bzw. für kommunale Wasserleitungsnetze aufgekauft zu haben.

Wie fast immer, wenn es auf Sizilien nicht mit rechten Dingen zugeht, scheint auch hier wieder die Mafia ihre Hand im Spiel zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich neben kleinen profitgierigen Brunnenbesitzern, Gemeindeangestellten und Wasseringenieuren einige bekannte Mafia-Größen, wie etwa die flüchtigen Gebrüder Greco, gegen die seit Wochen in Caltanisetta als mutmaßliche Auftraggeber der Mörder des sizialianischon Richters Chinnici prozessiert wird. Der Richter war durch die Explosion eines mit Sprengstoff gefüllten Pumpenwagens getötet worden.

Den Anstoß für die gerichtliche Untersuchung gegen die „Herren des Wassers" hatte der Hohe Kommissar für die Mafiabekämpfung, Präfekt De Francesco, gegeben. Er hatte am 3. März 1983 26 private Brunnen beschlagnahmen lassen, die Trinkwasser an die städtische Wasserversorgung von Palermo lieferten. Berufen hatte er sich dabei auf ein Gesetz aus dem Jahre 1976, das Privatpersonen die Nutzung von Wasservorräten für die Trinkwasserversorgung verbietet.

Die gerichtliche Untersuchung hat den Verdacht bekräftigt, daß gegen dieses Gesetz im großen Stil verstoßen worden ist. Es wurde festgestellt, daß während der Sommermonate, in denen die Bevölkerung Palermos fast alljährlich nach Trinkwasser ansteht, die privaten Brunnen im Umkreis der Stadt nach wie vor große Wasservorräte führen, aus denen illegal – und offensichtlich auch gegen Bestechungssummen – an die städtischen Wasserwerke Wasser verkauft wird. Der christdemokratische Präsident der städtischen Wasserleitungen, Vincenzo Zanghi, und andere Funktionäre haben sich mit diesem Wasserankauf nach Ansicht der Untersuchungsrichter der Unterschlagung öffentlicher Gelder schuldig gemacht.

Während des Untersuchungsverfahrens entdeckte man auch, daß die Namen vieler von den inkriminierten Kommunalbeamten benannten Wasserlieferanten im Bericht der Parlamentskommission zur Bekämpfung der Mafia wiederzufinden und der Justiz als mutmaßliche Mitglieder der „Wassermafia" schon seit langem aus Polizeiberichten bekannt sind.

Tierschützer setzen auf die Forschung

Spendenfonds soll Alternativen zum Tierversuch fördern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland lassen rund zehn Millionen Tiere jährlich bei gesetzlich vorgeschriebenen oder zumindest zugelassenen Tierversuchen ihr Leben. Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Tierschutzbund e. V. und der Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V. gestern in Bonn die Gründung eines „Fonds für Forschung ohne Tierversuche" bekanntgegeben. Hauptstoßrichtung dieser Organisationen mit rund 520 000 Mitgliedern ist der Entwurf eines neuen Tierschutzgesetzes des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der als unzureichend, zu industriefreundlich und zu lasch bezeichnet wird.

Daß der neue Fonds, aus dem Mittel an Ärzte, Wissenschaftler und Einrichtungen vergeben werden sollen, die sich um Alternativen zu Tierversuchen bemühen, noch recht kümmerlich dotiert ist, stört die Tierschützer überhaupt nicht. Die vorhandenen 10 000 Mark werden sich, so hofft man, durch Spenden schnell vermehren. In „Ersatzmethoden" vor allem für die pharmazeutische Industrie, die die Hälfte aller Versuchstiere verbrauche, sehe man eine realistische Möglichkeit, Tierversuche „kurzfristig wirksam einzuschränken und langfristig ganz abzuschaffen".

Begründet wird die Einrichtung des Fonds vor allem damit, daß Alternativmethoden bisher nur unzureichend genutzt und von staatlicher Seite kaum gefördert würden. Die Bundesregierung habe dafür von 1980 bis 1982 nur 11,2 Millionen Mark aufgewendet, während für den Bau neuer Tierversuchsanlagen 250 Millionen Mark eingesetzt worden seien. Allein die Baukosten des berühmt-berüchtigten „Mäusebunkers", des Zentralen Tierlaboratoriums der Freien Universität Berlin, habe mehr als 126 Millionen Mark gekostet.

Die meisten Experimente, darunter der von den Tierschützern besonders angegriffene „LD-50"-Test zur Erkundung der tödlichen Dosis einer Substanz, seien „grausam und nutzlos", da sich die Ergebnisse wegen vielfacher organischer und psychischer Unterschiede zwischen Menschen und Tieren kaum auf den Menschen übertragen ließen. Verlangt wird ein gesetzliches Verbot aller Tierversuche, jede Ausnahme soll dann antragspflichtig werden. Das würde den Wegfall einer Vielzahl von Gesetzen bedeuten, die heute noch Tierversuche vorschreiben oder zumindest empfehlen. Die Tierschützer kritisieren das etwa mit dem Hinweis darauf, daß es „niemand interessieren könne, ob er 50 oder 100 Gramm Seife essen müsse, bis er Magenbeschwerden bekommt". Es genüge da völlig der Hinweis auf der Packung, daß der Genuß des Inhalts giftig sei.

Teure Zeiten für Autofahrer

dpa, Bonn

Autofahrer steuern teuren Zeiten entgegen. Die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) fordern, wie gestern in Bonn bekannt wurde, eine Erhöhung ihrer Prüfgebühren um rund 16 Prozent. Außerdem wollen die Länder Kfz-Gebühren, wie etwa für die Zulassung eines Autos und für die Erteilung eines Führerscheins, um rund 40 Prozent anheben. Dabei sei jedoch an eine stufenweise Erhöhung gedacht. Die Forderungen werden jeweils damit begründet, daß die jetzigen Gebühren die Kosten für diese Dienstleistungen nicht mehr deckten.

Über die Erhöhung muß der Bundesrat entscheiden, dem Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) eine Verordnungsänderung zuleiten muß. Das Verkehrsministerium erklärte gestern, Dollinger werde in Kürze über die Anträge des TÜV und der Länder entscheiden. Im Verkehrsministerium geht man davon aus, daß der Minister den Forderungen nicht in vollem Umfang entsprechen werde. Seit der letzten Erhöhung der TÜV-Gebühren Anfang 1982 kostet die alle zwei Jahre fällige Kfz-Überprüfung etwa 32 Mark. Wenn den Forderungen des TÜV voll entsprochen würde, müßte mit einer Verteuerung der Abnahme um rund fünf Mark gerechnet werden.

Kostenlose Übersetzung

AFP, Straßburg

Jedem Angeklagten vor einem deutschen Gericht muß kostenfrei ein Übersetzer zur Verfügung gestellt werden. Das entschied gestern der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Dabei komme es nicht darauf an, ob es sich um eine Straftat oder nur um eine Ordnungswidrigkeit handele. Der Antragsteller, ein Türke, war zu einem Bußgeld von 60 Mark verurteilt worden und sollte 63,90 für einen Dolmetscher bezahlen.

Erste Hinweise

dpa, Mönchengladbach

Die gerichtsmedizinische Untersuchung von tiefgefrorenen Leichenteilen, die am Montag im Botanischen Garten von Mönchengladbach gefunden worden waren, hat erste Hinweise auf das Opfer gebracht. Laut Polizei war der in über 50 Teile zerstückelte Mann unter 40 Jahre alt und untersetzt. Hinweise auf Täter und Motiv gibt es allerdings nicht.

„Progress 19" gestartet

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern den unbemannten Raumtransporter „Progress 19" zu dem Orbitalkomplex „Saljut 7-Sojus T 10" gestartet. Dort arbeiten seit dem 9. Februar die Kosmonauten Leonid Klisim, Wladimir Solowjow und der Arzt Oleg Atkow. Laut Nachrichtenagentur Tass soll „Progress 19" die Kosmonauten mit Nachschub versorgen.

Lage „bedrückend ernst"

AP, Berlin

Ein düsteres Bild vom Stand der Krebsbekämpfung in der „DDR" hat die Ostberliner Zeitschrift „Das deutsche Gesundheitswesen" gezeichnet. In dem Blatt hieß es, die vom „DDR"-Zentralinstitut für Krebsforschung erarbeitete Strategie der Krebsbekämpfung habe nur „geringe Erfolge" gebracht. Die Situation in der Therapie bösartiger Geschwülste sei „nach wie vor bedrückend ernst".

ZU GUTER LETZT

„Gefängnisausbruch scheiterte am Zellengitter". Überschrift einer Meldung der französischen Presseagentur AFP.